



AgEcon SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.

**DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT
UND DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT
IM FRÜHJAHR 2000**

**Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder
der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e.V., Berlin**

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Wirtschaftsforschung Halle

**Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen**

Abgeschlossen in Hamburg am 14. April 2000

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	i
1. Die Lage der Weltwirtschaft	5
Überblick	5
Weltkonjunktur im Aufschwung	5
Nur geringe Effekte des Ölpreisanstiegs	5
Straffere Wirtschaftspolitik	6
Aufschwung schwächt sich leicht ab	7
Perspektiven für spannungsfreies Wachstum günstig	8
Die wirtschaftliche Lage außerhalb der EWU	10
Erholung in den Schwellenländern setzt sich fort	10
Wohldosierte Geldpolitik führt zu sanfter Landung in den USA	11
Langsame Erholung in Japan	13
Fortgesetzte Erholung in Mittel- und Osteuropa	16
Expansion in Großbritannien verliert an Schwung	18
Die wirtschaftliche Lage in der EWU	19
Kräftiger Konjunkturaufschwung	19
Lohnpolitik bleibt zurückhaltend	20
Finanzpolitik stärkt Konjunktur und Wachstum	20
Geldpolitik schwenkt auf neutralen Kurs ein	24
Weiterhin zügige Expansion	26
2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland	30
Überblick	30
Weltwirtschaftliche und monetäre Rahmenbedingungen werden weniger günstig	31
Expansive Finanzpolitik	32
Fortsetzung des Aufschwungs bei schwächerer Grundtendenz	32
Annahmen für die Prognose	33
Exportboom schwächt sich ab	33
Leistungsbilanz bleibt im Defizit	38
Weiterhin hohe Dynamik bei den Ausrüstungen	38
Baukonjunktur bleibt schwach	39
Steuerreform beflügelt privaten Konsum	41
Verbraucherpreisanstieg läßt wieder nach	43
Produktionszuwachs wird etwas geringer	43
Deutliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt	46
Konsolidierungskurs wird fortgesetzt – Abgabenbelastung wird deutlich verringert	50
3. Zur Wirtschaftspolitik	54
Lohnpolitik	58
Finanzpolitik	61
Geldpolitik	68
Eine andere Meinung zur Geldpolitik	71

Verzeichnis der Kästen

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Kasten 1.1	Datenbasis für die EWU weist erhebliche Lücken auf	28
------------	--	----

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Kasten 2.1	Annahmen für die Prognose	33
Kasten 2.2	Zu den Auswirkungen des Ölpreisanstiegs	37

Tabellenübersicht

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Tab. 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft	8
Tab. 1.2	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den Industrieländern	14
Tab. 1.3	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit in Mittel- und Osteuropa	17
Tab. 1.4	Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in der EWU	23
Tab. 1.5	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in der EWU	29

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Tab. 2.1	Regionale Entwicklung des deutschen Exports	34
Tab. 2.2	Reale Bauinvestitionen in Deutschland	41
Tab. 2.3	Eckdaten der Prognose für Deutschland	45
Tab. 2.4	Arbeitsmarktbilanz	47
Tab. 2.5	Veränderungen von Steuern und Sozialabgaben gegenüber 1999	52

3. Zur Wirtschaftspolitik

Tab. 3.1	Steuersätze bei alternativen Reformvorschlägen	66
----------	--	----

Übersicht der Abbildungen

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Abb. 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA	13
Abb. 1.2	Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan	16
Abb. 1.3	Zur monetären Lage in der EWU	25
Abb. 1.4	Reales Bruttoinlandsprodukt in der EWU	27

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Abb. 2.1	Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen	35
Abb. 2.2	Reale Exporte von Waren und Dienstleistungen	36
Abb. 2.3	Reale Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen	39
Abb. 2.4	Baugenehmigungen	40
Abb. 2.5	Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte	42
Abb. 2.6	Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland	44
Abb. 2.7	Erwerbstätige	46
Abb. 2.8	Arbeitslose	49
Abb. 2.9	Beschäftigung schaffende Maßnahmen und Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland	50

3. Zur Wirtschaftspolitik

Abb. 3.1	Einkommensteuertarif 2000 sowie geplante Tarife 2001 und 2005	65
----------	---	----

Deutschland		
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung		73

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2000

— Zusammenfassung —

Die Weltwirtschaft befindet sich seit dem vergangenen Sommer in einer Phase kräftiger Expansion. Von der deutlichen Erholung in den Schwellenländern gingen erhebliche Anregungen auf die Nachfrage in den Industrieländern aus. Bei expansiver Geldpolitik nahm das reale Bruttoinlandsprodukt in den USA und in Westeuropa beschleunigt zu. Es stieg seit dem vergangenen Sommer erheblich rascher als das Produktionspotential. Lediglich in Japan ging die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder zurück. Der drastische Anstieg des Ölpreises dämpft die Konjunktur in den Industrieländern nur wenig. Da sich mit der raschen Expansion die Stabilitätsrisiken erhöhen, werden vielfach die geldpolitischen Zügel weiter gestrafft. Für die USA ist daher mit einer Verlangsamung der Expansion im Laufe dieses Jahres zu rechnen. In Japan wird es zu einer allmählichen Belebung der Konjunktur kommen. Insgesamt wird die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum weiter zügig expandieren, wenn auch etwas langsamer als seit dem vergangenen Sommer.

Für die EWU steigt die Nachfrage aus dem Ausland nicht zuletzt deshalb wieder etwas schwächer. Zudem schwenkt die Geldpolitik auf einen neutralen Kurs ein. Vorübergehend gestärkt wird die Inlandsnachfrage indes im nächsten Jahr in einer Reihe von Mitgliedsländern infolge einer Senkung direkter Steuern. Daher wird das zusammengefaßte Budgetdefizit der Mitgliedsländer trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung 2001 nicht weiter zurückgehen. Dies bedeutet jedoch keine grundsätzliche Abkehr vom Konsolidierungskurs. Der Ausgleich der öffentlichen Haushalte wird allerdings später als von den Regierungen geplant realisiert. Die Institute halten dies für vertretbar, zumal die Steuersenkungen bei sinkender Staatsquote die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung verbessern.

Deutschland befindet sich wie die anderen EWU-Länder in einem kräftigen Aufschwung. Seit Mitte 1999 nimmt die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung rasch zu. Triebkraft des Aufschwungs ist der Export. Im Gefolge des Exportbooms hat die Binnennachfrage an Schwung gewonnen. Seit Herbst hat die konjunkturelle Erholung auch den Arbeitsmarkt erfasst. Die Zahl der Erwerbstätigen hat sich seither deutlich erhöht, und die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich zurückgegangen. Die konjunkturelle Erholung vollzog sich trotz eines kräftigen Anstiegs der Ölpreise. Die verschiedentlich geäußerte Befürchtung, dass dies den Aufschwung gefährden könnte, erwies sich als unbegründet.

Die außenwirtschaftlichen Impulse werden allmählich nachlassen. Auch ist die Geldpolitik derzeit deutlich weniger expansiv ausgerichtet als bis zum vergangenen Herbst. Die Europäische Zentralbank hat seither die Leitzinsen um insgesamt einen Prozentpunkt angehoben. Zwar spricht von Seiten der Lohnentwicklung gegenwärtig kaum etwas für Inflationsdruck, aber die Produktionslücke in der EWU wird sich im Prognosezeitraum schliessen. Deshalb wird die EZB die Leitzinsen im Sommerhalbjahr voraussichtlich um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben.

Zwar sind vom weltwirtschaftlichen Umfeld und von den monetären Rahmenbedingungen her dämpfende Einflüsse auf die Konjunktur in Deutschland abzusehen. Es gibt aber auch in die Gegenrichtung wirkende Einflüsse. So wird der Ölpreis als Folge der von der OPEC beschlossenen Ausweitung der Fördermengen weiter nachgeben; dies wirkt für sich genommen leicht stimulierend. Vor allem sind im Rahmen der geplanten mehrstufigen Reform der Einkommen- und Unternehmenssteuer bereits für das Jahr 2001 Entlastungen von etwa 45 Mrd. DM vorgese-

hen; das entspricht rund einem Prozentpunkt des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Damit wirkt die Finanzpolitik im kommenden Jahr deutlich expansiv.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2000 und 2001 um jeweils 2,8 % steigen. Die Beschäftigung wird zügig ausgeweitet, und die Zahl der Arbeitslosen geht deutlich zurück. Der Preisanstieg bleibt – unterstützt durch einen niedrigeren Ölpreis und die maßvolle Lohnentwicklung – trotz der anhaltenden konjunkturellen Expansion moderat.

Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind damit so günstig wie seit langem nicht mehr. Wie im übrigen Euro-Raum vollzieht sich der Aufschwung auch in Deutschland bei weitgehend stabilem Preisniveau. Bereits für den Verlauf des Jahres 2001 ist aber damit zu rechnen, dass sich das Tempo verringert, wenn auch keine ausgeprägte Schwäche droht. Die Expansion wird etwa auf die Rate des Trendwachstums zurückgehen; sie beträgt für Deutschland derzeit ungefähr zwei Prozent.

Es kommt deshalb darauf an, die Weichen in der Wirtschaftspolitik so zu stellen, dass die wirtschaftliche Dynamik grundlegend gestärkt wird. Aufgrund des bisher eingeschlagenen Kurses in der Finanzpolitik ist zu erwarten, dass man diesem Ziel näher kommt. Es wird angestrebt, in den kommenden Jahren die Steuerbelastung zu senken und die Staatsausgaben nur langsam steigen zu lassen, bei gleichzeitiger Verringerung der Defizite in den öffentlichen Haushalten.

Die von der Bundesregierung geplante Unternehmenssteuerreform zielt insgesamt gesehen mit der Senkung der Steuersätze und der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in die richtige Richtung. Sie weist aber steuersystematische Mängel auf, nämlich die Aufgabe des Vollarrechnungsverfahrens bei der Körperschaftsteuer, die starke Spreizung zwischen Unternehmenssteuersatz und Spitzensatz der persönlichen Einkommensteuer und die Teilanrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer.

Das Vorziehen der dritten Stufe des Steuerentlastungsgesetzes auf das Jahr 2001 ist zu begrüßen. Die relativ geringe Senkung des Spitzensteuersatzes und insbesondere das frühere Einsetzen der oberen Proportionalzone, haben aber zur Konsequenz, dass für die mittleren Einkommensbezieher die Grenzsteuersätze beim Regierungsvorschlag nur mäßig sinken. Um für die Mehrheit der Arbeitnehmer die Grenzbelastung im Jahr 2005 gegenüber dem gegenwärtigen Stand zu senken, muss der Steuertarif stärker verändert werden als bisher vorgesehen. Aus der Sicht der Institute wäre die beste Lösung, den Beginn der oberen Proportionalzone höher anzusetzen. Orientiert man sich an der Einkommensentwicklung, so erscheint ein Greifen des Spitzensatzes oberhalb von 120 000 DM angemessen. Eine Abflachung des Tarifs könnte allerdings auch mit einer stärkeren Herabsetzung des Spitzensatzes erreicht werden. Damit würden auch die Bedenken gegen eine zu starke Spreizung zwischen gewerblichen und persönlichen Steuersätzen verringert. Auch könnte bei der Unternehmensbesteuerung auf das Optionsmodell verzichtet werden. Die Verwirklichung dieser Vorschläge wäre allerdings mit höheren Steuerausfällen verbunden als der Reformansatz der Bundesregierung. Unbedingt erforderlich ist das Festhalten an der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite.

Mit den diesjährigen Lohnabschlüssen werden die Tarifparteien den Anforderungen weitgehend gerecht, mehr Beschäftigungsdynamik zu erreichen. Doch geben einige Teilaspekte der Abschlüsse Anlass zu Bedenken. So kommt im Konzept der Altersteilzeit eine defensive Beschäftigungsstrategie zum Ausdruck, die die Arbeitsmarktprobleme lediglich durch Umverteilung, hier zwischen Alt und Jung, zu lösen versucht. Von Nachteil ist auch, dass die jüngsten Abschlüsse eine Hypothek für die Zukunft enthalten, weil das Gros der Belastungen aus Vereinbarungen über die Altersteilzeit erst später anfällt.

Die Europäische Zentralbank hat im vergangenen Herbst eine Zinswende vollzogen. Vor dem Hintergrund der kräftigen Konjunktur und der auch dadurch leicht verschlechterten Preisperspektiven im Euro-Raum lassen sich die bisherigen Maßnahmen und die erwartete Erhöhung um einen halben Prozentpunkt bis zum Herbst dieses Jahres aus der Sicht der Mehrheit der Institute rechtfertigen. Damit wird die konjunkturelle Expansion zwar leicht gedämpft, restriktive Wirkungen sind aber bei den unterstellten übrigen monetären Rahmenbedingungen nicht angelegt. Da im übrigen Euro-Raum in absehbarer Zeit die Produktionslücke geschlossen sein wird, besteht für die Geldpolitik kein Anlass, die Konjunktur weiter zu stimulieren. Abgesehen davon sind die bereits erfolgten und die von den Instituten erwarteten weiteren Zinsanhebungen auch vor dem Hintergrund der nach wie vor raschen Expansion der Geldmenge und des Kreditvolumens zu rechtfertigen. Darüber hinausgehende Zinsanhebungen sind aus heutiger Sicht nicht erforderlich, zumal es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu nennenswerten Zweitrundeneffekten als Folge des Anstiegs der Ölpreise kommen wird.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) haben eine andere Meinung zur Beurteilung des geldpolitischen Kurses als die Mehrheit der Institute. Sie halten die durch die EZB seit November vorigen Jahres und die für dieses Jahr prognostizierten Anhebungen der Leitzinsen nicht für gerechtfertigt, da nach Ansicht beider Institute auch bei einem weiteren expansiven Kurs keine Verfehlung des Stabilitätszieles droht. Diese frühzeitige Straffung des monetären Kurses behindert nach Ansicht des DIW und des RWI das Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	2,2	1,5	2,8	2,8
Erwerbstätige ²⁾ (1 000 Personen)	35 864	35 999	36 106	36 265	36 545
Westdeutschland	29 198	29 377	29 530	29 770	30 060
Ostdeutschland	6 604	6 558	6 511	6 435	6 425
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 384	4 279	4 099	3 830	3 500
Westdeutschland	3 021	2 904	2 756	2 500	2 200
Ostdeutschland	1 364	1 375	1 344	1 330	1 300
Arbeitslosenquote ³⁾	10,9	10,6	10,2	9,6	8,8
Westdeutschland	9,4	9,0	8,5	7,7	6,8
Ostdeutschland	17,1	17,3	17,1	17,1	16,8
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,0	0,6	1,5	1,3
Finanzierungssaldo des Staates ⁵⁾	-2,6	-1,7	-1,1	-1,1	-1,6

¹⁾ In Preisen von 1995. – ²⁾ Im Inland. West- und Ostdeutschland: Inländer, Schätzung der Institute. – ³⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: geschätzte Erwerbstätige zuzüglich registrierte Arbeitslose. – ⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ⁵⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Bundesministerium der Finanzen; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

1. Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Weltkonjunktur im Aufschwung

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase kräftiger Expansion. Seit Sommer 1999 hat sich die Konjunktur erheblich beschleunigt; Nachfrage und Produktion sind in nahezu allen Regionen deutlich aufwärtsgerichtet, und der Welthandel wächst in raschem Tempo. In den Entwicklungs- und Schwellenländern erholte sich die Wirtschaft infolge einer spürbaren Lockerung der Geldpolitik und zum Teil erheblicher finanzpolitischer Impulse. Insbesondere in Ostasien nahm die Produktion kräftig zu, in Mittel- und Osteuropa gewann die wirtschaftliche Expansion deutlich an Schwung, und in Lateinamerika wurde die Rezession nach und nach überwunden. Auch in den Industrieländern wurde die gesamtwirtschaftliche Erzeugung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres verstärkt ausgeweitet. In den USA hat der Aufschwung nochmals an Tempo gewonnen, und in Westeuropa setzte sich eine kräftige Aufwärtstendenz durch. In Japan hingegen ging das reale Bruttoinlandsprodukt wieder zurück, nachdem fiskalische Impulse weggefallen waren. Die konjunkturelle Beschleunigung in den westlichen Industrieländern wurde durch den Anstieg der Nachfrage aus den Schwellenländern gefördert; insbesondere war aber die Geldpolitik bis weit in das Jahr 1999 hinein expansiv ausgerichtet.

Nur geringe Effekte des Ölpreisanstiegs

Die Produktion in den Industrieländern hat sich trotz des im Verlauf des Jahres 1999 drastisch gestiegenen Ölpreises günstig entwickelt. Anders als nach den Ölpreisschocks von 1973 und 1979 wurde die wirtschaftliche Aktivität nur wenig gedämpft. Ein Grund dafür ist die erheblich geringere Bedeutung des Erdöls für die Industrieländer; der spezifische Verbrauch ist infolge von Spar- und Substitutionsmaßnahmen nur noch halb so hoch wie in den siebziger Jahren. Außerdem wurde der Anstieg auf über 30 Dollar je Barrel (Brentöl) offenbar nicht als dauerhaft angesehen. Dies gilt ebenso für die sehr niedrigen Notierungen im Winterhalbjahr 1998/99. Insofern überzeichnet der Vergleich mit Anfang 1999 – auf dieser Basis ergibt sich eine Verdreifachung des Preises – das Ausmaß des Preisschocks. Mittlerweile ist der Ölpreis wieder spürbar gesunken, nachdem die Produzentenländer eine Ausweitung der Förderquoten beschlossen hatten. Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute einen weiteren leichten Rückgang auf 21

Dollar je Barrel. Damit läge er nur um rund ein Zehntel über dem Preis von 1997, der etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht.

Auch die Preiswirkungen blieben gering. Zwar hat der Ölpreisanstieg im Laufe des vergangenen Jahres zu einem merklichen Anziehen der Verbraucherpreise in den USA und in Westeuropa geführt. Aber anders als früher blieben die Lohnsteigerungen moderat; der durch die höheren Ölpreise bedingte Reallohnverlust wurde also weitgehend hingenommen und damit eine Verfestigung des Preisauftriebs vermieden. Die Kernrate der Inflation, die unter Ausschluss der Energiepreise und der häufig durch Sonderfaktoren beeinflussten Preise für unverarbeitete Nahrungsmittel ermittelt wird, blieb unverändert niedrig.

Straffere Wirtschaftspolitik

Angesichts der kräftigen konjunkturellen Aufwärtsentwicklung in den westlichen Industrieländern stellt sich die Frage, ob sich auf mittlere Sicht Gefahren für die Preisstabilität abzeichnen. Das Tempo der Produktionsausweitung geht in manchen Regionen deutlich über den Wachstumstrend hinaus. Insbesondere in den USA besteht vor dem Hintergrund der bereits sehr hohen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung das Risiko einer Überhitzung. In der EWU hat sich der Auslastungsgrad seit dem vergangenen Sommer ebenfalls merklich erhöht; bei weiterhin raschem Produktionsanstieg könnte sich über kurz oder lang ein Anziehen der Inflation ergeben.

Um Inflationsgefahren frühzeitig zu begegnen, haben die Zentralbanken die monetären Zügel gestrafft. Seit dem vergangenen Sommer wurden zunächst in den USA und dann in der EWU die Leitzinsen deutlich erhöht. Da die Auftriebskräfte in den USA immer noch stärker sind, als es die amerikanische Notenbank zur Wahrung der Preisstabilität für angemessen erachtet, ist eine weitere Anhebung der Leitzinsen zu erwarten; die Geldpolitik wirkt damit im Prognosezeitraum dämpfend. Auch die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihre Zinsen nochmals erhöhen und auf einen neutralen Kurs einschwenken. In Japan geht es hingegen darum, eine nachhaltige Erholung der privaten Nachfrage zu fördern und die Erwartung weiter sinkender Preise zu brechen. Vor diesem Hintergrund wird die Bank von Japan an ihrer Politik extrem niedriger Zinsen festhalten; die Institute erwarten außerdem, dass zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Liquidität in der Wirtschaft zu erhöhen, so dass sich die Anregungen durch die Geldpolitik im Prognosezeitraum verstärken werden.

Die Finanzpolitik dämpft die Konjunktur in den Industrieländern anders als in den Vorjahren nicht. Lediglich in Japan werden von ihr kaum noch Impulse ausgehen. In den USA hingegen nimmt der Budgetüberschuss in Relation zum Bruttoinlandsprodukt nicht weiter zu, im nächsten Jahr wird er zyklisch bedingt sinken. In den EWU-Mitgliedsländern wird die gesamtstaatliche Defizitquote im Jahr 2000 etwas niedriger sein, aber lediglich aus konjunkturellen Gründen. Im nächsten Jahr dürfte sie sich trotz einer weiterhin deutlichen konjunkturellen Expansion wenig verändern, weil in einer Reihe von Mitgliedsländern Steuern gesenkt werden. In der Grundtendenz wird in der EWU der Konsolidierungskurs der Finanzpolitik jedoch fortgesetzt; ausschlaggebend ist, dass die öffentlichen Ausgaben nur geringfügig steigen.

Aufschwung schwächt sich leicht ab

Bei diesem wirtschaftspolitischen Rahmen und angesichts nachlassender Impulse aus der übrigen Welt wird sich die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern im Verlauf dieses Jahres etwas verlangsamen. Maßgeblich hierfür ist, dass sich die Produktionsausweitung in den USA infolge der monetären Dämpfung deutlich abschwächt. In der EWU wird sich der Aufschwung im Prognosezeitraum in der Grundtendenz ebenfalls verlangsamen, allerdings nicht so ausgeprägt wie in den USA, da von der Geldpolitik anders als dort keine restriktiven Wirkungen ausgehen. Im ersten Halbjahr 2001 nimmt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wegen der Impulse durch die Steuersenkungen vorübergehend sogar etwas rascher zu. In Japan wird sich die private Nachfrage bei fortgesetzter Restrukturierung im Unternehmenssektor allmählich beleben. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird allerdings auch im nächsten Jahr moderat ausfallen.

In den Industrieländern wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Jahr 2000 um 3,1 % und 2001 um 2,6 % zunehmen (Tabelle 1.1). Die Weltwirtschaft insgesamt expandiert in diesem und im nächsten Jahr weiter zügig, wenn auch nicht mehr ganz so rasch wie seit dem vergangenen Sommer. Diese Entwicklung spiegelt sich in einer kräftigen Ausweitung des Welthandels wider, die sich allerdings im Prognosezeitraum etwas abschwächt. Aufgrund der lebhaften Nachfrage erholen sich die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe weiter. Die Teuerung in den Industrieländern bleibt moderat.

Tabelle 1.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft

	1998	1999	2000	2001
	Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr			
Industrieländer insgesamt	1,7	2,7	3,1	2,6
darunter:				
USA	4,1	4,2	4,4	2,7
Japan	-2,5	0,3	0,3	1,5
EWU	2,8	2,3	3,2	2,9
Übriges Westeuropa	2,3	2,3	3,0	2,7
Schwellenländer				
darunter:				
Mittel- und Osteuropa	-0,5	2,7	3,6	3,2
Ostasien ¹⁾	-3,6	6,0	6,5	6,0
Lateinamerika ²⁾	1,9	-0,5	3,0	3,0
Insgesamt ³⁾	1,4	2,6	3,3	2,7
nachrichtlich: Welthandel, real	4,2	5,0	8,5	7,5

¹⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Dollar. – ²⁾ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Dollar. – ³⁾ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Dollar.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Perspektiven für spannungsfreies Wachstum günstig

In den vergangenen Jahren waren Produktions- und Inflationsentwicklung in den USA viel günstiger als prognostiziert. Besonders unterschätzt wurde dabei die Dynamik des privaten Konsums. Diese wurde dadurch gestützt, dass kräftig steigende Aktienkurse das Vermögen der privaten Haushalte erhöhten und diese veranlassten, mehr zu konsumieren und weniger zu sparen. In früheren Prognosen war nicht mit einem derart starken Anstieg der Aktienkurse gerechnet worden; deshalb wurden die Vermögenseffekte und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Sparquote unterschätzt. Darüber hinaus haben die privaten Haushalte ihre Schuldendienstbelastung durch Umschuldung in Titel mit günstigeren Konditionen erheblich gesenkt, so dass sich ihre Gesamtverschuldungsposition deutlich weniger verschlechterte als bei dem beobachteten Rückgang der Sparquote zu erwarten war. Die frei werdenden Mittel wurden wiederum für den Konsum verwendet.

Überrascht hat aber vor allem, dass eine derart lang anhaltende Expansion, die deutlich über das bisher als potentialgerecht angenommene Wachstum hinausging, keine merkliche Inflationsbeschleunigung nach sich gezogen hat. Ein Grund dafür war, dass das Angebot elastischer als in der Vergangenheit reagierte. Offenbar hat sich in den vergangenen Jahren ein steilerer Produktivitätstrend eingestellt, was insbesondere auf Investitionen in Computer- und Informationstechnologien zurückgeführt wird. Auch dies machte es den Unternehmen möglich, ihre Produktion stärker auszuweiten. Außerdem wurde die Nachfrage zunehmend durch Importe gedeckt.

Überraschend ist auch, dass sich der Lohnanstieg trotz der sehr günstigen Arbeitsmarktsituation nicht beschleunigt hat. Dies könnte daran liegen, dass es der amerikanischen Zentralbank durch eine glaubwürdige Stabilitätspolitik in der Vergangenheit gelungen ist, bei den Marktteilnehmern die Erwartung zu erzeugen, dass auch in einer Hochkonjunktur die Preisstabilität gewahrt bleibt. Außerdem haben gerade in Arbeitsmarktsegmenten, die besonders hoch ausgelastet sind, neue Entlohnungsformen wie Aktienoptionen an Gewicht gewonnen, die sich rechnerisch nicht unmittelbar in steigenden Arbeitskosten niederschlagen. Schließlich führte auch die – angesichts der günstigen Arbeitsmarktsituation erstaunliche – Sorge um den Erhalt des Arbeitsplatzes zu Lohnzurückhaltung.¹ Insgesamt sind von dieser Seite her die Bedingungen für die Fortführung des weitgehend inflationsfreien Wachstums günstig.

Chancen für eine länger anhaltende und spannungsfreie Expansion ergeben sich auch in Europa. Der seit einiger Zeit verstärkte Einsatz moderner Technologien führt hier ebenfalls zu einer Beschleunigung des Produktivitätsfortschritts. Zudem haben sich im Zuge der Globalisierung die Importmöglichkeiten verbessert, was die Elastizität des gesamtwirtschaftlichen Güterangebots ebenfalls erhöht. Die in den vergangenen Jahren eingeleitete Deregulierung auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten, beispielsweise im Bereich der Telekommunikation und der Energie, senkt nicht nur das Preisniveau, sondern verschärft zudem den Wettbewerb durch niedrigere Markteintrittsschranken und verringert damit die Preiserhöhungsspielräume.

Besonders bedeutsam ist aber, dass sich in vielen Ländern Europas das Verhalten in der Lohnpolitik geändert hat. In den siebziger und den frühen achtziger Jahren ging die Beschleunigung der Inflation im Wesentlichen auf die Absicht der Gewerkschaften zurück,

1 Beispielsweise zeigen Umfragen, dass Arbeitnehmer zwar die eigene aktuelle Arbeitssituation sehr günstig, die allgemeine Lage aber erheblich weniger günstig einschätzen. Um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zu vermeiden, werden deshalb nur geringe Lohnzuwächse vereinbart.

den durch den Ölpreis bedingten Anstieg des Preisniveaus durch höhere Nominallöhne auszugleichen. Hinzu kam häufig der Versuch, mit Hilfe der Lohnpolitik die Verteilung zugunsten der Arbeitnehmer zu ändern. Mittlerweile hat sich aber die Erkenntnis durchgesetzt, dass über forcierte Nominallohnsteigerungen weder das eine noch das andere zu erreichen ist. Zu dem veränderten Lohnverhalten beigetragen hat die Bildung eines gemeinsamen europäischen Marktes. So ergab sich im Vorfeld der Europäischen Währungsunion parallel zur Konvergenz der Inflationsraten eine Konvergenz der Lohnzuwächse. Ein verschärfter Wettbewerb – nicht nur auf den Güter-, sondern auch auf den Arbeitsmärkten – sowie die Zunahme von Fusionen und Übernahmen haben die Arbeitsplatzsicherheit spürbar verringert. Diese Tendenzen zeigen sich bereits an den moderaten Lohnsteigerungen in den letzten Jahren in Europa, insbesondere aber in der derzeitigen Entwicklung der Löhne. So haben weder die anziehende Konjunktur noch die ölpreisbedingte leichte Beschleunigung der Inflation zu deutlich höheren Lohnsteigerungen geführt. Von dieser Seite her sind die Voraussetzungen für einen langanhaltenden Aufschwung auch in Europa gut.

Die wirtschaftliche Lage außerhalb der EWU

Erholung in den Schwellenländern setzt sich fort

Die nicht zu den Industrieländern zählenden Volkswirtschaften haben maßgeblich zum Aufschwung der Weltkonjunktur beigetragen. Insbesondere in den ostasiatischen Schwellenländern kam es insgesamt – trotz der schwachen Konjunktur auf dem wichtigen Absatzmarkt Japan – zu einer deutlichen Aufwärtsentwicklung. Die kräftige Expansion wird dort zu einem erheblichen Teil von den Exporten getragen. Doch auch die inländische Nachfrage, die im Zuge der Krise eingebrochen war, nahm wieder deutlich zu. In Südkorea, wo die Reformen im Banken- und Unternehmenssektor zügig vorankommen, fiel die Belebung besonders stark aus. Die Inflation hat sich trotz des Ölpreisanstiegs nicht nennenswert beschleunigt. Bei einer realen Aufwertung gegenüber Dollar und Yen – mit der allerdings die vorherige drastische Abwertung nur teilweise rückgängig gemacht wurde – sanken die Leistungsbilanzüberschüsse. Alles in allem erwarten die Institute für das laufende Jahr und das Jahr 2001 weiterhin hohe Zuwachsraten in der Region; mit etwa 6 % pro Jahr sind sie fast so hoch wie vor der Krise.

In Lateinamerika ist die Rezession, die im Sommer 1998 eingesetzt hatte, im Frühjahr 1999 zu Ende gegangen. Seither beleben sich Nachfrage und Produktion wieder zuneh-

mend. Stimuliert durch den weltwirtschaftlichen Aufschwung nimmt der Export sehr lebhaft zu. Da die Preise für Industrierohstoffe weiter anziehen, erhöhen sich die Exporterlöse spürbar. Der Produktionsanstieg wird sich im Verlauf von 2000 und auch 2001 fortsetzen. Allerdings bleibt er sehr differenziert: Während sich der Aufschwung in Mexiko lediglich leicht abschwächt und sich in Brasilien die Konjunktur festigt, kommt die Erholung in Argentinien und einigen anderen Ländern nur langsam voran.

Wohldosierte Geldpolitik führt zu sanfter Landung in den USA

Die gesamtwirtschaftliche Dynamik in den USA hat sich im Laufe des vergangenen Jahres infolge einer expansiven Geldpolitik noch einmal verstärkt: Seit dem Sommer zog die konjunkturelle Expansion auf eine laufende Jahresrate von rund 6,5 % an, nach schon kräftigen 4 % zuvor. Dabei haben aber auch Vorzieheffekte im Hinblick auf die Jahrtausendwende eine Rolle gespielt, so dass der Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts die konjunkturelle Grundtendenz überzeichnet hat. Bei fortgesetzt sinkender Sparquote wurde der private Konsum wieder rascher ausgeweitet. Immer noch kräftig nahmen die gewerblichen Investitionen zu; das Expansionstempo hat sich aber im Gefolge der seit Ende 1998 merklich gestiegenen langfristigen Zinsen leicht abgeschwächt.

Die Beschäftigung hat im Winterhalbjahr wieder etwas rascher zugenommen. Bei etwa gleich starker Ausweitung des Arbeitsangebots verharrte die Arbeitslosenquote gleichwohl bei 4,1 %. Die anhaltend hohe Auslastung der Ressourcen am Arbeitsmarkt hat bislang in außergewöhnlich geringem Maße zu Lohnsteigerungen geführt. Die Lohnstückkosten sind seit der Jahresmitte sogar deutlich rückläufig. Dass sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe dennoch beschleunigt hat – auf 3,2 % im Februar –, geht zum überwiegenden Teil auf die Verteuerung von Energie zurück. Die Kernrate der Inflation lag bis zuletzt bei reichlich 2 %.

Die amerikanische Zentralbank hat angesichts der Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ihre Politik weiter gestrafft. Ende März hob sie zum fünften Mal in Folge die Zinsen an: Der Zielzinssatz für die Federal Funds beträgt seither 6 %. Bis zum Herbst dürften die Leitzinsen um weitere 0,5 bis 0,75 Prozentpunkte erhöht werden. Die langfristigen Zinsen, die im Zuge der beschleunigten konjunkturellen Expansion seit Ende 1998 um reichlich zwei Prozentpunkte gestiegen waren, sind seit Jahresbeginn wieder leicht gesunken. In dieser Entwicklung spiegeln sich aber zu einem

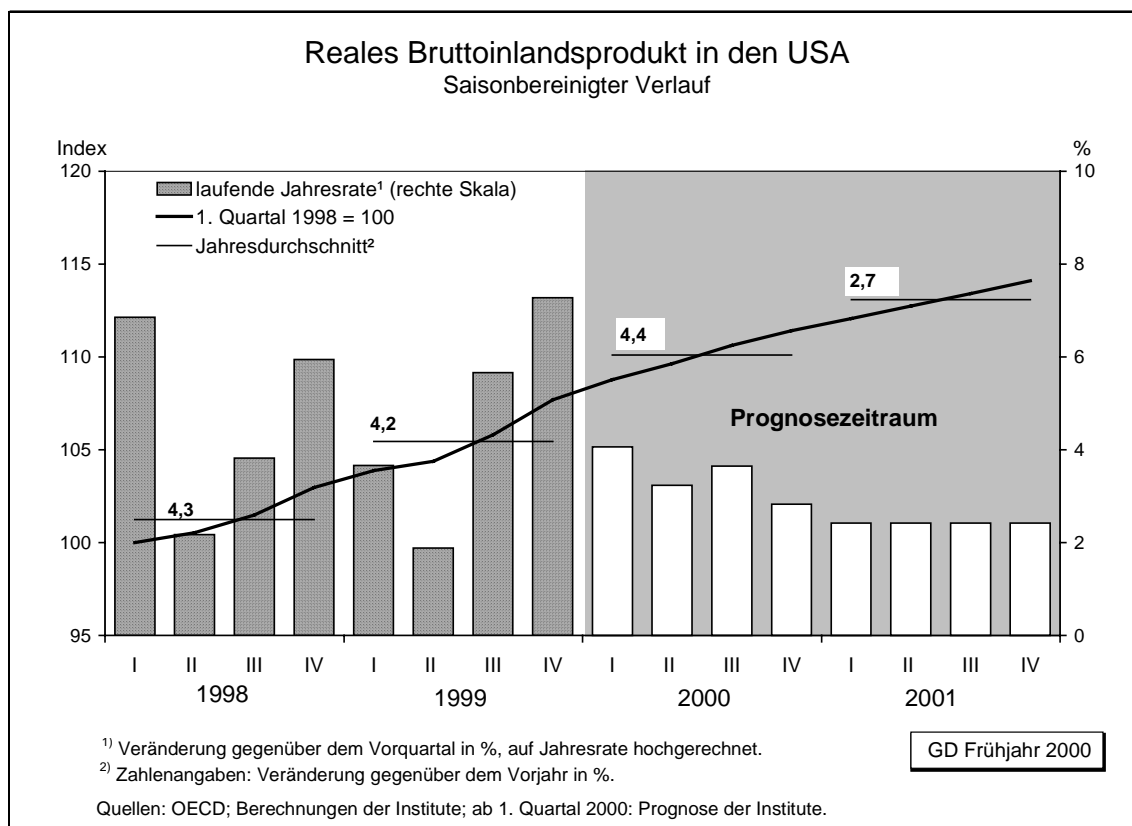
großen Teil zinsdämpfende Effekte der sinkenden staatlichen Schuldenquote wider.² Mit der erwarteten konjunkturellen Abschwächung dürften die langfristigen Zinsen weiter leicht zurückgehen.

Die öffentlichen Ausgaben sind in den vergangenen Monaten – wohl nicht zuletzt begründet durch die im November anstehenden Präsidentschaftswahlen – verstärkt ausgeweitet worden. Da die Einnahmen vor dem Hintergrund der kräftigen Konjunktur aber ebenfalls beschleunigt steigen, dürfte der Bundeshaushalt 1999/2000 dennoch mit einem etwas höheren Überschuss als im Vorjahr (122,7 Mrd. Dollar) abschließen. Für das im Oktober beginnende Fiskaljahr wird mit einem geringeren Ausgabenzuwachs gerechnet, gleichzeitig werden aber auch die Einnahmen konjunkturell bedingt langsamer zunehmen. Der Überschuss im Bundeshaushalt dürfte so unverändert knapp 1,5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.

Im Gefolge der monetären Straffung wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion in den USA noch im Laufe dieses Jahres verlangsamen (Abbildung 1.1). Bereits leicht abgeflacht hat sich die Zunahme der gewerblichen Investitionen. Sie dürften mit gestiegenen Finanzierungskosten und etwas ungünstigeren Absatz- und Ertragsaussichten weiter an Schwung verlieren; das Geschäftsklima beginnt sich schon leicht einzutrüben. Zudem deutet die Entwicklung der Baugenehmigungen auf eine weitere Abschwächung im Wohnungsbau hin. Insbesondere wird der private Verbrauch vor dem Hintergrund zu erwartender geringerer Wertsteigerungen am Aktienmarkt sowie einer weiter abgeschwächten Zunahme der realen verfügbaren Einkommen merklich langsamer ausgeweitet. Die Exporte werden sich im Laufe dieses Jahres mit der anhaltenden konjunkturellen Expansion in Europa weiter kräftig erhöhen; zugleich wird der Importanstieg mit der schwächeren Ausweitung der Gesamtnachfrage gebremst. Das Defizit in der Leistungsbilanz fällt wegen der insgesamt noch relativ günstigen konjunkturellen Position der USA und der höheren Ölrechnung gleichwohl nur wenig geringer aus als 1999, als es sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorjahr um reichlich einen Prozentpunkt auf 3,7 % erhöht hatte.

2 Das amerikanische Schatzamt hat angesichts der günstigen Kassenlage des Bundes im März damit begonnen, staatliche Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über 10 Jahren zurückzukaufen. Angekündigt ist der Rückkauf von Papieren im Wert von insgesamt 30 Mrd. Dollar in diesem Jahr und nochmals rund 140 Mrd. Dollar in den kommenden Jahren; dies entspräche knapp 5 % der Staatsanleihen.

Abbildung 1.1



Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion wird im Jahre 2000 den Vorjahreswert wegen der raschen Expansion zu Jahresbeginn noch um 4,4 % übertreffen, 2001 wird die Zunahme 2,7 % betragen (Tabelle 1.2). Der Verbraucherpreisanstieg wird sich mit den sinkenden Energiepreisen und der konjunkturellen Verlangsamung leicht abschwächen; er dürfte im nächsten Jahr bei 2,5 % liegen, nach etwa 3 % in diesem.

Langsame Erholung in Japan

In Japan ist es auch 1999 nicht gelungen, die Produktion durch umfangreiche Konjunkturprogramme zu stimulieren und so einen selbsttragenden Aufschwung einzuleiten. Hohe öffentliche Ausgaben führten zwar in der ersten Jahreshälfte zu einem kräftigen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts; mit dem Wegfall der fiskalischen Impulse kam es im zweiten Halbjahr jedoch wieder zu einem Rückschlag. Im Jahresdurchschnitt war es nur um 0,3 % höher als 1998. Die Inlandsnachfrage blieb in der Grundtendenz

Tabelle 1.2

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote
in den Industrieländern**

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ³⁾			Arbeitslosenquote ⁴⁾		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Deutschland	10,0	1,5	2,8	2,8	0,6	1,5	1,3	9,1	8,5	7,8
Frankreich	6,7	2,7	3,7	3,5	0,6	1,3	1,4	11,0	9,5	8,6
Italien	5,5	1,4	2,5	2,5	1,6	2,2	2,0	11,3	10,7	10,3
Spanien	2,6	3,7	3,9	3,4	2,2	2,7	2,6	15,8	14,2	12,8
Niederlande	1,8	3,5	3,8	3,3	2,0	2,0	2,5	3,1	2,5	2,5
Belgien	1,2	2,3	3,0	2,8	1,1	1,8	1,6	9,0	8,3	7,9
Österreich	1,0	2,1	3,0	2,7	0,5	2,0	1,7	4,4	4,0	3,7
Finnland	0,6	3,5	4,5	4,0	1,3	2,0	2,0	10,2	9,5	8,5
Portugal	0,5	3,2	3,5	3,3	2,2	2,0	2,2	4,5	4,0	3,5
Irland	0,4	8,0	7,5	6,5	2,5	4,0	3,5	6,5	5,3	4,8
Luxemburg	0,1	5,0	5,0	4,5	1,0	2,0	1,8	2,8	2,6	2,5
EWU ¹⁾	30,3	2,3	3,2	2,9	1,1	1,8	1,7	10,1	9,2	8,5
Großbritannien	6,4	2,1	3,0	2,6	1,3	1,2	2,0	6,1	5,7	5,4
Schweden	1,1	3,5	3,5	3,1	0,6	1,4	1,5	7,0	6,0	5,5
Dänemark	0,8	1,6	2,0	2,2	2,1	2,5	2,4	4,5	4,1	4,0
Griechenland	0,6	3,2	3,7	3,7	2,3	2,3	2,3	10,0	9,0	8,5
Europäische Union ¹⁾	39,1	2,3	3,2	2,9	1,1	1,7	1,8	9,2	8,4	7,8
Schweiz	1,2	1,6	2,7	2,5	0,8	1,3	1,5	2,8	2,3	2,0
Norwegen	0,7	0,8	2,7	2,5	2,2	2,6	2,4	3,1	3,1	3,0
Westeuropa ¹⁾	41,0	2,2	3,2	2,8	1,1	1,7	1,8	9,0	8,2	7,6
USA	38,5	4,2	4,4	2,7	2,2	3,0	2,5	4,2	4,2	4,5
Japan	17,7	0,3	0,3	1,5	-0,3	-0,2	0,5	4,7	4,8	4,8
Kanada	2,7	4,2	3,7	3,0	1,7	2,5	2,5	7,6	6,5	6,2
Insgesamt ¹⁾	100,0	2,7	3,1	2,6	1,3	1,9	1,8	6,5	6,2	6,0
nachrichtlich: Insgesamt, exportge- wichtet ²⁾		2,7	3,3	2,9	1,4	1,9	2,0			

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1998. – ²⁾ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1998. – ³⁾ Westeuropa (außer Schweiz): Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ⁴⁾ Standardisiert.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

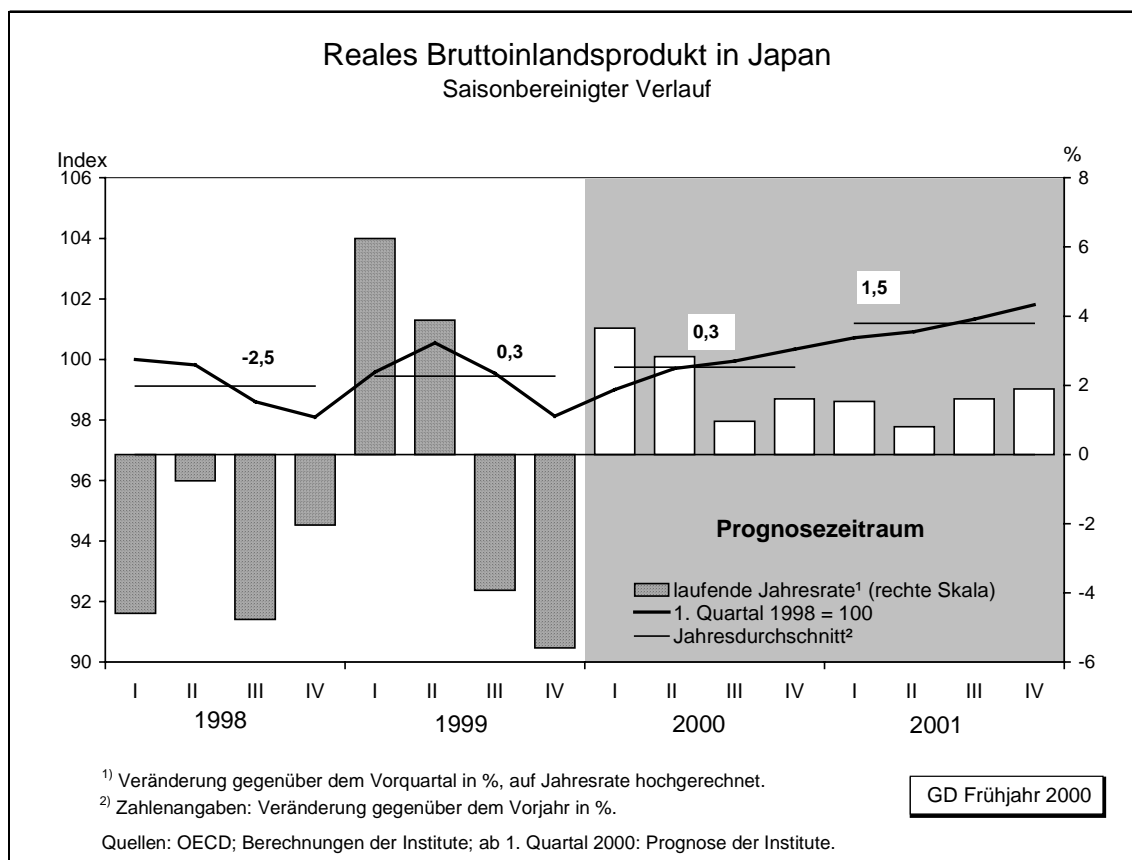
schwach. Der private Verbrauch wurde – nicht zuletzt infolge rückläufiger Arbeitseinkommen – gedrückt. Hingegen belebten sich die gewerblichen Investitionen gegen Jahresende spürbar. Die Aufwertung des Yen führte einerseits dazu, dass die Exporte von der weltwirtschaftlichen Belebung relativ wenig profitierten. Andererseits nahmen die Importe trotz der schwachen Inlandsnachfrage zuletzt deutlich zu. Bei alledem ist das Preisniveau weiter leicht gesunken. Die Arbeitslosenquote hat sich trotz der schwachen Konjunktur nicht erhöht. Der Beschäftigungsrückgang zeigt sich vielmehr in einer Reduzierung der Arbeitszeit.

Von der Finanzpolitik werden im Jahr 2000 kaum noch Impulse ausgehen: Zwar wurde erneut ein Fiskalprogramm aufgelegt. Es verhindert jedoch lediglich, dass die staatliche Nachfrage ihr Vorjahresniveau deutlich unterschreitet. Bei allmählich anziehender Gesamtnachfrage dürfte die Finanzpolitik im kommenden Jahr wegen der sehr hohen und zudem rasch steigenden Staatsverschuldung auf einen vorsichtigen Konsolidierungskurs einschwenken.

Der Zentralbank ist es mit ihrer Politik extrem niedriger Zinsen nicht gelungen, die Nachfrage anzuregen und die Deflationserwartungen zu brechen. Der Anstieg der Geldmenge blieb verhalten; mit der Aufwertung des Yen haben sich die monetären Rahmenbedingungen gegen Jahresende weiter verschlechtert. Daher wird hier unterstellt, dass die Zentralbank, um die Liquidität in der Wirtschaft auszuweiten, in diesem Jahr vermehrt staatliche Schuldverschreibungen aufkaufen wird; überdies wird sie verstärkt am Devisenmarkt intervenieren. Bei alledem dürfte sich der Yen abwerten.

Die Konjunktur in Japan wird sich allmählich etwas beleben (Abbildung 1.2). Der private Verbrauch wird vor dem Hintergrund kaum zunehmender Arbeitseinkommen zunächst nur moderat steigen. Die privaten Investitionen erholen sich bei fortschreitenden Strukturreformen im Unternehmenssektor und verbesserten Ertragsersparungen im Jahresverlauf 2000. Zudem gewinnen die Exporte bei unterstellter leichter Abwertung des Yen und den günstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an Fahrt. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 0,3 % steigen. Bei einer Festigung der privaten Inlandsnachfrage dürfte sich im kommenden Jahr die Belebung in verhaltenem Tempo fortsetzen. Die Verbraucherpreise werden 2000 noch einmal geringfügig sinken, im nächsten Jahr leicht steigen.

Abbildung 1.2



Fortgesetzte Erholung in Mittel- und Osteuropa

In den Ländern Mittel- und Osteuropas, die einen Beitritt zur EU anstreben, beschleunigte sich der Produktionsanstieg im Jahresverlauf 1999 zumeist beträchtlich. Das reale Bruttoinlandsprodukt war um 2,3 % höher als 1998. In Polen, Ungarn, Slowenien und Bulgarien wurde die Belebung überwiegend von der Inlandsnachfrage getragen. In der Tschechischen Republik half eine lebhafte Ausweitung der Exporte, die Rezession dort zu überwinden. Ungünstig verlief die Entwicklung hingegen in der Slowakei und in Rumänien, wo es aufgrund der restriktiven Wirtschaftspolitik zu einem Einbruch der Inlandsnachfrage kam. Die baltischen Länder waren von der Russlandkrise stärker als die mitteleuropäischen Reformstaaten betroffen. Hier wurde der Tiefpunkt in der Entwicklung erst im Sommerhalbjahr 1999 durchschritten; im Jahresdurchschnitt schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,8 %. Der Preisauftrieb in der gesamten Region beschleunigte sich – auch vor dem Hintergrund steigender Ölpreise – gegen Jahresende wieder. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich, trotz der deutlich aufwärts ge-

richteten Produktion, im Zuge der fortschreitenden Rationalisierung und Modernisierung im Unternehmenssektor weiter verschlechtert.

Tabelle 1.3

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosigkeit
in Mittel- und Osteuropa**

	Gewicht (BIP)	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	1999	2000	2001	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Polen	24,2	4,1	4,8	4,8	7,3	8,5	7,5	12,0	12,0	12,0
Tschechien	8,7	-0,2	1,5	2,2	2,1	3,5	3,5	8,6	9,5	10,0
Ungarn	7,3	4,5	5,0	5,0	10,0	9,0	8,0	9,7	9,0	8,5
Rumänien	5,9	-3,2	-1,0	0,5	45,8	40,0	30,0	11,0	12,0	13,0
Slowakei	3,1	1,9	1,0	1,5	10,6	14,0	14,0	17,5	20,0	21,0
Slowenien	3,0	4,9	4,5	4,2	6,2	6,0	5,0	13,5	12,5	12,0
Bulgarien	1,9	2,3	3,5	3,5	1,4	5,0	4,0	13,8	19,0	19,0
Mitteleuropa ¹⁾	54,1	2,5	3,4	3,7	10,9	11,3	9,5	11,4	12,3	12,6
Estland	0,8	-1,3	4,0	3,5	3,3	4,0	3,0	12,0	11,5	10,5
Lettland	1,0	0,1	3,5	3,5	2,4	3,5	3,0	9,7	9,0	9,0
Litauen	1,6	-3,2	2,5	2,5	0,3	2,0	2,0	8,4	9,0	8,0
Baltische Länder Mitteleuropa und Baltikum	3,4 57,5	-1,8 2,3	3,1 3,4	3,0 3,6	1,6 6,4	2,9 7,3	2,5 6,3	9,7 11,4	9,6 12,0	8,8 12,1
Russland	42,5	3,2	4,0	2,5	85,4	20,0	20,0	12,6	12,0	12,0
Insgesamt ¹⁾	100,0	2,7	3,6	3,2	42,3	14,7	13,7	12,1	12,1	12,2
nachrichtlich: Exportgewichtet ²⁾		2,4	3,4	3,4						

¹⁾ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Dollar; Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 1998. – ²⁾ Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr in diese Länder von 1998.
Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

In Mitteleuropa und dem Baltikum dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2000 weiter zügig expandieren; gegenüber 1999 wird es sich um 3,4 % erhöhen (Tabelle 1.3). Neben der – nicht zuletzt aufgrund steigender Reallöhne – kräftigen Inlandsnachfrage macht sich nun zunehmend die Nachfrageexpansion in Westeuropa bemerkbar. Die

wirtschaftliche Aktivität nimmt 2001 in ähnlichem Tempo wie in diesem Jahr zu. Inlandsnachfrage und Exporte bleiben deutlich aufwärts gerichtet. Wegen der robusten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Region, eines hohen Vorleistungsimports sowie teilweise deutlicher realer Aufwertungen wird die Importentwicklung jedoch ebenfalls lebhaft sein, so dass sich der Außenbeitrag verringert. Mit den zunehmenden Leistungsbilanzdefiziten steigt die Anfälligkeit für Währungskrisen.

In der Russischen Föderation erhöhte sich das reale Bruttoinlandsprodukt 1999 um 3,2 %. Insbesondere die Industrie profitierte von der Abwertung des Rubel im Jahr 1998. Der Außenbeitrag verbesserte sich, vor allem wegen drastisch gesunkener Importe. Der private Verbrauch brach zu Beginn des Jahres stark ein, die Investitionen hingegen expandierten zum ersten Mal seit 1990. Die Inflation hat sich nach dem abwertungsbedingten Schub deutlich beruhigt. Nach dem Sommer erhöhten sich die Verbraucherpreise mit einer laufenden Jahresrate von 20 bis 25 %. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 4,0 % steigen, dabei wird sich die Inlandsnachfrage beleben. Höhere Arbeits- und Transfereinkommen sowie eine zunehmende Beschäftigung bewirken, dass sich der private Verbrauch leicht erholen wird. Die Investitionen werden auch aufgrund der verbesserten Ertragsperspektiven ausgeweitet. Unklar ist, welche Wirtschaftspolitik unter dem neuen Präsidenten verfolgt wird. Vor diesem Hintergrund ist die Prognose eines Produktionsanstiegs von rund 2,5 % im Jahr 2001 mit erheblichen Unsicherheiten behaftet.

Expansion in Großbritannien verliert an Schwung

In Großbritannien haben sich Nachfrage und Produktion seit dem vergangenen Sommer spürbar erholt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im zweiten Halbjahr 1999 mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 3 %. Ausschlaggebend für die konjunkturelle Dynamik war die Lockerung der Geldpolitik bis in das Jahr 1999 hinein. Hinzu kam der Umschwung bei den Exporten: Hatten die Ausfuhren bis zum Frühjahr noch deutlich abgenommen, so sind sie seitdem wieder aufwärts gerichtet. Ihre Belebung wurde von der günstigeren weltwirtschaftlichen Entwicklung getragen. Der Außenbeitrag verbesserte sich indes nicht, da die Importe unvermindert rasch stiegen.

Die Inlandsnachfrage erwies sich als insgesamt robust. Der private Verbrauch expandierte mit 4,5 % im vergangenen Jahr kräftig, gestützt durch einen weiteren Rückgang der Sparquote und weil der Beschäftigungsaufbau trotz der konjunkturellen Schwäche in

nahezu unverändertem Tempo weiterging. Die Bruttoanlageinvestitionen stiegen immer noch spürbar, wenn auch deutlich verlangsamt. Kräftiger als 1998 wurde hingegen der öffentliche Verbrauch ausgeweitet.

Im Prognosezeitraum wirkt die Finanzpolitik leicht anregend. Insbesondere die öffentlichen Investitionen werden kräftig ausgeweitet. Dabei wird der Haushaltsüberschuss (1999: 1,2 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) abgebaut. Hingegen wirkt die Geldpolitik nunmehr restriktiv. Seit dem vergangenen Sommer wurden die Zinsen aufgrund erwarteter starker Lohnsteigerungen und kräftig zunehmender Immobilienpreise um insgesamt einen Prozentpunkt angehoben. Da sich die in den vergangenen Monaten beobachtete Beschleunigung des Verbraucherpreisanstiegs zunächst fortsetzt, erwarten die Institute, dass die Bank von England die Zügel noch etwas straffen wird.

Der Aufschwung in Großbritannien geht vorerst in hohem Tempo weiter, flacht sich danach jedoch ab. Zum einen wird die inländische Nachfrage angesichts der dämpfenden Einflüsse der Geldpolitik nicht mehr so zügig ausgeweitet. Zum anderen lassen die Anregungen von der Auslandsnachfrage nach, insbesondere wegen der konjunkturellen Verlangsamung in den USA. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um 3,0 % und 2001 um 2,6 % zunehmen.

Die wirtschaftliche Lage in der EWU

Kräftiger Konjunkturaufschwung

Die Konjunktur in der EWU hat sich im Verlauf von 1999 deutlich verstärkt. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte in der zweiten Jahreshälfte mit einer laufenden Jahresrate von 3,5 %. Das Konjunkturgefälle zwischen den Mitgliedsländern verringerte sich dabei merklich.

Maßgeblich für die konjunkturelle Belebung waren die Exporte. Infolge der wieder kraftvolleren Expansion in den ostasiatischen Schwellenländern, der wirtschaftlichen Erholung in den Transformationsländern sowie der anhaltend hohen Dynamik in den USA zogen sie kräftig an. Verstärkend wirkte dabei die durch die niedrige Bewertung des Euro gegenüber dem Dollar und anderen Währungen verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Von der Erholung der Exporte profitierten vor allem Italien und Deutschland. Die Dynamik der Inlandsnachfrage erwies sich im vergangenen

Jahr wegen der deutlich expansiven Geldpolitik als hoch. Der private Verbrauch stieg 1999 nur wenig langsamer als im Vorjahr, und die Bruttoanlageinvestitionen nahmen ebenso stark zu wie 1998. Der Beschäftigungszuwachs lag 1999 trotz der konjunkturellen Eintrübung zu Jahresbeginn nur wenig unter dem Wert des Vorjahres. Allerdings gab es zwischen den Mitgliedsländern erhebliche Unterschiede. Während die Beschäftigung in den meisten Ländern kontinuierlich zunahm, ging sie in Deutschland und in Italien zunächst zurück und stieg erst gegen Ende des vergangenen Jahres wieder leicht.

Die Teuerung in der EWU beschleunigte sich im Verlauf von 1999 unter dem Einfluss der höheren Rohölpreise sowie der Abwertung des Euro merklich. Die Verbraucherpreise waren im Februar dieses Jahres um 2,0 % höher als ein Jahr zuvor. Allerdings blieb die Kerninflationsrate stabil; sie betrug zuletzt 1,2 %.

Lohnpolitik bleibt zurückhaltend

Im Zuge der schwächeren Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres und geringfügig höherer Zuwächse der Arbeitskosten nahmen die Lohnstückkosten bis zum Sommer beschleunigt zu. Seitdem schwächte sich der Lohnstückkostenanstieg wieder ab.

Im Prognosezeitraum wird sich der Lohnauftrieb nicht beschleunigen. Die ersten Tarifabschlüsse in Deutschland deuten auf eine moderate Lohnentwicklung hin. Dies dürfte Signalfunktion für die gesamte EWU haben. Zwar gibt es keine formale Kooperation in der Lohnpolitik zwischen den einzelnen Ländern, doch wird bei den Tarifverhandlungen immer mehr auf die Abschlüsse der wichtigsten Handelspartner geachtet. Insgesamt wird der Lohnanstieg in der EWU moderat bleiben. Die Lohnstückkosten dürften bei der anhaltenden konjunkturellen Expansion nur wenig zunehmen. Dies gilt auch für Frankreich, wo trotz weitreichender Arbeitszeitverkürzungen mit teilweisem Lohnausgleich die Erhöhung der Arbeitskosten gering bleibt. Für die EWU insgesamt geht von der Lohnpolitik kein Inflationsdruck aus.

Finanzpolitik stärkt Konjunktur und Wachstum

Im vergangenen Jahr ist das Defizit in den öffentlichen Haushalten der EWU-Länder weiter deutlich gesunken; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt belief es sich im gewo-

genen Durchschnitt auf nur noch 1,2 %, nach 2,0 % im Jahr 1998. Der Rückgang des strukturellen Budgetsaldos war sogar noch etwas ausgeprägter, weil die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung im Jahr 1999 unter der des Vorjahres lag. Damit haben sich Befürchtungen, die Finanzpolitik würde nach dem Beginn der dritten Stufe der Europäischen Währungsunion den Konsolidierungskurs der vergangenen Jahre verlassen, nicht bestätigt. Vielmehr entwickelte sich die Situation der öffentlichen Haushalte zu meist sogar deutlich günstiger als in den Stabilitäts- und Wachstumsprogrammen für 1999 angestrebt worden war.³ Bereits vier Staaten (Finnland, Irland, Luxemburg und die Niederlande) wiesen Haushaltsüberschüsse auf.

Der Ausgabenanstieg blieb in der Regel eng begrenzt. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt wurden die Staatsausgaben in der EWU um einen Prozentpunkt reduziert. Seit 1993, als die Staatsquote mit knapp 54 % einen Höchststand erreicht hatte, ist sie um rund 5 Prozentpunkte, seit 1996 um 3,5 Prozentpunkte gesunken. Im Jahr 1999 wurde sie vor allem dadurch gedrückt, dass sich die Last des Schuldendienstes weiter verringerte. Die durchschnittliche Verzinsung ausstehender Staatstitel nahm trotz der zuletzt wieder höheren Zinsen weiter ab, da relativ hoch verzinsliche Titel, die im Verlauf der neunziger Jahre begeben worden waren, fällig und durch Anleihen mit niedrigerem Kupon ersetzt wurden. Die Staatsausgaben ohne Zinszahlungen (Primärausgaben) gingen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt kaum noch zurück.

Die Staatseinnahmen fielen 1999 höher aus als angesichts der Steuerentlastungen und der in der ersten Jahreshälfte mäßigen konjunkturellen Dynamik erwartet worden war. Dass die Steuerquellen so kräftig sprudelten, lag zum einen an der relativ robusten Inlandsnachfrage, zum anderen an Sonderfaktoren: So fielen in Deutschland erhebliche Nachzahlungen bei Veranlagungssteuern für Gewinne aus den Vorjahren an, und in mehreren Ländern, beispielsweise in Italien und in Portugal, wurde die Effizienz der Steuereintreibung verbessert.

3 Ausnahmen sind Portugal, wo die Defizitquote mit 2,1 % etwas höher ausfiel als vorgesehen (2,0 %), und Österreich, das den Zielwert gerade erreichte. Italien unterschritt den im ursprünglichen Stabilitätsprogramm vorgesehenen Wert von 2,0 % zwar nur leicht. Mitte des Jahres war aber angesichts der absehbaren schwachen Konjunktur von der Kommission ein revidiertes Stabilitätsprogramm genehmigt worden, das dort eine Neuverschuldung des Staates in Höhe von 2,4 % des Bruttoinlandsprodukts vorsah. Daran gemessen fiel das Ergebnis deutlich besser aus. Relativiert wird die günstige Entwicklung in einigen Ländern dadurch, dass sich das Defizit rein statistisch durch die Umstellung auf das ESVG 95 verringert hat; die Planungen waren auf Basis des ESVG 79 erstellt worden. Ins Gewicht fällt dieser Faktor besonders für Deutschland, Frankreich und Belgien.

Im Prognosezeitraum wird der Ausgabenanstieg gering bleiben; in einigen Ländern sind sogar Kürzungen der realen Staatsausgaben vorgesehen. Die Rückführung der Ausgabenquote wird dadurch erleichtert, dass die Zinslasten durch Umschuldungen nochmals zurückgehen, auch wenn die Kapitalmarktzinsen nicht mehr ganz so niedrig sind wie im vergangenen Jahr. Die vollständige Umsetzung der zum Teil ehrgeizigen Planungen dürfte kaum gelingen. Zum einen ist damit zu rechnen, dass die Lohnerrhöhungen im öffentlichen Sektor in wichtigen Ländern etwas kräftiger ausfallen als in den Haushaltsansätzen vorgesehen. Zum anderen wird vor dem Hintergrund reichlicher Einnahmen wohl den Forderungen nach höheren Ausgaben in anderen Bereichen leichter entsprochen.

Gleichzeitig kommt es in diesem und mehr noch im nächsten Jahr in den meisten Ländern zu Steuersenkungen. Besonders kräftig geht die Abgabenlast in Deutschland zurück; nennenswert wird sie auch in Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Finnland vermindert. In einer Reihe von Ländern – so in Finnland, Irland, den Niederlanden und Italien – sind die Regierungen wesentlich an der Konsensfindung in der Tarifpolitik beteiligt. Hier dienen Entlastungen bei der Einkommensteuer gewissermaßen als "Belohnung" für moderate Lohnabschlüsse. Sie sind somit Bestandteil einer Einkommenspolitik, die darauf abzielt, den Anstieg der Lohnkosten zu begrenzen und die Risiken für die Stabilität, die sich im Zuge der raschen konjunkturellen Expansion ergeben, zu vermindern. Unter diesem Aspekt gefährden Steuersenkungen auch in Ländern mit besonders hoher gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung nicht notwendigerweise die Stabilität.

Bei diesen Entwicklungen auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite zeichnet sich ab, dass die Defizitquote in der EWU trotz des kräftigen Produktionsanstiegs nur noch geringfügig zurückgeht (Tabelle 1.4). Dies bedeutet, dass sich das strukturelle Budgetdefizit im laufenden Jahr nicht weiter verringert; im kommenden dürfte es wegen der Steuersenkungen temporär leicht steigen. Damit wird die Konjunktur in diesem und mehr noch im nächsten Jahr angeregt.

All dies bedeutet jedoch nicht, dass die Finanzpolitik in den EWU-Ländern das Ziel der Haushaltskonsolidierung aus dem Auge verliert. Dies geht aus den revidierten Stabilitäts- und Wachstumsprogrammen hervor. Das Tempo, in dem sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte den Planungen nach verbessert, ist allerdings, verglichen mit den Konsolidierungsfortschritten der vergangenen Jahre, gering.

Tabelle 1.4

Indikatoren zur Situation der öffentlichen Haushalte in der EWU

	Bruttoschulden ¹⁾				Finanzierungssaldo ¹⁾			
	1998	1999	2000	2001	1998	1999	2000	2001
Deutschland	60,7	61,1	60,8	60,2	-1,7	-1,1	-1,1	-1,6
Frankreich	59,3	58,6	58,0	57,8	-2,7	-1,8	-1,4	-1,2
Italien	116,3	114,9	111,5	108,5	-2,8	-1,9	-1,5	-1,1
Spanien	64,9	63,5	61,7	60,5	-2,6	-1,1	-0,4	-0,1
Niederlande	67,0	63,8	60,5	59,0	-0,8	0,5	0,5	0,0
Belgien	117,4	114,4	111,0	109,0	-1,0	-0,9	-0,5	-0,3
Österreich	63,5	64,9	64,0	63,0	-2,5	-2,0	-2,0	-1,5
Finnland	49,0	47,1	42,0	38,5	1,3	2,3	4,4	4,8
Portugal	56,5	56,8	56,5	55,5	-2,1	-2,0	-1,5	-1,2
Irland	55,6	52,4	48,5	46,0	2,1	2,0	1,2	2,0
Luxemburg	6,4	6,2	6,0	6,0	3,2	2,4	2,5	2,5
EWU ²⁾	72,9	72,2	70,7	69,5	-2,0	-1,2	-1,0	-1,0

¹⁾ In % des Bruttoinlandsprodukts; Abgrenzung gemäß Vertrag von Maastricht. – ²⁾ Summe der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 1998 in Ecu.
 Quellen: Eurostat; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

Von verschiedenen Seiten – so von der EZB und der OECD – wird das angesichts der günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen geringe Konsolidierungstempo in wichtigen Ländern kritisiert. So sei eine Haushaltsposition, die im Fall eines konjunkturellen Abschwungs das Wirken der automatischen Stabilisatoren zulässt, ohne die im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Grenze von 3,0 % des Bruttoinlandsprodukts zu überschreiten, in einigen Ländern noch nicht gesichert. Auch seien die Schuldenstände in einigen Ländern noch sehr hoch. Vor diesem Hintergrund sei es angemessen, zusätzliche Einnahmen zur beschleunigten Haushaltskonsolidierung zu verwenden und die restriktive Ausgabenpolitik noch nicht zu lockern.

Wichtiger als die Frage, ob das Ziel eines mittelfristig ausgeglichenen Haushalts ein Jahr früher oder später erreicht wird, ist indes, ob die Richtung der Finanzpolitik stimmt. Dies ist derzeit im Euro-Raum der Fall: Die Kombination von Ausgabenbegrenzung und Steuersenkung verspricht, die Wachstumskräfte zu stärken. Damit trägt die Finanzpolitik zur Lösung des nach wie vor drängendsten Problems, der hohen Erwerbslosigkeit, bei. Wesentlich für diese positive Bewertung des finanzpolitischen Kurses in den EWU-Ländern durch die Institute ist, dass die Ausgabendisziplin wie geplant beibehalten wird. Die Wachstumsimpulse, die mittelfristig von dieser Politik ausgehen,

wären insbesondere dann groß, wenn die Rückführung der Staatsquote mit einem Anstieg des Anteils investiver Ausgaben einherginge, die Kürzungen also im Bereich konsumtiver Ausgaben vorgenommen werden. Nach den Beschlüssen des jüngsten Treffens der Staats- und Regierungschefs in Lissabon, die einen Schwerpunkt bei den Ausgaben für (Aus-)Bildung sowie für Forschung und Entwicklung vorsehen, ist eine solche Politik beabsichtigt. Die Institute begrüßen es, dass sich die Diskussion um die Konsolidierung der Staatsfinanzen auch auf qualitative Aspekte erstreckt.

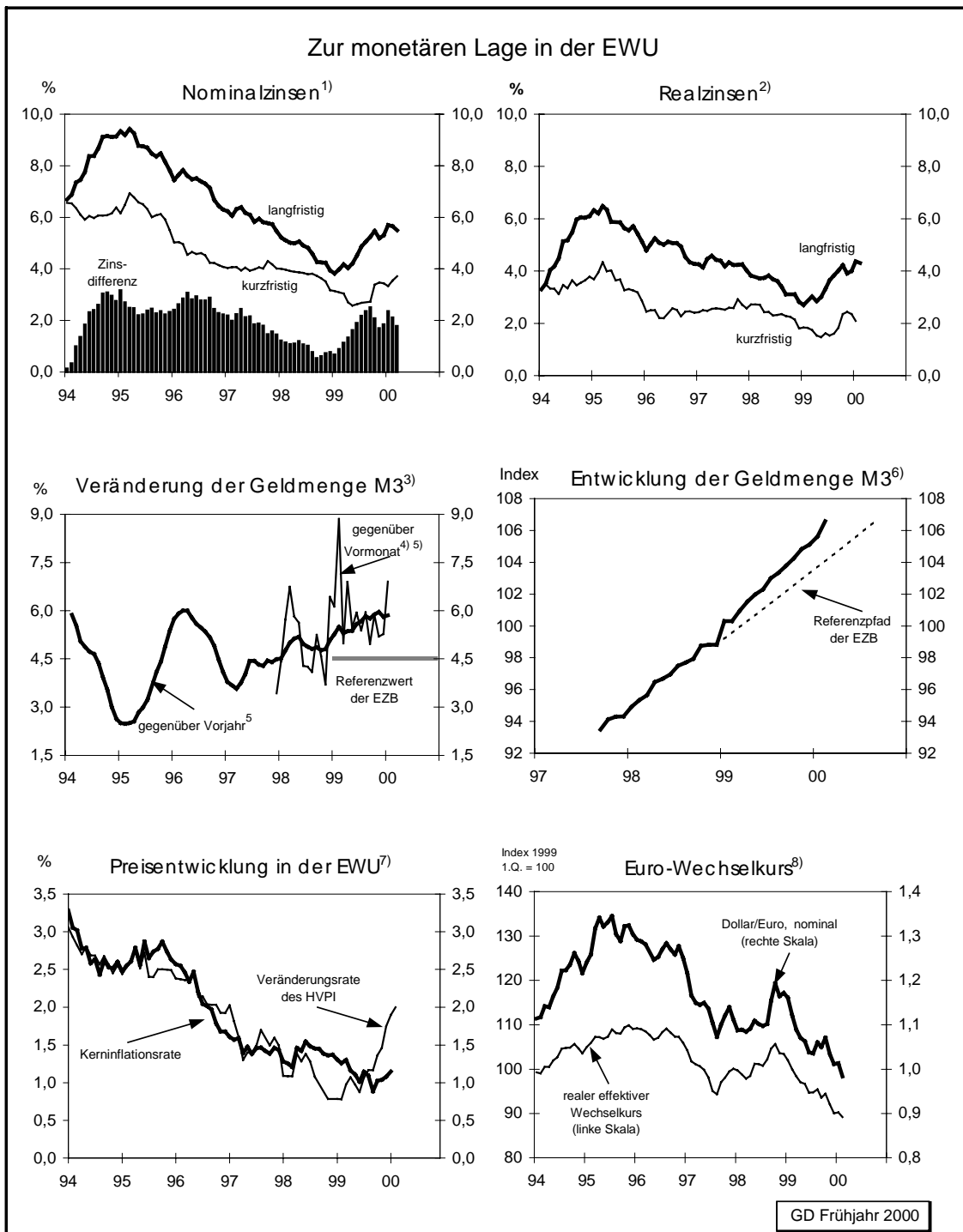
Geldpolitik schwenkt auf neutralen Kurs ein

Die Europäische Zentralbank hat im November 1999 eine Zinswende vollzogen; der Hauptrefinanzierungssatz wurde in drei Schritten um insgesamt einen Prozentpunkt auf 3,5 % angehoben. Einhergehend mit der Entwicklung der Leitzinsen ist der Dreimonats-Euribor auf nunmehr 3,8 % gestiegen. Die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen, die zu Jahresbeginn bei 5,7 % gelegen hatte, beträgt nunmehr 5,4 % und ist damit wieder so hoch wie im Herbst vergangenen Jahres.

Gegenwärtig wirkt die Geldpolitik insgesamt weniger expansiv als vor einem halben Jahr. Der kurzfristige Realzins – gemessen am Nominalzins abzüglich der Inflationserwartungen, hier approximiert durch die Kerninflationsrate – dürfte bei etwa 2,5 % und damit nur noch leicht unter dem langfristigen Durchschnittswert für Deutschland liegen.⁴ Die realen Kapitalmarktzinsen entsprechen im Zehnjahresbereich gegenwärtig mit rund 4 % – eine längerfristige Inflationsrate von 1,5 % unterstellt – etwa dem langjährigen Durchschnitt für Deutschland. Expansive Impulse gehen weiterhin von der niedrigen Bewertung des Euro aus. Sein realer effektiver Wechselkurs hat sich in den vergangenen Monaten weiter abgeschwächt und war im März rund 6,5 % niedriger als vor einem halben Jahr.

4 In den meisten Ländern der EWU lagen die Nominalzinsen in den vergangenen Jahren zum Teil deutlich über dem deutschen Niveau. Dies reflektierte hauptsächlich höhere Inflationserwartungen bzw. daraus resultierende Erwartungen einer Abwertung der jeweiligen Währung gegenüber der D-Mark. Mit der Übernahme der geldpolitischen Kontrolle durch die EZB und der unwiderruflichen Fixierung der Wechselkurse bestehen derartige Erwartungen nicht mehr. Insofern erscheint es gerechtfertigt, das Realzinsniveau in Deutschland dem längerfristigen Durchschnitt zugrunde zu legen (vgl. Herbstgutachten der Institute 1999, Tabelle 3.1).

Abbildung 1.3



¹⁾ Kurzfristig = 3-Monats-Euribor; langfristig = Staatsanleihen mit zehnjähriger Restlaufzeit. - ²⁾ Realzins = Nominalzins abzüglich des Anstiegs der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. - ³⁾ M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. - ⁴⁾ Saisonbereinigt, auf Jahresrate hochgerechnet, in %. - ⁵⁾ Gleitender zentrierter Dreimonatsdurchschnitt. - ⁶⁾ Index, saisonbereinigt. - ⁷⁾ HVPI = Harmonisierter Verbraucherpreisindex; Kerninflationrate = Veränderungsrate HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel. - ⁸⁾ Vor 1999: Ecu.
 Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Berechnungen der Institute.

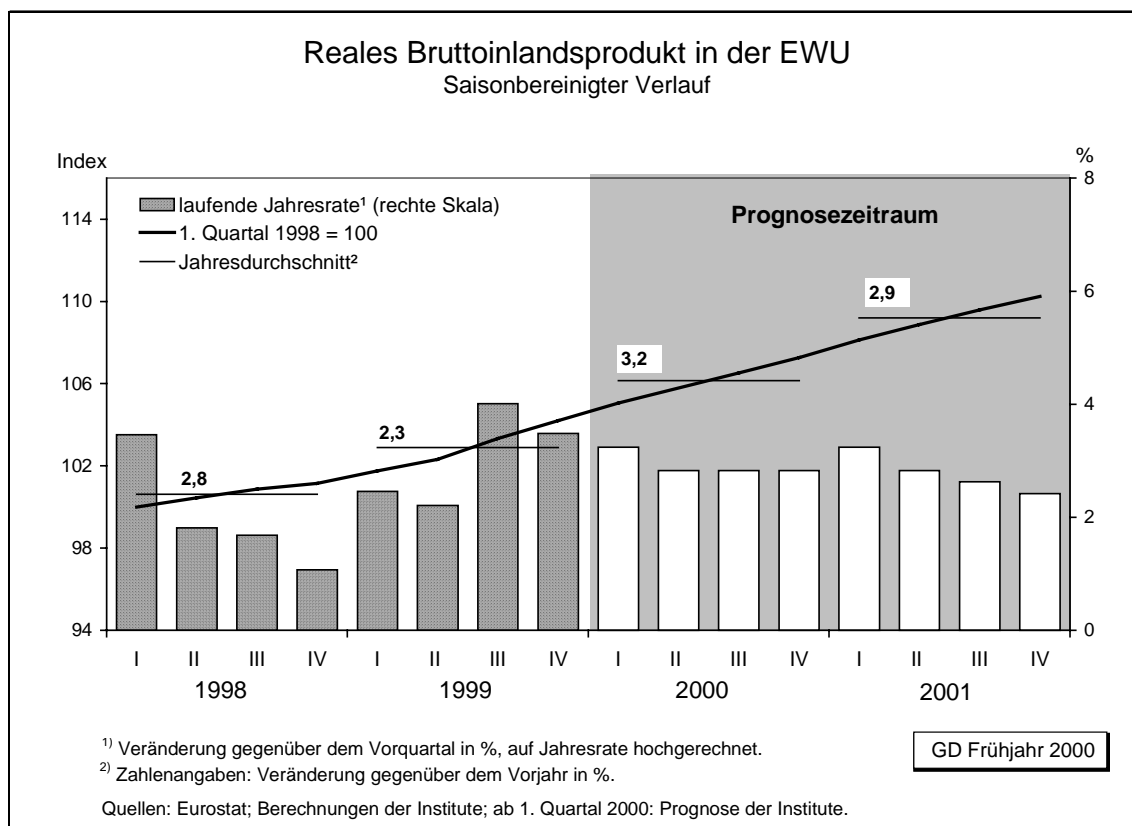
Die Geldmenge M3 nahm im ersten Halbjahr 1999 mit einer laufenden Jahresrate von 7,1 % zu (Abbildung 1.3). In der zweiten Jahreshälfte schwächte sich die Zunahme auf 5,6 % ab; sie lag damit aber weiter deutlich oberhalb des Referenzwertes der EZB (4,5 %) und auch über dem Wert, der nach Einschätzung der Institute mittelfristig mit Geldwertstabilität vereinbar ist (5 %). Zu Beginn des laufenden Jahres hat sich das Geldmengenwachstum erneut beschleunigt. Im Februar nahm die Geldmenge saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 11,6 % gegenüber Januar sehr rasch zu. Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) hat sich deutlich beschleunigt. Allerdings überzeichnet dessen aktuelle Zuwachsrates die mittelfristige Inflationsdynamik aufgrund des starken Ölpreisanstiegs erheblich. Im Prognosezeitraum wird die Kerninflation leicht anziehen. Maßgeblich dafür dürften die im Zuge der steigenden Kapazitätsauslastung zunehmenden Preisüberwälzungsspielräume der Unternehmen sein, aber auch das Durchsickern der erhöhten Kosten für Rohöl in die Erzeugerpreise. Dämpfend auf die Kerninflation wirken dagegen die hier unterstellten moderaten Lohnabschlüsse.

Die Institute erwarten daher, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz bis zum Herbst um insgesamt 0,5 Prozentpunkte auf 4,0 % anheben wird. Die Kapitalmarktzinsen werden etwas weniger steigen als die kurzfristigen Zinsen. Für den nominalen Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar ist unterstellt, dass er im Prognosezeitraum leicht aufwertet. Insgesamt werden die monetären Rahmenbedingungen dann etwa neutral sein.

Weiterhin zügige Expansion

Die kräftige Expansion der wirtschaftlichen Aktivität in der EWU wird zunächst anhalten. Darauf deuten die Auftragseingänge und die Klimaindikatoren hin. Im weiteren Verlauf dieses Jahres ist mit einer leichten Abschwächung zu rechnen (Abbildung 1.4). Die Zuwächse bei den Ausfuhren werden, nach der dynamischen Entwicklung im Winterhalbjahr, aufgrund eines weniger lebhaften Nachfrageanstiegs auf wichtigen Auslandsmärkten – insbesondere in den USA – deutlich geringer sein. Zudem laufen die von der Euro-Schwäche ausgehenden Impulse allmählich aus. Demgegenüber werden die Einfuhren bei der zügig expandierenden Gesamtnachfrage weiter kräftig zunehmen, so dass sich in der Folge der Außenbeitrag verringert (Tabelle 1.5).

Abbildung 1.4



Die Inlandsnachfrage wird weiter kräftig steigen, wenngleich im Laufe des nächsten Jahres leicht verlangsamt, was vor allem auf die Entwicklung bei den Bruttoanlageinvestitionen zurückzuführen ist. Diese werden zunächst bei zunehmender Auslastung der Kapazitäten und positiven Absatz- und Ertragserwartungen weiter erhöht. Im kommenden Jahr schwächt sich ihr Expansionstempo mit dem Wegfall des monetären Impulses spürbar ab. Der private Verbrauch wird abermals deutlich expandieren, im kommenden Jahr angeregt durch die in einigen Ländern vorgesehenen neuerlichen Steuerentlastungen.

Das reale Bruttoinlandsprodukt in der EWU steigt in diesem Jahr um 3,2 % und im nächsten Jahr um 2,9 %. Dabei wird sich das konjunkturelle Gefälle zwischen den Ländern weiter verringern. Bei der anhaltend hohen Expansion steigt die Beschäftigung kräftig. Die Arbeitslosenquote dürfte im Verlauf des Jahres 2000 erstmals seit Beginn der neunziger Jahre die Marke von 9 % unterschreiten.

Kasten 1.1

Datenbasis für die EWU weist erhebliche Lücken auf

Mehr als ein Jahr nach der Einführung des Euro gibt es immer noch keine zufriedenstellende Datenbasis über den Währungsraum. Dies gilt für eine Reihe von Statistiken, insbesondere aber für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) und die Arbeitskosten- und Beschäftigtenstatistik. Diagnose, Prognose und wirtschaftspolitische Entscheidungen basieren für die EWU daher immer noch auf einer sehr unsicheren statistischen Grundlage. Es besteht deshalb dringender Handlungsbedarf für eine weitere Verbesserung der amtlichen Statistik.

Bisher keine vollständige und konsistente vierteljährliche VGR

Mit dem Europäischen System volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 95) besteht eine einheitliche Leitlinie für die VGR der EWU-Länder. Gleichwohl gibt es für den Euroraum noch keine vollständige und konsistente Vierteljahresrechnung.

Für viele Länder liegen nur sehr kurze Zeitreihen vor; in manchen stehen zudem noch keine Quartalswerte zur Verfügung. Darüber hinaus gibt es bei der Saisonbereinigung bisher keine konsistente Vorgehensweise. Gravierend ist auch, dass die Handelsströme zwischen den Mitgliedsländern im Rahmen der VGR noch nicht getrennt erfasst werden. Für die EWU insgesamt werden Angaben für die Entstehungsseite von Eurostat nur für den Zeitraum 1995 bis 1998 in sehr grober Gliederung veröffentlicht. Für die Verwendungsseite existieren Zeitreihen von 1991 an. Dafür musste Eurostat für einzelne Länder behelfsmäßige Rückrechnungen auf der Basis des ESVG 79 vornehmen. Allerdings sind lediglich die Hauptaggregate in jeweiligen Preisen sowie in Preisen von 1995 verfügbar. Insbesondere für ein so wichtiges Aggregat wie die Bruttoanlageinvestitionen gibt es noch keine Untergliederung nach Ausrüstungen und Bauten. Diese eingeschränkte Verfügbarkeit von Daten erschwert die Betrachtung der EWU als einheitlichen Währungsraum.

Keine einheitliche Lohnstatistik

Die Datenlage bezüglich der Indikatoren über die Lohnentwicklung in Europa ist nach wie vor schlecht. Zwar erhebt Eurostat seit einigen Jahren einen Arbeitskostenindex, der die Entwicklung der gesamten Arbeitskosten je Stunde abbilden soll, allerdings werden diese Daten noch von den nationalen statistischen Ämtern nach zum Teil sehr unterschiedlichen Verfahren und Abgrenzungen erhoben. Insbesondere in Deutschland unterscheidet sich die verwendete Methode von der in anderen Ländern. Zudem wird nur der Gesamtindex für den Euroraum veröffentlicht, nicht jedoch der Index für jedes einzelne Land. Daten zu Tarifabschlüssen in den Mitgliedsländern der EU sammelt das European Industrial Relations Observatory. Hier werden jedoch Lohndrift und Lohnnebenkosten nicht erfasst, so dass auch aus dieser Statistik keine umfassenden Informationen über die Entwicklung der Arbeitskosten abgeleitet werden können. Für die Prognose ist die Datenlage noch unsicherer. So gibt es für die EWU bislang keinen dem Tarifindex der Deutschen Bundesbank vergleichbaren vierteljährlichen Indikator, auf dessen Basis die Entwicklung der Tariflöhne und der Effektivemkommen prognostiziert werden könnte.

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich im Prognosezeitraum insgesamt nicht weiter beschleunigen. Dabei dürften die Effekte der Rohölpreiserhöhungen sowie der Abwertung des Euro in der zweiten Jahreshälfte allmählich nachlassen. In diesem Jahr wird die Teuerungsrate 1,8 % und im nächsten 1,7 % betragen.

Tabelle 1.5

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in der EWU

	1999	2000	2001
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,3	3,2	2,9
Privater Verbrauch	2,5	2,8	2,9
Öffentlicher Verbrauch	1,2	1,1	1,2
Bruttoanlageinvestitionen	4,5	5,2	4,3
Außenbeitrag ¹⁾	1,6	1,9	1,7
Verbraucherpreise ²⁾	1,1	1,8	1,7
	<i>in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts</i>		
Leistungsbilanzsaldo	0,7	0,5	0,3
Budgetsaldo ³⁾	-1,2	-1,0	-1,0
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>		
Arbeitslosenquote ⁴⁾	10,1	9,2	8,5
¹⁾ In % des realen Bruttoinlandsprodukts. – ²⁾ Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ³⁾ Gesamtstaatlich. – ⁴⁾ Standardisiert. Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.			

2. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Überblick

Deutschland befindet sich wie die anderen EWU-Länder in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Seit Mitte 1999 sind Nachfrage und Produktion deutlich aufwärts gerichtet, und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt rasch zu. Im Herbst hat die konjunkturelle Erholung auch auf den Arbeitsmarkt übergegriffen. Die Zahl der Erwerbstätigen, die zuvor im Gefolge der vorangegangenen konjunkturellen Abkühlung rückläufig gewesen war, hat sich seither deutlich erhöht, und die Arbeitslosigkeit ist beträchtlich zurückgegangen.

Die konjunkturelle Erholung vollzog sich trotz eines kräftigen Anstiegs der Ölpreise. Die verschiedentlich geäußerte Befürchtung, dass der damit verbundene Einkommensverlust den Aufschwung gefährden könnte, erwies sich als unbegründet. Zwar hat sich – auch wegen der Euro-Schwäche – die "Ölrechnung" deutlich erhöht und der Preisauftrieb verstärkt; die realwirtschaftlichen Effekte halten sich aber in engen Grenzen.⁵

Triebkraft des Aufschwungs ist der Export. Er erhält kräftige Impulse von der Beschleunigung der Konjunktur in Nordamerika und in Westeuropa sowie von der wirtschaftlichen Erholung in den Schwellen- und Transformationsländern; überdies verbesserte sich durch die Abwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus der EWU merklich. Im Gefolge des Exportbooms hat in Deutschland die Binnennachfrage, gestützt durch die günstigen monetären Rahmenbedingungen, seit Mitte 1999 an Schwung gewonnen. Der private Verbrauch wurde beschleunigt ausgeweitet, und die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen hat sich leicht erhöht. Die Bauwirtschaft steht allerdings nach wie vor auf der Schattenseite der Konjunktur, insbesondere in den neuen Bundesländern. In Ostdeutschland verdeckt die ungünstige Lage im Bausektor, dass sich die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung verstärkt hat; die Industrieproduktion steigt seit Mitte des vergangenen Jahres erheblich rascher als zuvor.

5 Siehe Kasten 2.2: Zu den Auswirkungen des Ölpreisanstiegs.

Weltwirtschaftliche und monetäre Rahmenbedingungen werden weniger günstig

Maßgeblich für den Konjunkturaufschwung in Deutschland wie auch in den anderen EWU-Ländern waren das vorteilhafte weltwirtschaftliche Umfeld und die günstigen monetären Rahmenbedingungen. Jedoch lassen diese Impulse schon im laufenden Jahr nach. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in den Industrieländern und in den Schwellenländern wird zwar, wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt, weiterhin kräftig zunehmen, das Expansionstempo wird sich aber etwas abschwächen. Ausschlaggebend dafür ist die spürbare Verlangsamung der Konjunktur in den USA, die auch auf andere Regionen ausstrahlen wird. Überdies werden die von der Abwertung des Euro ausgehenden Impulse auf die Ausfuhr allmählich geringer. Für den Prognosezeitraum ist zudem eine leichte Aufwertung der gemeinsamen Währung unterstellt. Die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Anbietern außerhalb der EWU wird sich damit wieder leicht verschlechtern; dies wird wegen der üblichen Verzögerungen aber wohl erst im Jahr 2001 konjunkturdämpfend wirken. Gegenüber den anderen EWU-Ländern dürfte sie sich dagegen etwas verbessern, da in Deutschland die Lohnstückkosten im Prognosezeitraum nahezu unverändert bleiben, während diese im Durchschnitt der übrigen Mitgliedsländer leicht steigen.

Die Geldpolitik ist derzeit deutlich weniger expansiv ausgerichtet als bis zum vergangenen Herbst. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat seither die Leitzinsen um insgesamt einen Prozentpunkt angehoben. Begründet wurde dies mit gestiegenen Stabilitätsrisiken nicht zuletzt infolge der günstigen Konjunktur in der EWU. Die Entwicklung der Geldmenge deutet darauf hin, dass die Liquiditätsversorgung in der EWU trotz der Straffung der geldpolitischen Zügel immer noch reichlich ist. Zwar spricht von Seiten der Lohnentwicklung gegenwärtig kaum etwas für einen Inflationsdruck, aber die Produktionslücke in der EWU wird sich im Prognosezeitraum schließen. Deshalb wird die EZB, um von dieser Seite her einer Gefährdung des Stabilitätsziels vorzubeugen, die geldpolitischen Zügel im Sommerhalbjahr voraussichtlich nochmals straffen und die Leitzinsen um insgesamt einen halben Prozentpunkt anheben. Die langfristigen Zinsen haben, gefördert durch rückläufige Kapitalmarktzinsen in den USA, seit Februar dieses Jahres wieder etwas nachgegeben. Sie sind jedoch immer noch deutlich höher als Mitte vergangenen Jahres. Im Prognosezeitraum werden die Kapitalmarktzinsen nur geringfügig steigen.

Alles in allem werden sich das weltwirtschaftliche Umfeld und die monetären Rahmenbedingungen etwas verschlechtern, so dass von dieser Seite her dämpfende Einflüsse auf

die Konjunktur in Deutschland – wie auch in den anderen EWU-Ländern – abzusehen sind. Es gibt allerdings auch in die Gegenrichtung wirkende Einflüsse. So wird der Ölpreis als Folge der von der OPEC beschlossenen Ausweitung der Fördermengen weiter nachgeben; er liegt bereits wieder deutlich unter dem Höchststand von Anfang März dieses Jahres. Zusammen mit der hier unterstellten leichten Aufwertung des Euro führt dies zu einer graduellen Verbesserung der Terms of Trade, die für sich genommen leicht stimulierend wirkt.

Expansive Finanzpolitik

Der finanzpolitische Kurs ist in diesem Jahr infolge des Sparpakets noch leicht kontraktiv. Von ihm werden zwar auch weiterhin retardierende Effekte ausgehen, dem stehen aber vom kommenden Jahr an kräftige Impulse durch die Verringerung der Abgaben gegenüber. So sind im Rahmen der geplanten mehrstufigen Reform der Einkommen- und Unternehmenssteuer ("Steuerreform 2000") bereits für das Jahr 2001 Entlastungen von etwa 45 Mrd. DM vorgesehen; das entspricht reichlich einem Prozentpunkt des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Davon sind erhebliche Impulse insbesondere auf den privaten Verbrauch zu erwarten. Alles in allem wirkt die Finanzpolitik im kommenden Jahr deutlich expansiv.

Von der Lohnentwicklung gehen keine nennenswerten Stabilitätsrisiken aus. Die Löhne dürften in diesem und im nächsten Jahr mit voraussichtlich jeweils reichlich 2 % etwas weniger zunehmen als im vergangenen Jahr. Die tarifvertraglichen Vereinbarungen zum Ausbau der Altersteilzeit dürften die Kosten vorerst nicht erhöhen.

Fortsetzung des Aufschwungs bei schwächerer Grundtendenz

Die weitere konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wird also von gegenläufigen Einflüssen geprägt. Insgesamt werden die dämpfenden Effekte von Seiten des weltwirtschaftlichen Umfeldes und der Geldpolitik bewirken, dass sich die konjunkturelle Grundtendenz leicht abschwächt. Dem stehen aber im Jahr 2001 expansive Impulse der Finanzpolitik gegenüber. Da die steuerlichen Entlastungen zu Jahresbeginn wirksam werden, ist für die erste Jahreshälfte vorübergehend sogar eine spürbare Verstärkung des Anstiegstempos der gesamtwirtschaftlichen Produktion zu erwarten. In der zweiten Jah-

reshälft werden die dämpfenden Einflüsse wieder stärker zum Tragen kommen; die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nimmt dann kaum noch zu.

Die Dynamik der Exporte läßt im Prognosezeitraum merklich nach, der Aufschwung wird dann stärker von der Binnennachfrage getragen. Die Beschäftigung wird zügig ausgeweitet, und die Zahl der Arbeitslosen geht, auch wegen des anhaltenden Rückgangs des Arbeitskräfteangebots, deutlich zurück. Der Preisanstieg bleibt, unterstützt durch einen niedrigeren Ölpreis und die maßvolle Lohnentwicklung, trotz der anhaltenden konjunkturellen Expansion moderat; im kommenden Jahr wird die Inflationsrate sogar etwas geringer sein als in diesem.

Kasten 2.1

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegt eine Reihe von Annahmen zugrunde, die ihrerseits zumeist auf prognostischen Überlegungen beruhen, in einigen Fällen jedoch lediglich Setzungen sind. Im Einzelnen ist angenommen:

- Der Aufschwung der Weltwirtschaft setzt sich – wie im weltwirtschaftlichen Teil dieses Gutachtens dargelegt – in diesem und im nächsten Jahr zügig fort, die konjunkturelle Expansion wird sich aber leicht verlangsamen. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 8 ½ %, im Jahr 2001 um 7 ½ % zunehmen.
- Der Rohölpreis (Brentöl) wird im Durchschnitt dieses Jahres bei 24 Dollar je Barrel, im kommenden Jahr bei 21 Dollar je Barrel liegen. Die Weltmarktpreise für Industrierohstoffe werden moderat steigen.
- Der Euro wertet im Prognosezeitraum leicht auf.
- Die Europäische Zentralbank hebt die Leitzinsen bis zum Herbst dieses Jahres insgesamt um einen halben Prozentpunkt an; der Hauptrefinanzierungssatz wird dann 4 % betragen. Die Kapitalmarktzinsen werden etwas weniger steigen als die kurzfristigen Zinsen.
- Die Tarifverdienste je Stunde erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils reichlich 2 % schwächer als 1999.
- Die Finanzpolitik bleibt auf Konsolidierungskurs. Die Sparmaßnahmen werden wie geplant umgesetzt, und im kommenden Jahr wird die "Steuerreform 2000" entsprechend dem Vorschlag der Bundesregierung verwirklicht.

Exportboom schwächt sich ab

Angeregt durch die Expansion der Weltkonjunktur und die Abwertung des Euro ist der Export seit Anfang vergangenen Jahres kräftig gestiegen und gab damit entscheidende

Impulse für die konjunkturelle Belebung in Deutschland. Besonders stark wurden die Ausfuhren in die USA und, seit Mitte 1999, in die westeuropäischen Länder ausgeweitet. Zudem haben sich die Exporte nach Südostasien sowie nach Mitteleuropa und nach Russland im Laufe des vergangenen Jahres deutlich erholt (Tabelle 2.1 und Abbildung 2.1). Insgesamt lag das Volumen der Ausfuhr im vierten Quartal 1999 um rund 9 % über dem Vorjahresniveau; im ersten Quartal 2000 dürfte die Zuwachsrate sogar noch erheblich höher gewesen sein.

Tabelle 2.1

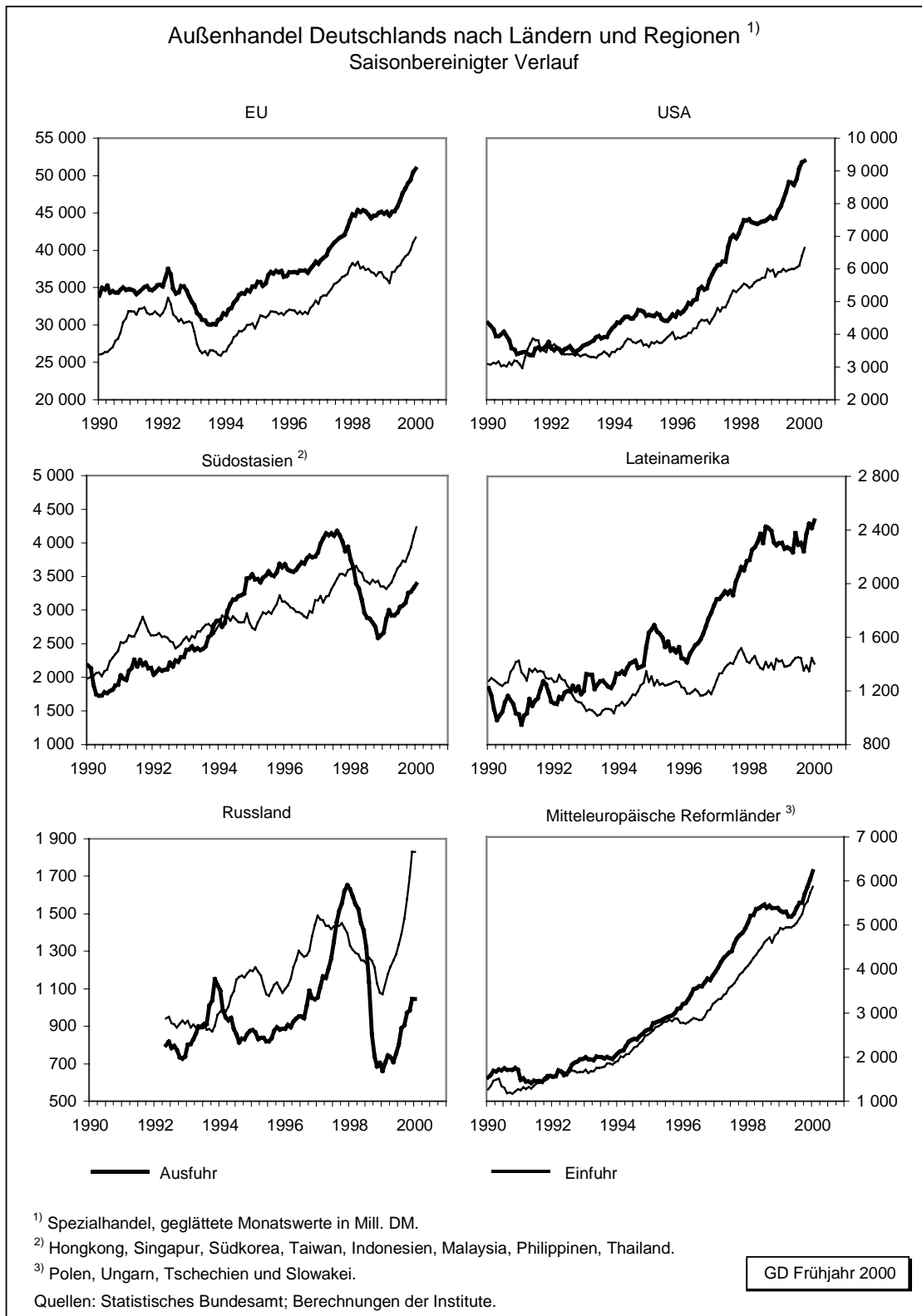
Regionale Entwicklung des deutschen Exports

	Nominaler Export (Spezialhandel)								
	1997			1998			1999		
Ländergruppe	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾	Mrd. DM	Anteile in %	in % des BIP ¹⁾
Insgesamt	889	100,0	24,2	955	100,0	25,2	984	100,0	25,4
EU	494	55,5	13,5	540	56,5	14,3	560	56,9	14,4
EFTA ²⁾	48	5,4	1,3	52	5,5	1,4	53	5,4	1,4
NAFTA ³⁾	89	10,0	2,4	104	10,9	2,7	116	11,8	3,0
Ostasien ⁴⁾	80	9,0	2,2	67	7,0	1,8	71	7,2	1,8
MOE ⁵⁾	78	8,8	2,1	89	9,3	2,3	84	8,6	2,2
Übrige ⁶⁾	100	11,3	2,7	104	10,9	2,7	100	10,2	2,6

¹⁾ In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts. – ²⁾ Schweiz, Norwegen, Island, Liechtenstein.
³⁾ USA, Kanada, Mexiko. – ⁴⁾ Japan, China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Thailand, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea. – ⁵⁾ Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Russland, Ukraine, Weißrussland. – ⁶⁾ Lateinamerika (ohne Mexiko), Afrika, Australien und Ozeanien, übriges Asien.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

Die weltwirtschaftliche Dynamik dürfte sich im Prognosezeitraum allmählich verringern, so dass der Export an Schwung verlieren wird. Von den USA werden als Folge der zu erwartenden Abflachung des Konjunkturanstiegs deutlich schwächere Impulse ausgehen als bisher, und auch in Westeuropa, dem wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, wird sich die Expansion im Laufe des kommenden Jahres etwas verlangsamen. Die Exporte in die mitteleuropäischen Reformländer werden mit fortschreitender Erholung in diesen Ländern weiter merklich expandieren. Die während der Krisen in Asien, Südamerika und Russland erlittenen Exportverluste dürften mehr und mehr aufgeholt werden.

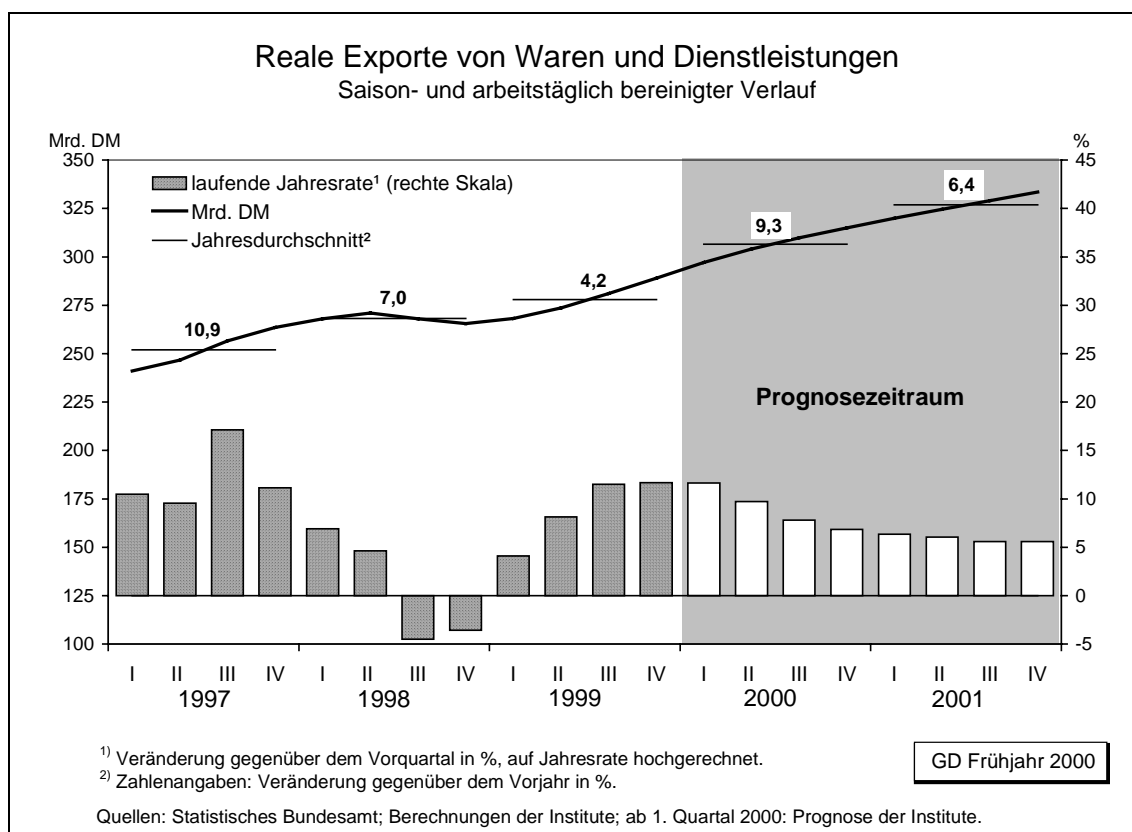
Abbildung 2.1



Die Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern aus Deutschland gegenüber Konkurrenten außerhalb der EWU hat sich durch die Abwertung des Euro erheblich verbessert. Die davon ausgehenden Impulse werden aber allmählich schwächer. Zudem wird der Euro im Prognosezeitraum leicht aufwerten. Innerhalb der EWU dürfte sich die Wettbewerbsposition von Anbietern aus Deutschland graduell verbessern, da die Lohnstückkosten in den übrigen Mitgliedsländern leicht steigen, während sie hier etwa gleich bleiben.

Alles in allem dürfte die Expansion der realen Ausfuhr im Prognosezeitraum an Tempo verlieren. Im Durchschnitt dieses Jahres wird sie um 9,3 % und im nächsten Jahr nur noch um 6,4 % zunehmen (Abbildung 2.2). Mit der Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds und der Umkehr in der Wechselkursentwicklung erhöht sich auch der Wettbewerbsdruck, so dass die Ausweitung der Gewinnmargen schwerer möglich ist als bisher. Die Ausführpreise werden somit wieder etwas langsamer anziehen.

Abbildung 2.2



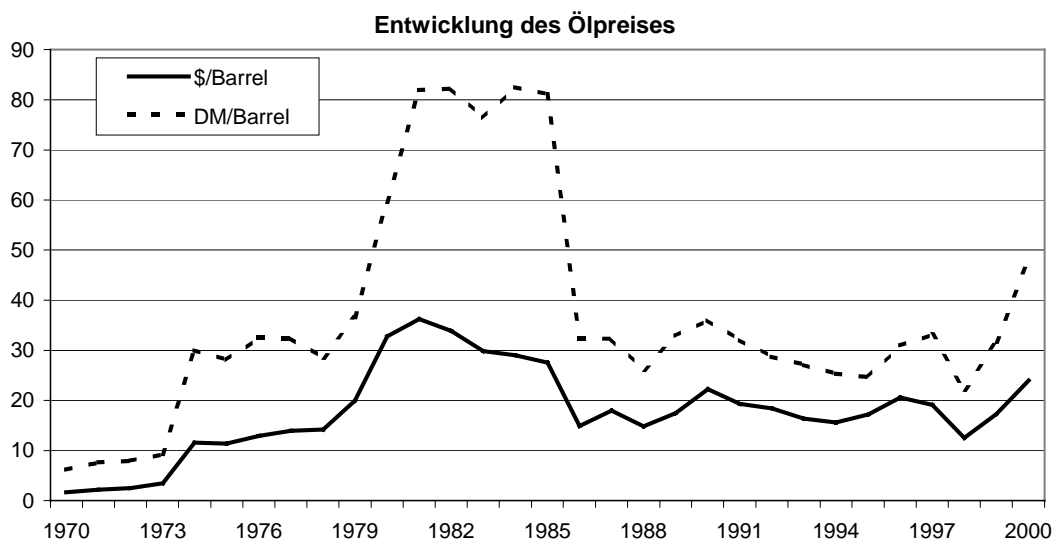
Kasten 2.2

Zu den Auswirkungen des Ölpreisanstiegs

Der kräftige Anstieg des Ölpreises seit Anfang 1999 hat verschiedentlich Befürchtungen geweckt, die damit verbundenen Belastungen könnten den Aufschwung gefährden. Assoziationen mit den Ölpreiskrisen 1973 und 1979 sind jedoch fehl am Platze, denn die derzeitige Situation unterscheidet sich grundlegend von der in den siebziger Jahren. Zwar dürfte sich, bedingt auch durch die Abwertung des Euro, in den Jahren 1999 und 2000 zusammengenommen die deutsche Ölrechnung in einer Größenordnung von 0,7 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts erhöhen. Insgesamt ist der unmittelbare dämpfende Impuls in der jetzigen Phase aber weitaus geringer als nach den Ölpreiskrisen in den siebziger Jahren; damals lag der kumulierte Effekt jeweils bei 2,3 %. Vor allem kam es diesmal nicht zu einem Übergreifen auf die Lohnentwicklung, das die Inflation verfestigt hätte. Die realwirtschaftlichen Effekte des Ölpreisanstiegs halten sich somit in engen Grenzen.

Entwicklung der deutschen "Ölrechnung"¹⁾

	1973	1974	1975	1979	1980	1981	1998	1999	2000 ^{a)}
Ölpreis in DM/Barrel	9,31	30,04	28,10	36,59	59,61	81,96	22,14	31,68	48,00
Ölrechnung ²⁾ in Mrd. DM	15,2	32,8	29,6	49,0	64,8	72,4	30,4	38,2	58,1
Veränderung geg. Vorjahr									
in Mrd. DM	4,4	17,6	-3,2	16,5	15,8	7,6	-10,8	7,8	19,9
in % des nominalen BIP	0,5	1,8	-0,3	1,2	1,1	0,5	-0,3	0,2	0,5



¹⁾ Ab 1991 einschließlich Ostdeutschland. – ²⁾ Wert der Einfuhr von Rohöl und Mineralölserzeugnissen. – ^{a)} Geschätzt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; IEA; Berechnungen der Institute.

Leistungsbilanz bleibt im Defizit

Die reale Wareneinfuhr erhöhte sich im vergangenen Jahr, trotz der deutlichen Verteuerung infolge der Euro-Abwertung, kräftig. Maßgeblich dafür waren die spürbar zunehmende Inlandsnachfrage in Deutschland und ein mit dem boomenden Export wachsender Bedarf an ausländischen Vorleistungen. Die Einfuhr wird im Prognosezeitraum bei anhaltender konjunktureller Aufwärtsbewegung weiter deutlich expandieren. Der Anstieg der Einfuhrpreise wird sich mit dem Rückgang der Ölpreise und der Festigung des Euro erheblich verlangsamen; im kommenden Jahr dürfte sich die Einfuhr etwas weniger verteuern als die Ausfuhr.

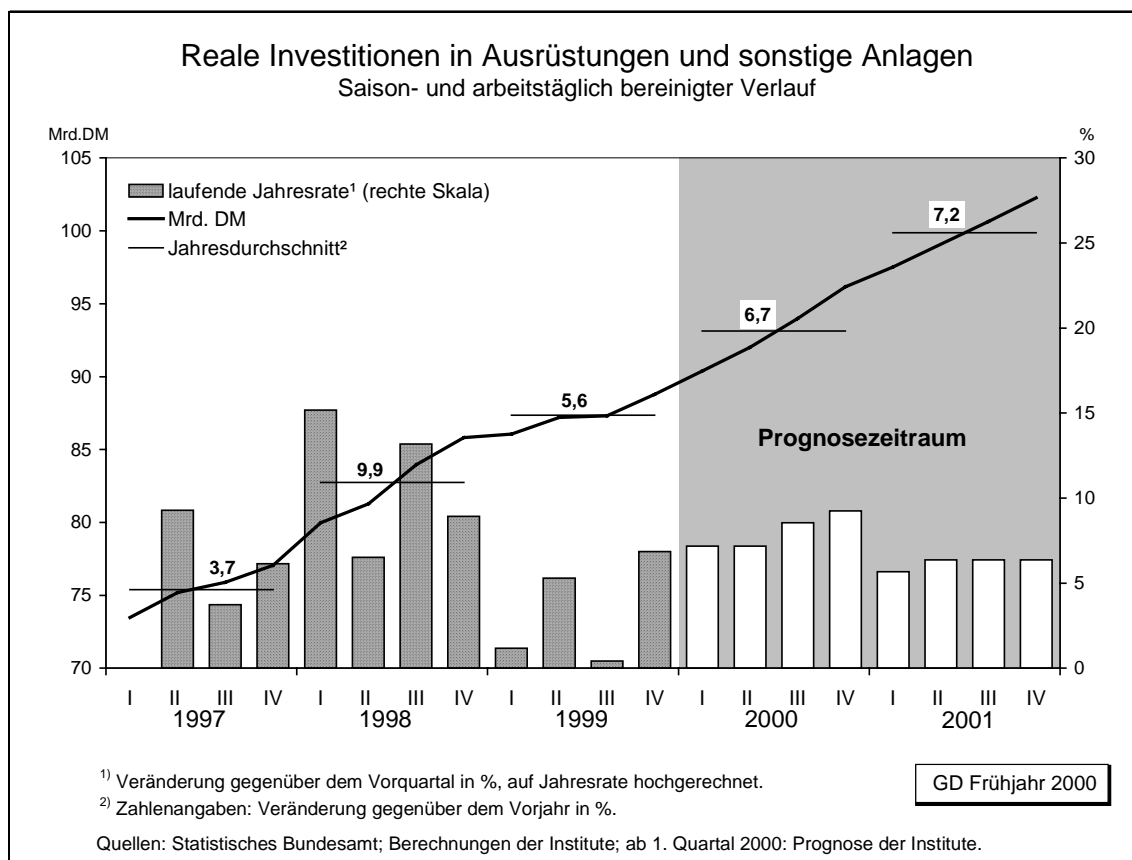
Obwohl die Wareneinfuhr im kommenden Jahr ähnlich stark steigen wird wie die Warenausfuhr, wird sich der Handelsbilanzüberschuß infolge des deutlich höheren Niveaus der Ausfuhr und einer leichten Verbesserung der Terms of Trade dennoch vergrößern, und zwar von 125 Mrd. DM im Jahr 1999 auf reichlich 150 Mrd. DM im nächsten Jahr. Die Defizite im Dienstleistungsverkehr und bei den Erwerbs- und Vermögenseinkommen dürften hingegen weiter zunehmen. Das Defizit in der Leistungsbilanz, das 1999 knapp 40 Mrd. DM betrug, wird daher voraussichtlich nur wenig zurückgehen.

Weiterhin hohe Dynamik bei den Ausrüstungen

Die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen) expandierten im Winterhalbjahr 1999/2000 wieder rascher als zuvor. Ausschlaggebend hierfür waren die im Verlauf des vergangenen Jahres spürbar gestiegenen Absatzerwartungen, vor allem im Export. Darüber hinaus hat sich die Gewinnsituation der Unternehmen merklich verbessert.

Die Investitionsbedingungen werden im Prognosezeitraum alles in allem günstig bleiben. Zwar lassen in diesem Jahr die Impulse vom Export allmählich nach; von der sich festigenden Binnenwirtschaft gehen aber verstärkte Investitionsanreize aus. Die derzeit schon relative hohe und weiter zunehmende Kapazitätsauslastung gibt zudem Anlaß zu Erweiterungsinvestitionen. Die Ertragslage bleibt bei eher rückläufigen Lohnstückkosten und nur leicht steigenden langfristigen Realzinsen günstig. Überdies wird es in der zweiten Jahreshälfte 2000 zu Vorzieheffekten kommen, da die Abschreibungsregelungen mit der im Jahr 2001 in Kraft tretenden Unternehmenssteuerreform voraussichtlich verschärft werden.

Abbildung 2.3



Im nächsten Jahr werden die Absatzerwartungen der Unternehmen durch die schwächere Exportdynamik beeinträchtigt. Dem steht allerdings eine kräftige Ausweitung des privaten Verbrauchs durch die expansiven Impulse der Einkommensteuerreform gegenüber; zudem bleiben die Ertragsperspektiven bei kaum steigenden Lohnstückkosten weiterhin günstig. Auch werden die Steuersätze für die Unternehmen deutlich gesenkt, doch werden zugleich die Abschreibungsbedingungen erheblich verschlechtert. Insgesamt verlieren die Investitionen nur leicht an Schwung (Abbildung 2.3). Die Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen werden in diesem Jahr um 6,7 % und im nächsten um 7,2 % zunehmen.

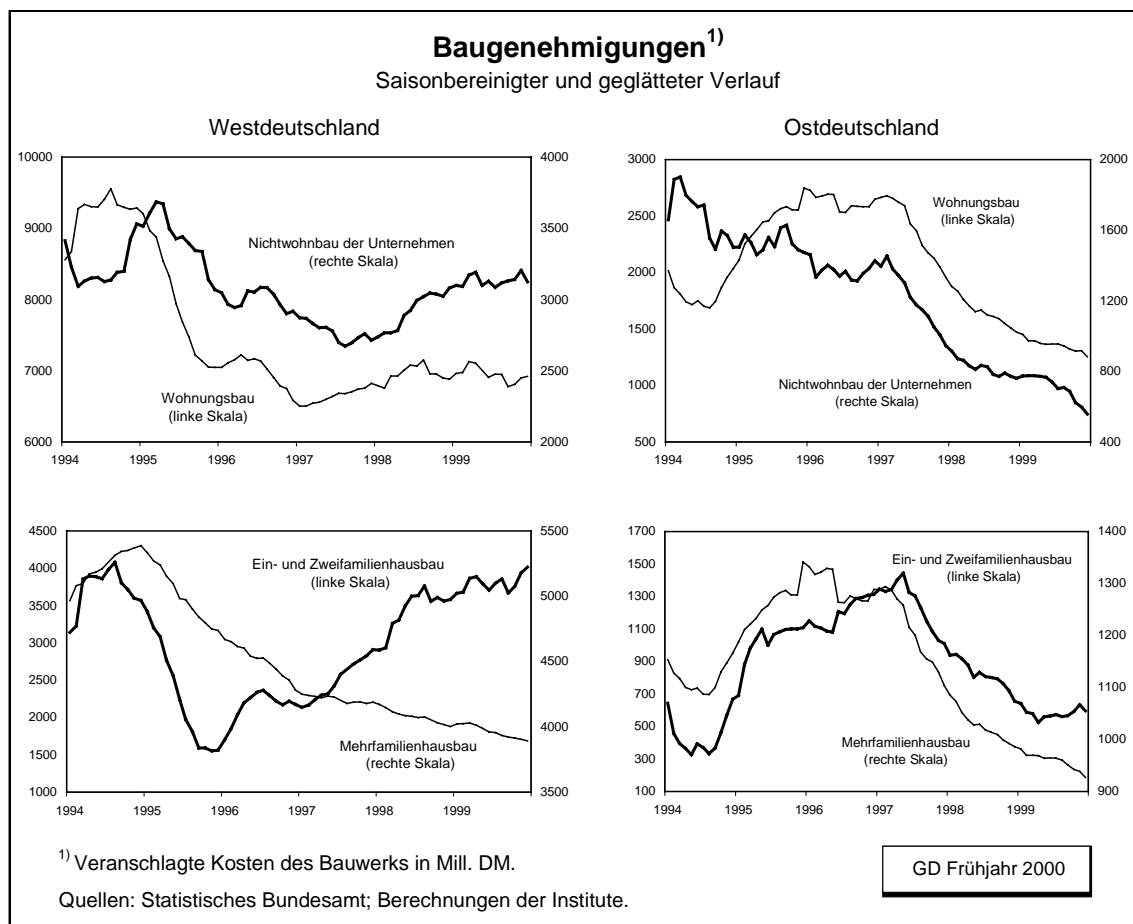
Baukonjunktur bleibt schwach

Die Bauinvestitionen sind 1999 zunächst leicht gestiegen, doch im vierten Quartal nahmen sie erneut etwas ab. Im Jahresdurchschnitt lagen sie jedoch erstmals seit 1995 nicht

mehr unter dem Niveau im Vorjahr. Während sie in Westdeutschland verhalten aufwärtsgerichtet waren, dämpften in Ostdeutschland die nach wie vor bestehenden Überkapazitäten.

Die Wohnungsbauinvestitionen sind im vorigen Jahr insgesamt kaum noch zurückgegangen. In Westdeutschland stiegen sie sogar erstmals seit 1995 leicht. Im Prognosezeitraum werden sie nur geringfügig zunehmen. Der kräftige Anstieg der real verfügbaren Einkommen stützt zwar die Nachfrage, dem stehen aber etwas höhere Hypothekenzinsen und der sich nur allmählich verringernde Angebotsüberhang bei mehrgeschossigen Wohnbauten gegenüber. Bei Ein- und Zweifamilienhäusern bleibt die Bautätigkeit in Westdeutschland rege; auch in Ostdeutschland tendieren die Baugenehmigungen leicht aufwärts. Im Mehrgeschosswohnungsbau sind die Renditeperspektiven nach wie vor gedrückt, so dass die Nachfrage weiter rückläufig ist; dies gilt in besonderem Maße für Ostdeutschland (Abbildung 2.4).

Abbildung 2.4



Im gewerblichen Bau zeichnet sich zumindest in Westdeutschland ein Ende des nun schon längere Zeit anhaltenden Abschwungs ab. So lässt die deutlich gestiegene Kapazitätsauslastung eine Zunahme der Erweiterungsinvestitionen und damit auch des Wirtschaftsbaus erwarten. Hinzu kommt, dass sich die Leerstände bei Büro- und Gewerbeflächen mittlerweile deutlich verringert haben. Der ostdeutsche Wirtschaftsbau bleibt hingegen angesichts der weiterhin großen Überkapazitäten abwärts gerichtet; hier ist allenfalls im Laufe des kommenden Jahres mit einem Ende der Talfahrt zu rechnen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr auf den ersten Blick außerordentlich stark gestiegen. Ohne den Saldo aus Käufen und Verkäufen von Land ergibt sich allerdings nur eine sehr verhaltene Zunahme (0,8 % im Jahresdurchschnitt). Die anhaltenden Konsolidierungsbemühungen lassen nur geringen Spielraum für eine Ausweitung der öffentlichen Baunachfrage. Insgesamt steigen die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum nur schwach; der Zuwachs beträgt in diesem Jahr 0,5 % und im nächsten Jahr 1,0 % (Tabelle 2.2).

Tabelle 2.2

Reale Bauinvestitionen in Deutschland

	1999	1999	2000	2001
	Anteile in %	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
Wohnbauten	57,4	-0,1	0,1	0,7
Nichtwohnbauten	42,6	0,2	1,1	1,5
gewerbliche Bauten	30,0	-1,9	1,0	1,7
öffentliche Bauten	12,6	5,5	1,2	1,1
Bauinvestitionen	100,0	0,0	0,5	1,0

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

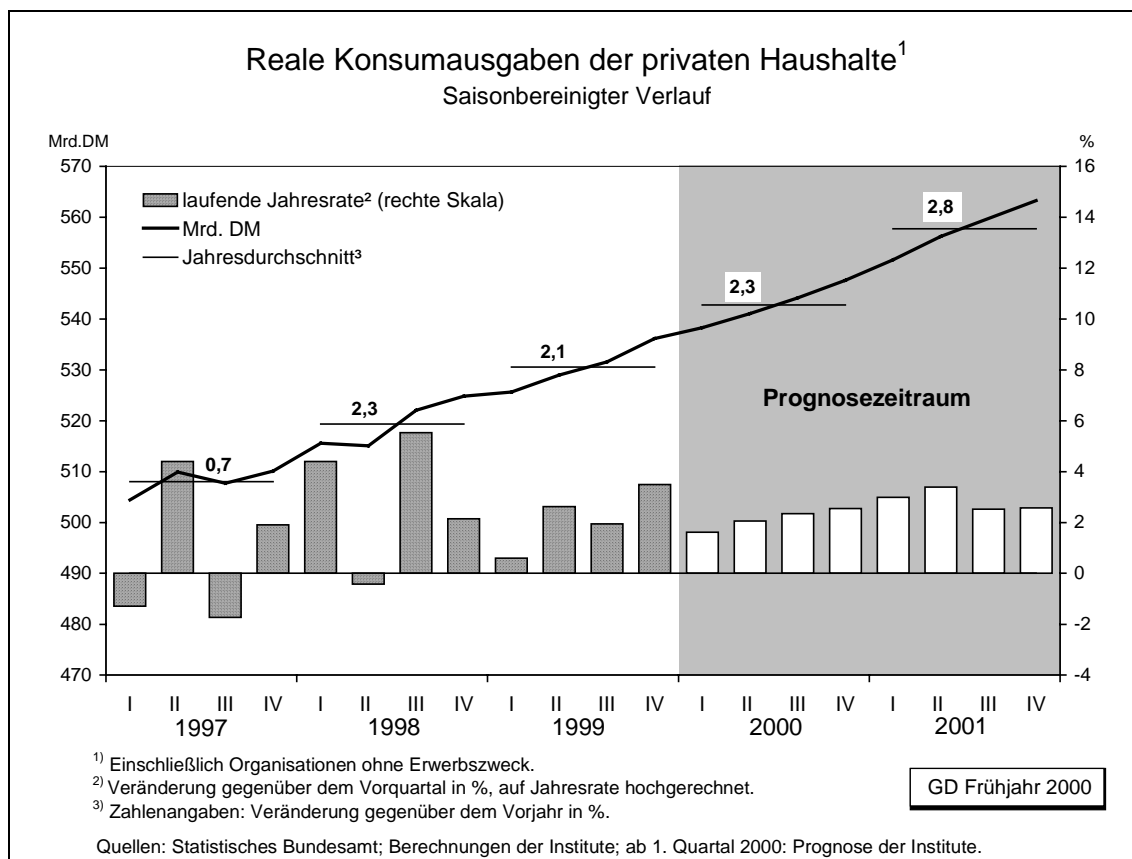
Steuerreform beflügelt privaten Konsum

Die privaten Konsumausgaben, die im Verlauf des Jahres 1999 kräftig expandierten, haben nach der Jahreswende wohl etwas an Schwung eingebüßt. Zwar wurden die privaten Haushalte bei Steuern und Sozialabgaben erneut entlastet und das Kindergeld

wurde angehoben; dem stand aber eine nochmalige starke Energieverteuerung gegenüber. Auch ist die Sparquote wahrscheinlich nicht mehr gesunken.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte der private Konsum infolge beschleunigt steigender Einkommen an Fahrt gewinnen (Abbildung 2.5). Zwar fällt die durchschnittliche Tariflohnerhöhung mit voraussichtlich 2,2 % geringer aus als im Vorjahr, die Bruttolöhne und -gehälter steigen aber mit der weiteren Zunahme der Beschäftigtenzahl in der Summe stärker als in den vergangenen Jahren. Netto expandieren die Löhne infolge der Entlastung bei den direkten Steuern und den Sozialabgaben noch kräftiger als brutto. Die Transfereinkommen nehmen schwächer zu als im Jahr zuvor, vor allem wegen der geringeren Erhöhung der Altersrenten. Die Selbständigen- und Vermögenseinkommen weiten sich im Zuge der guten Konjunktur kräftig aus. Insgesamt legen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 3,8 % deutlich zu; dies entspricht einem realen Einkommenszuwachs von 2,2 %. Die privaten Konsumausgaben erhöhen sich im laufenden Jahr in etwa gleichem Ausmaß.

Abbildung 2.5



Im Jahr 2001 werden die Arbeitnehmerhaushalte durch die Einkommensteuersenkung in beträchtlichem Maße entlastet. Bei ähnlichen Tarifabschlüssen wie in diesem Jahr und bei einer weiteren deutlichen Beschäftigungszunahme werden die Nettolöhne und -gehälter um 5 ½ % expandieren. Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um reichlich 4 % steigen; die Steuerentlastung um 28,5 Mrd. DM trägt hierzu rund einen Prozentpunkt bei. Real wird sich das Einkommensplus auf 3 % belaufen. Bei leicht erhöhter Sparquote werden die realen privaten Konsumausgaben im Jahr 2001 um 2,8 % zunehmen.

Verbraucherpreisanstieg läßt wieder nach

Die Verbraucherpreise sind seit dem Frühjahr 1999 deutlich gestiegen. Maßgeblich hierfür war die Verteuerung von Ölprodukten auf den Weltmärkten; hinzu kam der Wertverlust des Euro. Schließlich wurden im Rahmen der ökologischen Steuerreform im April 1999 und im Januar 2000 die Steuern auf Energieträger erhöht. Im Bereich Nachrichtenübermittlung (Telefontarife) sowie bei Nahrungsmitteln kam es dagegen zu Preisrückgängen.

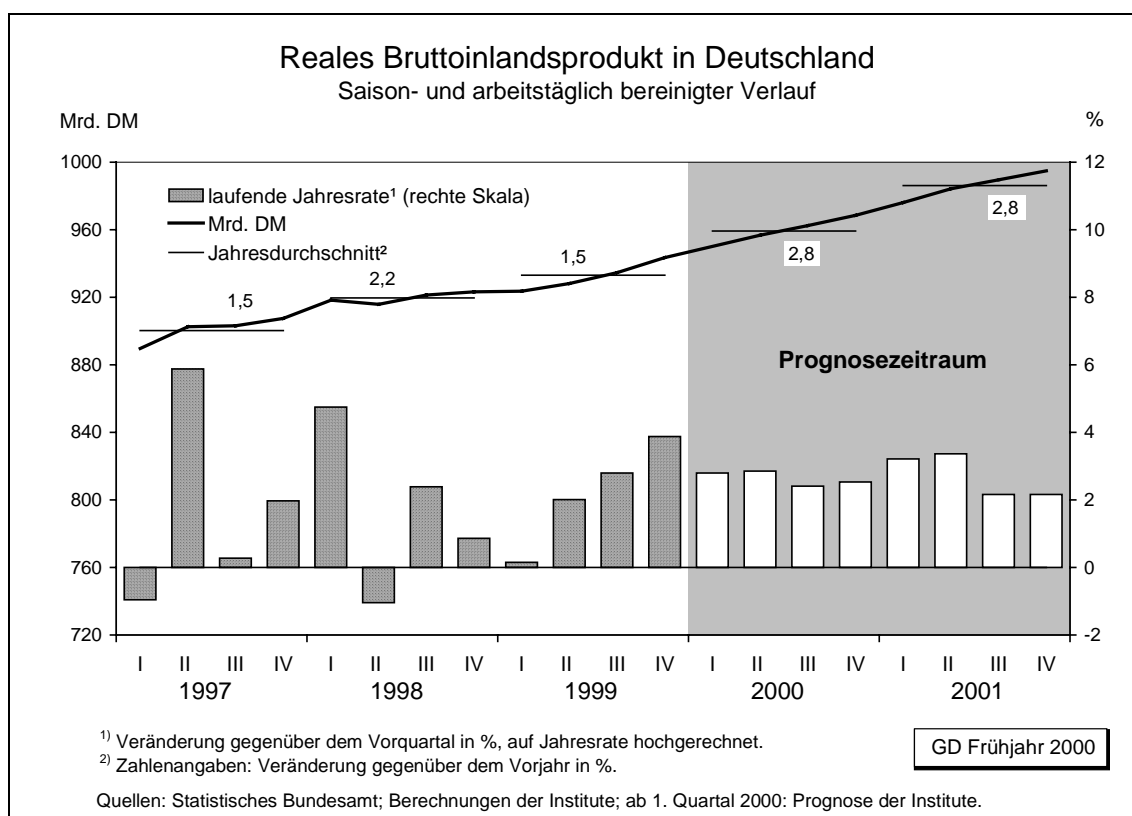
Im Verlauf dieses Jahres wird sich der Preisanstieg verlangsamen. So ist der Rohölpreis bereits wieder gesunken. Auch werden die Lohnstückkosten in diesem Jahr leicht zurückgehen. Im Jahresdurchschnitt 2000 wird die Teuerungsrate 1,5 % betragen. Auch im Jahr 2001 dürfte das Preisklima günstig bleiben. Trotz der guten Verbrauchskonjunktur bleiben die Preiserhöhungsspielräume angesichts der hohen Wettbewerbsintensität begrenzt. Inflationsdämpfend wirken die weitgehend unverändert bleibenden Lohnstückkosten sowie die hier angenommene leichte Aufwertung des Euro. Im Jahr 2001 wird sich die Lebenshaltung um 1,3 % verteuern.

Produktionszuwachs wird etwas geringer

Die gesamtwirtschaftliche Produktion ist im Winterhalbjahr 1999/2000 mit einer Jahresrate von 3 % stärker als im Sommerhalbjahr gestiegen. Auch im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sie recht zügig expandieren (Abbildung 2.6). Maßgeblich hierfür ist wie im Vorjahr die Auslandsnachfrage. Aber auch die Inlandsnachfrage nimmt merklich zu. Die Industrieproduktion wird im Jahresdurchschnitt 2000 um reichlich 4 % ausgeweitet werden. Die Bautätigkeit wird nur leicht zulegen, während sich die Wertschöpfung im

tertiären Sektor weiter kräftig erhöht. Im nächsten Jahr werden die wirtschaftlichen Auftriebskräfte von Seiten des Exports schwächer. Aufgrund der Steuerentlastung kommt es allerdings zu einem starken Impuls auf die Binnennachfrage, der die Abflachung der konjunkturellen Grundtendenz zunächst überkompensiert. Im späteren Verlauf des Jahres 2001 dürften sich die dämpfenden Effekte allmählich wieder durchsetzen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem wie im nächsten Jahr um jeweils 2,8 % zunehmen (Tabelle 2.3).

Abbildung 2.6



Die ostdeutsche Wirtschaft hat auch im vergangenen Jahr gegenüber Westdeutschland nicht aufgeholt, die Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts blieb erneut hinter der in Westdeutschland zurück.⁶ Allerdings sind für das verarbeitende Gewerbe in Ost-

6 Die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft ist in ihrer Gesamtheit schwer zu erfassen, da amtliche Quartalsdaten zum Bruttoinlandsprodukt fehlen. Eine erste Schätzung des Arbeitskreises "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder", die nur Ergebnisse für die Produktion insgesamt und für das verarbeitende Gewerbe ausweist, ergab für das Jahr 1999 eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts in den ostdeutschen Flächenländern um 1,2 % (einschließlich Berlin: 0,9 %). Beim verarbeitenden Gewerbe wurde für die neuen Länder ohne Berlin eine Steigerungsrate von 4,3 % angegeben (einschließlich Berlin: 3,4 %).

Tabelle 2.3

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	2,2	1,5	2,8	2,8
Erwerbstätige ²⁾ (1 000 Personen)	35 864	35 999	36 106	36 265	36 545
Westdeutschland	29 198	29 377	29 530	29 770	30 060
Ostdeutschland	6 604	6 558	6 511	6 435	6 425
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 384	4 279	4 099	3 830	3 500
Westdeutschland	3 021	2 904	2 756	2 500	2 200
Ostdeutschland	1 364	1 375	1 344	1 330	1 300
Arbeitslosenquote ³⁾	10,9	10,6	10,2	9,6	8,8
Westdeutschland	9,4	9,0	8,5	7,7	6,8
Ostdeutschland	17,1	17,3	17,1	17,1	16,8
Verbraucherpreise ⁴⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,9	1,0	0,6	1,5	1,3
Lohnstückkosten ⁵⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	-0,8	-0,4	0,7	-0,4	0,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶⁾ in Mrd. DM	-96,5	-64,5	-40,9	-43	-68
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-2,6	-1,7	-1,1	-1,1	-1,6
Nachrichtlich:					
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften in der Abgrenzung des ESVG 95 (in Mrd. DM)	-100,0	-72,3	-56,6	-53	-77
in finanzstatistischer Abgrenzung (in Mrd. DM)	-95,2	-56,1	-55,1	-53	-64
darunter:					
Bund (in Mrd. DM)	-63,4	-56,6	-51,3	-42	-51
Leistungsbilanzsaldo (in Mrd. DM)	-4,8	-8,0	-38,4	-40	-30

¹⁾ In Preisen von 1995. – ²⁾ Im Inland; West- und Ostdeutschland: Inländer, Schätzung der Institute auf Basis der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und des Mikrozensus. – ³⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept); West- und Ostdeutschland: geschätzte Erwerbstätige zuzüglich registrierte Arbeitslose. – ⁴⁾ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte. – ⁵⁾ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – ⁶⁾ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Bundesministerium der Finanzen; Deutsche Bundesbank; 2000 und 2001: Prognose der Institute.

deutschland in diesem Jahr kräftige Produktionssteigerungen von 8 % zu erwarten. Dazu trägt die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Industrieunternehmen bei. Auch wirkt sich die Besserung der Konjunktur in Westdeutschland stimulierend auf die ostdeutsche Wirtschaft aus. Überlagert wird dies weiterhin durch die rückläufige Bauproduktion. Der Handel und verschiedene konsumnahe Dienstleistungsbereiche werden wegen der anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage nur wenig Dynamik entfalten. Insgesamt wird die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2000 wohl erneut etwas niedriger ausfallen als in Westdeutschland. Im Jahr 2001 ist für Ostdeutschland mit einer ähnlich hohen Rate wie für Westdeutschland zu rechnen, da dann die sehr kräftige Expansion der Industrieproduktion stärker zum Tragen kommen wird.

Deutliche Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt

Die konjunkturelle Erholung im vergangenen Jahr wirkte sich wie üblich verzögert auf den Arbeitsmarkt aus. Die Beschäftigung nahm im Verlauf des Winterhalbjahres wieder

Abbildung 2.7

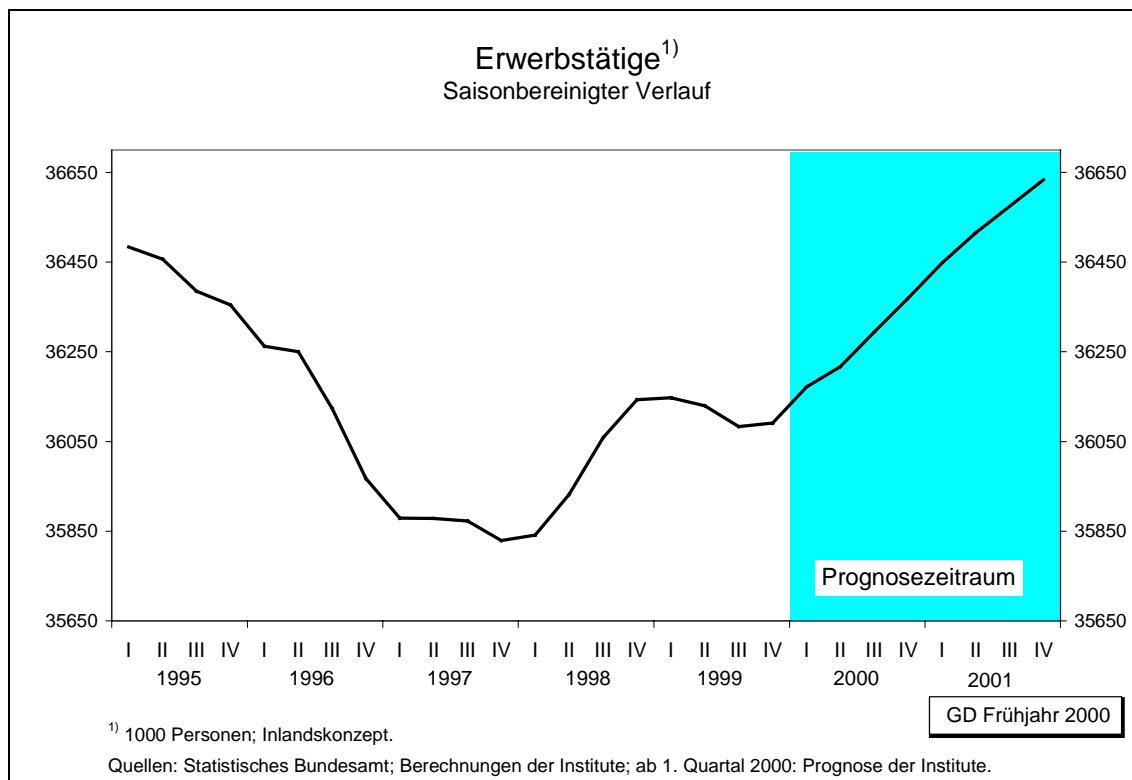


Tabelle 2.4

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	1997	1998	1999	2000	2001
Deutschland					
Erwerbstätige Inländer	35 802	35 935	36 041	36 205	36 485
Arbeitnehmer	31 888	31 941	32 029	32 165	32 385
Selbständige	3 914	3 994	4 012	4 040	4 100
Pendlersaldo	62	64	65	60	60
Erwerbstätige Inland	35 864	35 999	36 106	36 265	36 545
Arbeitslose	4 384	4 279	4 099	3 830	3 500
Arbeitslosenquote ¹⁾	10,9	10,6	10,2	9,6	8,8
Erwerbslose ²⁾	3 907	3 710	3 563	3 325	3 030
Erwerbslosenquote ³⁾	9,8	9,4	9,0	8,4	7,7
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	183	115	119	80	75
Arbeitsbeschaffung	214	210	234	195	190
Strukturanpassung	88	174	196	165	160
Berufl. Vollzeitweiterbildung	400	324	323	310	295
Westdeutschland					
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	29 198	29 377	29 530	29 770	30 060
Arbeitslose	3 021	2 904	2 756	2 500	2 200
Arbeitslosenquote ¹⁾	9,4	9,0	8,5	7,7	6,8
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	133	81	92	60	55
Arbeitsbeschaffung	59	59	66	55	55
Strukturanpassung	8	12	15	15	15
Berufl. Vollzeitweiterbildung	223	175	192	180	170
Ostdeutschland					
Erwerbstätige Inländer ⁴⁾	6 604	6 558	6 511	6 435	6 425
Arbeitslose	1 364	1 375	1 344	1 330	1 300
Arbeitslosenquote ¹⁾	17,1	17,3	17,1	17,1	16,8
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Kurzarbeit	49	34	27	20	20
Arbeitsbeschaffung	154	151	168	140	135
Strukturanpassung	80	162	180	150	145
Berufl. Vollzeitweiterbildung	177	149	141	130	125
¹⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose). – ²⁾ Definition der ILO. – ³⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose). – ⁴⁾ Schätzung der Institute auf Basis der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und des Mikrozensus. Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; 2000 und 2001: Prognose der Institute.					

merklich zu, nachdem sie im Jahr 1999 zunächst infolge der vorangegangenen Konjunkturflaute und der Reduzierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen gesunken war (Abbildung 2.7 und Tabelle 2.4). Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich saisonbereinigt um knapp 90 000, da sie in den meisten Dienstleistungsbereichen weiter stieg und der Personalabbau im verarbeitenden Gewerbe zum Stillstand kam.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich offenbar nur in Westdeutschland verbessert, in Ostdeutschland hellte sich das Bild allenfalls in Teilbereichen auf.⁷ Die Zahl der Arbeitnehmer in der Industrie ist seit Mitte vergangenen Jahres um etwa 15 000 gestiegen. Da jedoch in der Bauwirtschaft, beim Staat und im Handel der Personalbestand weiterhin abgebaut wird, dürfte die Beschäftigung in Ostdeutschland wohl bis zuletzt zurückgegangen sein.

Die erwartete konjunkturelle Entwicklung wird zu einer weiteren Zunahme der Erwerbstätigkeit in Westdeutschland führen. Vor allem in der Industrie wird die Nachfrage nach Arbeitskräften lebhafter. Dagegen dürfte im Baugewerbe der Personalabbau lediglich nachlassen. In Ostdeutschland wird die Erwerbstätigkeit im Prognosezeitraum auf dem ersten Arbeitsmarkt noch leicht sinken. In Deutschland insgesamt ist ein Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im Jahresverlauf um 280 000 in diesem und um 265 000 im nächsten Jahr zu erwarten.

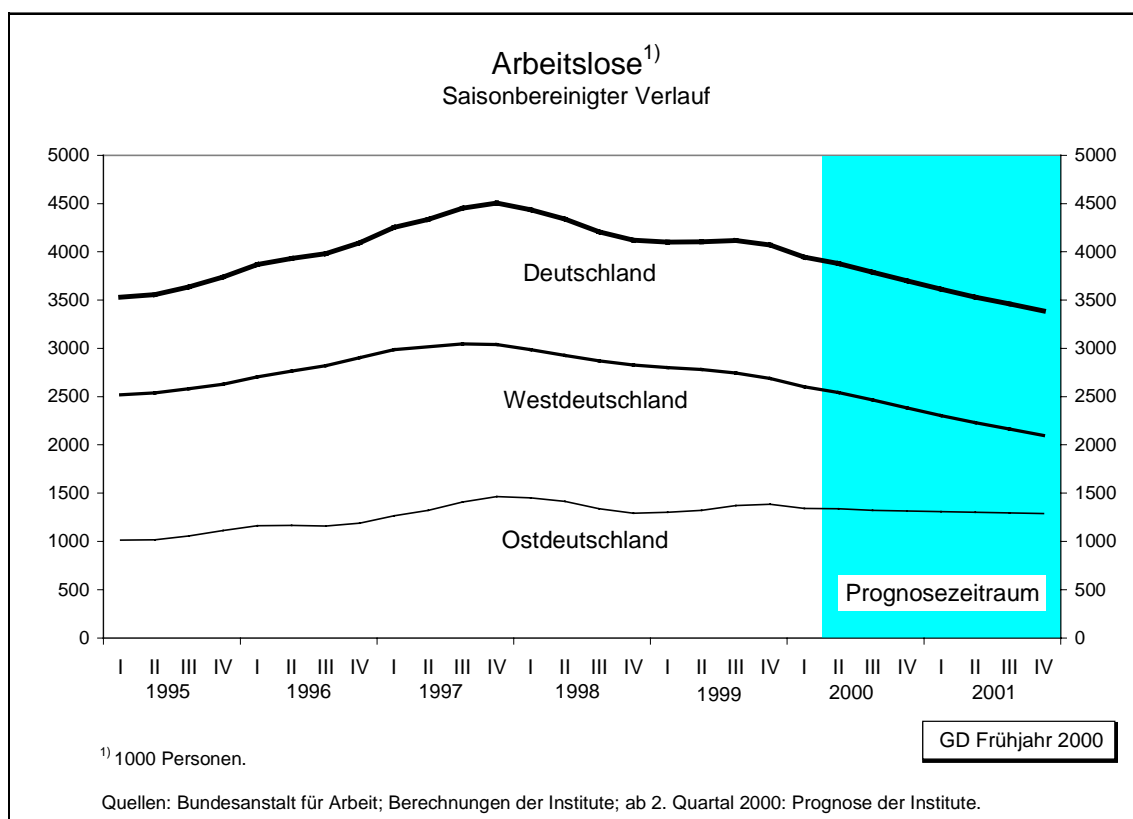
Die Arbeitslosigkeit geht weiterhin stärker zurück, als die Erwerbstätigkeit zunimmt. Im vergangenen Winterhalbjahr verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland überaus kräftig – um mehr als 170 000 (Abbildung 2.8). Neben der konjunkturellen Besserung trugen dazu der anhaltende Rückgang des Erwerbspersonenpotentials⁸ und – in geringerem Umfang – die Neuregelung zur Verbesserung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft (Wintergeldregelung⁹) bei.

7 Seit der Umstellung auf das ESVG 95 werden Vierteljahreszahlen zur Beschäftigung, differenziert nach alten und neuen Bundesländern, nicht mehr veröffentlicht. Es liegen lediglich Daten über die Arbeitnehmer in der Industrie und im Baugewerbe vor.

8 Das Arbeitsangebot wird sich in diesem wie im nächsten Jahr vor allem aus demographischen Gründen deutlich verringern. Für dieses Jahr wird ein Rückgang des Erwerbspersonenpotentials um 175 000, für 2001 eine Verminderung um etwa 120 000 Personen zugrunde gelegt.

9 Dadurch, dass den Arbeitgebern in der Baubranche nun in der Zeit des Arbeitsausfalls die volle Höhe der zu leistenden Sozialbeiträge für ihre Belegschaft erstattet wird (zuvor nur die Hälfte), das Wintergeld früher und länger als zuvor gezahlt wird, und die Arbeitnehmer verpflichtet wurden, Zeitguthaben und Urlaub mit den Ausfallzeiten zu verrechnen, erfolgten weitaus weniger witterungsbedingte Personalfreisetzung als in früheren Jahren (Gesetz zur Neuregelung der ganzjährigen Beschäftigung in der Bauwirtschaft).

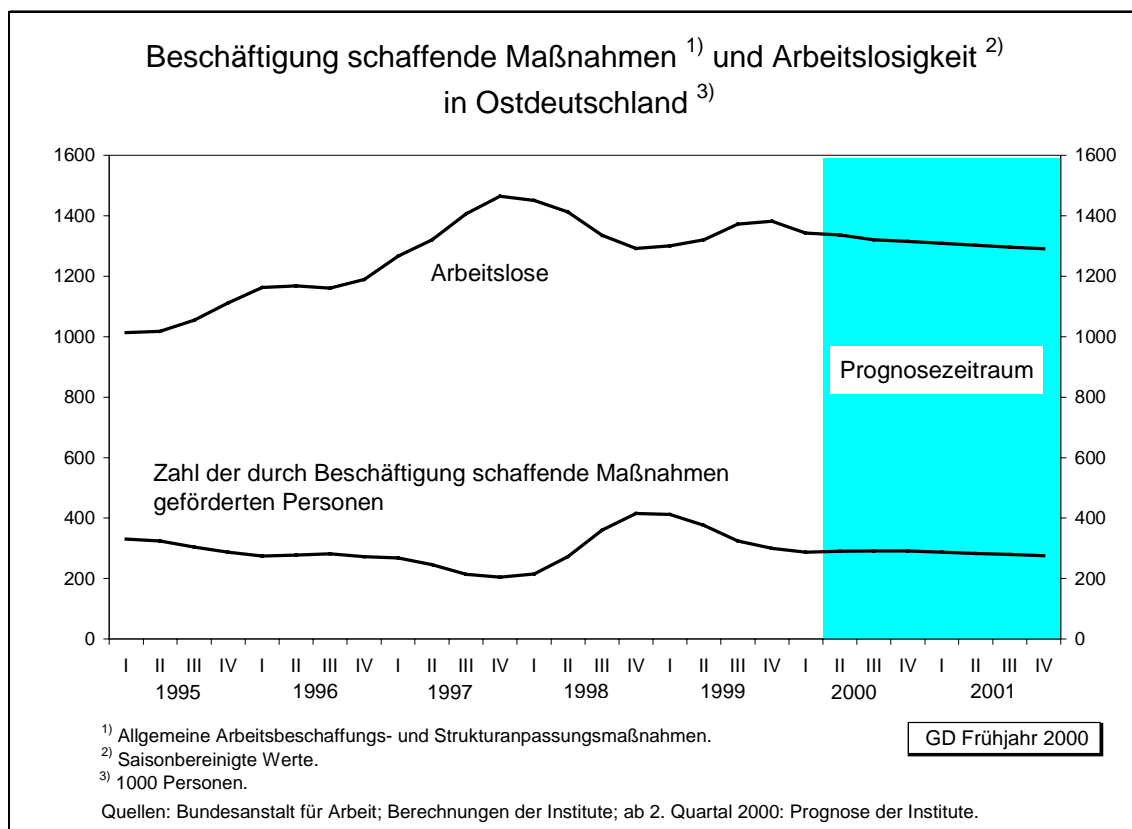
Abbildung 2.8



Zur Stützung des Arbeitsmarktes, insbesondere in Ostdeutschland, werden im laufenden Jahr mehr Mittel bereitgestellt. Es ist jedoch kaum zu erwarten, dass diese voll ausgeschöpft werden. Dafür spricht schon die niedrige Zahl der geförderten Personen zu Jahresbeginn (Abbildung 2.9).

Alles in allem wird in Deutschland die Zahl der Arbeitslosen um 270 000 im Durchschnitt des Jahres 2000 sinken; im nächsten Jahr wird ein Rückgang um 330 000 erwartet. Im letzten Vierteljahr 2001 wird die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt knapp 3,4 Mill. betragen; das sind 1,1 Mill. weniger als beim Höchststand Ende 1997. Für Ostdeutschland ist im Prognosezeitraum lediglich eine geringe Abnahme zu erwarten.

Abbildung 2.9



**Konsolidierungskurs wird fortgesetzt –
Abgabenbelastung wird deutlich verringert**

Der Anstieg der Staatsausgaben wird in diesem und im nächsten Jahr deutlich niedriger ausfallen als 1999. Die Bundesregierung hat zur Verringerung des strukturellen Budgetdefizits und zur Teilfinanzierung der ab 2001 geplanten Steuersenkungen ein Sparpaket aufgelegt, das die öffentlichen Haushalte effektiv um 17 Mrd. DM in diesem und um 25 Mrd. DM im nächsten Jahr entlastet. Dies wird insbesondere durch Kürzungen im Verteidigungsetat und bei der Arbeitsförderung sowie durch die Begrenzung der Beamtensoldung erreicht; daneben werden auch Subventionen gekürzt. Weitere Einsparungen ergeben sich durch eine Verringerung des Personalbestandes. Außerdem werden mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit sinken. Ausgabensteigernd wirken dagegen die Aufstockung des Kindergeldes sowie

Sonderzahlungen.¹⁰ Im kommenden Jahr schlägt zudem die Erhöhung einzelner Sozialleistungen (Wohngeld, Erziehungsgeld) zu Buche. Schließlich dürften die öffentlichen Investitionen, die nach mehrjährigem starken Rückgang 1999 erstmals wieder gestiegen sind, moderat ausgeweitet werden. Die gesamten Staatsausgaben werden in beiden Jahren um jeweils 1,7 % expandieren. Damit bleibt der Zuwachs deutlich hinter dem des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück; die Staatsquote sinkt von 48,4 % im Jahr 1999 auf 46,8 % im Jahr 2001. Sie nähert sich damit dem im "Deutschen Stabilitätsprogramm" für 2003 anvisierten Zielwert von 45 ½ % an.

Der Anstieg des Steueraufkommens wird sich im Jahr 2000 auf 3,4 % abschwächen (1999: 7,3 %). Zwar erhöhen sich die Einnahmen mit der kräftigeren Konjunktur, doch ist das Mehraufkommen infolge von Steuerrechtsänderungen in diesem Jahr mit 3 Mrd. DM erheblich geringer als 1999 (19 Mrd. DM); den Mehreinnahmen, insbesondere aus der Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlagen (24,3 Mrd. DM) und der zweiten Stufe der ökologischen Steuerreform, stehen Mindereinnahmen wegen der Anhebung des Grundfreibetrages sowie der Senkung des Eingangs- und des Höchststeuersatzes bei der Einkommensteuer (20,5 Mrd. DM) gegenüber. Außerdem fallen bei den Veranlagungssteuern erheblich geringere Nachzahlungen für gewinnstarke Vorjahre an. Im kommenden Jahr wird das Steueraufkommen leicht sinken. Zum einen wird die Reform der Unternehmensbesteuerung mit einem Entlastungsvolumen von 16,5 Mrd. DM verwirklicht,¹¹ zum anderen wird die ursprünglich erst für 2002 vorgesehene Entlastung bei der Einkommensteuer (28,5 Mrd. DM) in Kraft gesetzt. Diesen Steuerausfällen stehen insbesondere Mehreinnahmen aus der weiteren Anhebung der Ökosteuern gegenüber.

Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung werden in diesem und im nächsten Jahr mit knapp 1 % bzw. 2 % nur schwach steigen, da der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung in beiden Jahren jeweils um 0,2 Prozentpunkte verringert wird. Daneben wirkt sich in diesem Jahr aufkommensmindernd aus, dass die Beiträge zur Renten- und zur Pflegeversicherung für Bezieher von Arbeitslosenhilfe kräftig gekürzt worden sind. Aufgrund der Senkung von Steuern und Sozialabgaben wird die Abgabenbelastung im kommenden Jahr um 44 Mrd. DM vermindert (Tabelle 2.5). Die in den neun-

10 Von Bedeutung sind insbesondere die Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovo (2 Mrd. DM in diesem Jahr) sowie die Zahlungen an den Fonds zur Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter (je 2,5 Mrd. DM in diesem und im kommenden Jahr).

11 Mittelfristig wird sich das Entlastungsvolumen halbieren, weil die Finanzierungsmaßnahmen, insbesondere durch die Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen, erst dann ihre volle Wirkung entfalten.

ziger Jahren kontinuierlich gestiegene Abgabenquote wird von 43,1 % im Jahr 1999 auf 41,8 % im Jahr 2001 sinken; sie liegt damit aber immer noch um 3 Prozentpunkte über dem Niveau von 1990.

Tabelle 2.5

Veränderungen von Steuern und Sozialabgaben
Haushaltsentlastungen(+) und -belastungen(-) gegenüber 1999

	2000	2001	2002	2003
	in Mrd. DM			
Steuern und Sozialabgaben insgesamt	-0,8	-44,0	-34,7	-46,0
Steuern	3,0	-36,9	-24,1	-31,7
- Steueränderungsgesetz 1998 und Steuerentlastungsgesetz 1999 vom 19.12.1998, Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002 vom 24.3.1999 ¹⁾²⁾	-2,6	-1,1	-19,2	-21,3
- Gesetz zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse vom 24.3.1999 ²⁾	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
- Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform vom 24.3.1999 ²⁾	3,9	3,9	3,9	3,9
- Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform vom 16.12.1999	5,1	10,4	15,7	21,1
- Gesetz zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999 ¹⁾	-0,7	-1,6	-1,6	-1,7
- Gesetz zur Bereinigung von steuerrechtlichen Vorschriften vom 22.12.1999	-2,1	-3,7	-3,5	-2,4
- Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes vom 22.12.1999	0,1	0,4	0,5	0,7
- Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes und des Tabaksteuergesetzes vom 1.12.1999	-	0,5	0,3	-
- Reform der Unternehmensbesteuerung (Stand: April 2000)	-	-16,5	-20,9	-17,3
- Reform des Einkommensteuertarifs (Stand: April 2000)	-	-28,5	1,4	-14,0
Sozialabgaben	-3,8	-7,1	-10,6	-14,3
Senkung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 20,3 auf 19,5% (1.4.1999), 19,3% (1.1.2000), 19,1% (1.1.2001), 18,9% (1.1.2002) und 18,7% (1.1.2003) ²⁾	-5,8	-9,1	-12,6	-16,3
Einführung der Beitragspflicht für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und für Scheinselbständige ²⁾	2,0	2,0	2,0	2,0
nachrichtlich: Erhöhung des Kindergeldes im Rahmen des Gesetzes zur Verbesserung der Familienförderung vom 22.12.1999	-3,8	-3,8	-3,8	-3,8
¹⁾ Ohne Änderungen beim Kindergeld; das Kindergeld wird im ESVG 95 als Sozialleistung, in der Finanzstatistik als negatives Steueraufkommen gebucht. – ²⁾ Mehr-/Mindereinnahmen aufgrund von Rechtsänderungen, die bereits vor 2000 in Kraft getreten sind. Quellen: Bundesministerium der Finanzen; Berechnungen der Institute.				

Alles in allem werden die Staatseinnahmen nach der verstärkten Zunahme im Jahr 1999 im Prognosezeitraum trotz der günstigen konjunkturellen Entwicklung abgeschwächt steigen. Hierzu trägt auch bei, dass die Gewinnabführung der Bundesbank in diesem wie im kommenden Jahr jeweils um 5 Mrd. DM geringer ausfällt als 1999.

Die Finanzlage des Staates wird sich im Prognosezeitraum trotz konjunkturbedingter Mehreinnahmen und der Konsolidierungsbemühungen auf der Ausgabenseite nicht verbessern. In diesem Jahr dürfte sich das Budgetdefizit in der Abgrenzung des ESVG 95 vielmehr von 41 Mrd. DM auf 43 Mrd. DM erhöhen;¹² dabei werden die Defizite der Gebietskörperschaften voraussichtlich von 57 Mrd. DM auf 53 Mrd. DM sinken, und die Überschüsse der Sozialversicherung von 16 Mrd. DM auf 11 Mrd. DM zurückgehen. Für das nächste Jahr zeichnet sich aufgrund der Steuersenkungen ein deutlicher Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits auf 68 Mrd. DM ab. Die Defizitquote wird im laufenden Jahr mit 1,1 % so hoch sein wie 1999; im Jahr 2001 dürfte sie auf 1,6 % zunehmen.

In finanzstatistischer Abgrenzung dürfte der Rückgang des Budgetdefizits der Gebietskörperschaften im Jahr 2000 etwa gleich groß ausfallen wie in der Abgrenzung des ESVG 95. Die Neuverschuldung des Bundes dürfte den im Haushalt 2000 angesetzten Betrag (49,5 Mrd. DM) um 7 Mrd. DM unterschreiten. Im Jahr 2001 wird sich das Defizit der Gebietskörperschaften voraussichtlich auf 77 Mrd. DM erhöhen. Die Haushaltsfehlbeträge werden damit in finanzstatistischer Abgrenzung voraussichtlich um mehr als 10 Mrd. DM geringer ausfallen als in der Abgrenzung des ESVG 95. Maßgeblich dafür ist die zu erwartende deutliche Steigerung der Privatisierungserlöse des Bundes.¹³ Mit einer Nettokreditaufnahme von rund 50 Mrd. DM dürfte der Bund – bei investiven Ausgaben in Höhe von voraussichtlich 55 Mrd. DM – auch im Jahr 2001 den Vorschriften des Grundgesetzes gerecht werden.

12 Aus der für Juni dieses Jahres vorgesehenen Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen können sich beim Bund erhebliche Mehreinnahmen ergeben. Diese sind in der Prognose nicht enthalten. Zum einen ist noch nicht entschieden, ob die Versteigerungserlöse im ESVG 95 vollständig in diesem Jahr oder – der Laufzeit der Lizenzverträge entsprechend – auf mehrere Jahre verteilt gebucht werden. Zum anderen ist auch die Höhe dieser Einnahmen auf Basis der vorliegenden Informationen schwer abzuschätzen. So erwarten Koalitionsvertreter Mehreinnahmen von 10 Mrd. DM bis 15 Mrd. DM. In Großbritannien werden für vergleichbare Mobilfunklizenzen sogar erheblich höhere Einnahmen geschätzt.

13 So dürfte insbesondere der Verkauf der Anteile des Bundes an den Gesellschaften, denen die sog. Eisenbahnerwohnungen gehören, erst im Jahr 2001 erfolgen. Zudem dürfte der Bund über die bisherigen Planungen hinaus Telekom-Aktien verkaufen. Die betreffenden Einnahmen des Bundes werden im ESVG 95 nicht verbucht.

3. Zur Wirtschaftspolitik

Die konjunkturellen Aussichten für die deutsche Wirtschaft sind derzeit so günstig wie seit langem nicht mehr. Die gesamtwirtschaftliche Produktion steigt kräftig, und die Beschäftigung nimmt zügig zu; wie im übrigen Euro-Raum vollzieht sich dies auch in Deutschland bei weitgehend stabilem Preisniveau. Ein großer Teil der Dynamik ist durch den Umschwung in der Weltkonjunktur bedingt. Auch stimuliert die Schwäche des Euro immer noch die Ausfuhr; auf Dauer wird die Konjunktur dadurch nicht gefördert. So ist bereits für den Verlauf des Jahres 2001 damit zu rechnen, dass sich das Fahrttempo verringert, wenn auch eine ausgeprägte Schwäche nicht droht. Die Expansion wird etwa auf die Rate des Trendwachstums zurückgehen; diese beträgt für Deutschland gegenwärtig ungefähr zwei Prozent.

Es kommt deshalb darauf an, die Weichen in der Wirtschaftspolitik so zu stellen, dass die wirtschaftliche Dynamik grundlegend gestärkt wird. Die Institute halten nach wie vor einen Wachstumstrend von 3 Prozent für möglich. Davon ist die deutsche Wirtschaft noch weit entfernt. Eine solche Rate lässt sich allerdings nicht "beschließen", und sie stellt sich auch nicht automatisch durch die "new economy" ein. Vielmehr müssen sich die Investitionsbedingungen verbessern. Aufgrund des eingeschlagenen Kurses in der Finanzpolitik ist zu erwarten, dass man diesem Ziel näher kommt. Die moderaten Lohnabschlüsse tragen zu einer größeren Beschäftigungsdynamik bei. Doch ist gerade vor dem Hintergrund des raschen weltweiten Strukturwandels und der Chancen, die sich im Zusammenhang mit der "new economy" ergeben, mehr Flexibilität in der Lohnpolitik erforderlich. Vor allem setzen die Tarifparteien immer noch zu sehr auf defensive Maßnahmen, die letztlich nur darauf abzielen, die Arbeit umzuverteilen. Mit einer solchen Strategie vergrößert sich eher der Abstand zu den Ländern, die bereits erhebliche Fortschritte auf dem Weg zu einer höheren Beschäftigungsintensität des Wachstums erzielt haben.

In der Finanzpolitik bahnt sich ein grundlegender Wandel an. Es wird angestrebt, in den kommenden Jahren die Steuerbelastung zu senken, die Staatsausgaben nur langsam steigen zu lassen und gleichzeitig die Defizite in den öffentlichen Haushalten zu verringern. Diese Grundrichtung entspricht der von den Instituten immer wieder angemahnten echten Konsolidierung der Staatsfinanzen. Die Bundesregierung schlägt damit im Gleichklang mit den anderen Regierungen in der EWU einen Kurs ein, der die vor Beginn der Währungsunion geäußerte Skepsis widerlegt, der Stabilitäts- und Wachstumspakt würde allzu lax interpretiert werden. So war vielfach erwartet worden, die Budget-

defizite könnten in einigen Ländern wieder aus dem Ruder laufen, nachdem die Eintrittskriterien mit Mühe erfüllt worden waren. Aufgrund der engen Zusammenarbeit auf europäischer Ebene sind die Chancen gut, dass der neue Kurs auch durchgehalten wird, zumal es einen erheblichen Erfolgsdruck gibt. Die Regierungen würden mit der Neuausrichtung ihrer Politik auch eine Voraussetzung dafür schaffen, dass die Probleme der sozialen Sicherung, die noch anzupacken sind, eher lösbar werden.

Mit dem Vorziehen der Einkommensteuerreform trägt die Bundesregierung auch der günstigeren Lage der öffentlichen Finanzen Rechnung. Das Maßnahmenpaket hat zwar auf den ersten Blick einen großen Umfang; es erstreckt sich aber auf einen langen Zeitraum, in dem es ohne Korrekturen zu heimlichen Steuererhöhungen kommen würde, weil wachsende Nominaleinkommen in Tarifzonen mit immer höheren Grenzsteuersätzen gleiten. So wäre auch bei der neuen Regelung im Jahr 2005 die Belastung eines Durchschnittsverdieners mit Steuern und Sozialabgaben nur wenig niedriger als Ende der neunziger Jahre; die marginalen Steuersätze, die für die Leistungsanreize besonders wichtig sind, verringern sich den Plänen zufolge allenfalls geringfügig. Die Nettoentlastung für die Steuerzahler sollte daher nach Auffassung der Institute größer ausfallen. Ein flacherer Tarifverlauf würde die Grenzbelastung für alle Einkommensgruppen vermindern und den expansiven Effekt auf Angebot und Nachfrage verstärken.

Auch bei der Unternehmenssteuerreform sollte die Zeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes genutzt werden, Details nachzubessern und so dem Ziel einer Reform aus einem Guss näher zu kommen. Insbesondere gilt es, im Hinblick auf ein einfaches und effizientes System unnötig komplizierte Einzelregelungen aufzugeben. Dazu gehört beispielsweise, dass Unternehmensgewinne je nach Verwendung unterschiedlich behandelt werden, weil man sich etwa von einbehaltenen Gewinnen mehr zusätzliche Investitionen erhofft als von ausgeschütteten. Eine Trennung nach "guten" und "schlechten" Gewinnen kann auch der Staat nicht sinnvoll vornehmen, diese Diskriminierung sollte daher vermieden werden.

Der Erfolg einer Steuersenkungsstrategie hängt allerdings wesentlich davon ab, dass auf der Ausgabenseite entsprechend konsolidiert wird. Wenn sich die Regierung nicht wie beabsichtigt bei den zukünftigen Staatsausgaben beschränkte, würden die Unternehmen und Haushalte kaum an die Nachhaltigkeit der Politik glauben. In der Folge würden sich die Effekte auf Wachstum und Beschäftigung nicht wie gewünscht einstellen. Umso wichtiger ist es, dass es bei der im Stabilitätsprogramm der Bundesregierung angestrebten Rückführung der Staatsquote bleibt. Zusätzlichen Ausgabenwünschen, die sich an-

gesichts sprudelnder Steuereinnahmen immer wieder einstellen, sollte also nicht entprochen werden. Ansonsten würde der in den vergangenen Jahren eingeschlagene Konsolidierungskurs verlassen, der nach dem einigungsbedingten Anstieg der Staatsquote erforderlich geworden war. Allerdings ergeben sich aus einer Konsolidierung nur dann bedeutende positive Wirkungen auf das Wirtschaftswachstum, wenn an der richtigen Stelle gespart wird. So deuten zahlreiche empirische Untersuchungen darauf hin, dass der Impuls für Wachstum und Beschäftigung dann besonders groß ist, wenn die konsumtiven Ausgaben zu Gunsten der öffentlichen Investitionen und der Ausgaben im Bildungsbereich gekürzt werden. Hier steht eine Korrektur bei der Ausgabenpolitik der Gebietskörperschaften in Deutschland noch aus, denn vielfach wurden im Zuge der Konsolidierung gerade zukunftssträchtige Investitionen in Sachkapital und in Humankapital eingeschränkt.

Während die Bundesregierung bei der Steuerreform einen großen Schritt nach vorn gemacht hat, herrscht bei der Rentenpolitik weiterhin Unklarheit. Zwar gibt es Einigkeit, dass angesichts der zukünftigen demographischen Entwicklung eine umfassende Reform der Alterssicherung dringend erforderlich ist. Unklar ist aber, auf welche Art dies geschehen soll. Hier geht es letztlich um die Verteilung der Lasten; das gegenwärtige Niveau der Renten lässt sich nicht aufrecht erhalten, wenn sowohl die Beitragssätze als auch das Renteneintrittsalter konstant bleiben. Auch im Interesse einer höheren Beschäftigung sollten die Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung und damit die Lohnnebenkosten möglichst wenig steigen. Daraus folgt, dass das effektive Renteneintrittsalter sich erhöhen muss; gegenwärtig sinkt es immer noch tendenziell aufgrund der Frühpensionierungen. Auch wird wohl die gesetzliche Rente in Relation zum Arbeits-einkommen sinken müssen. Je früher die Reform angegangen wird, desto eher wird es für die Betroffenen deutlich, dass sie Eigenvorsorge treffen müssen.

Mit den in diesem Jahr getroffenen Vereinbarungen über die Löhne befinden sich die Tarifparteien auf einem moderaten Kurs. Die Abschlüsse liegen merklich unter dem Produktivitätsfortschritt. Bedeutsam bei den Abschlüssen war, dass eine Vereinbarung auch schon für das kommende Jahr vorliegt, die sogar einen leicht verringerten Lohnzuwachs beinhaltet. Damit scheint die Gefahr gebannt, dass es im Jahr 2001 zu einem kräftigen Anstieg der Tariflöhne kommt. Diese Skepsis war vor dem Hintergrund der Erfahrungen etwa im Jahr 1995 nicht unbegründet. Ähnlich wie damals hätte es auch zu Beginn des Jahres 2001 zu einem Druck nach höheren Abschlüssen kommen können, zumal bis dahin mit einem günstigen Verlauf der Konjunktur und einer spürbaren Abnahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Wenn insofern ein positiver Beitrag für mehr Beschäftigung geleistet wurde, gibt es dennoch Anlass zur Kritik. So tragen die Abschlüsse nur unzureichend den Marktgegebenheiten Rechnung, eine größere Spreizung des Tariflohnanstiegs ist ausgeblieben. Beispielsweise liegen die Abschlüsse in der Bauwirtschaft, die sich seit Jahren in einer Krise befindet, nur wenig unter denen für die Gesamtwirtschaft bzw. nur wenig unter denen für Branchen mit besonders hohem Produktivitätsfortschritt. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit dieser Branche gemindert, und es drohen zusätzliche Verluste an Arbeitsplätzen. Ferner laufen die Beschlüsse bezüglich des Renteneintrittsalters darauf hinaus, die Arbeitskosten in welcher Form auch immer zu erhöhen. Auch dies mindert, für sich genommen, die Zahl der Beschäftigten. Das Problem ist aber vor allem, dass das Bestreben dominiert, Arbeit umzuverteilen. Solche Maßnahmen steigern die Beschäftigungsdynamik nicht. Das Arbeitsvolumen in der Volkswirtschaft ist keine gegebene Größe, und die Beschäftigung entwickelt sich nicht wie in einem Nullsummenspiel. Insofern ist die Vorstellung, die Einstellungschancen für einen jungen Arbeitnehmer seien dadurch geschmälert, dass ein älterer Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz besetzt, aus ökonomischer Sicht absurd. Die demographische Entwicklung erfordert genau das Gegenteil dessen, was derzeit betrieben wird, nämlich eine Erhöhung des effektiven Renteneintrittsalters. Diese Einsicht hat sich bei den Tarifparteien noch nicht durchgesetzt.

Die Europäische Zentralbank ist in den vergangenen Monaten häufig kritisiert worden. So wurden die Begründungen durch die Notenbank sowie das Timing der geldpolitischen Maßnahmen vielfach nicht als adäquat angesehen. Auch die Strategie der EZB wird immer wieder hinterfragt. Viele Beobachter haben dazu geraten, die EZB möge von ihrer Strategie der zwei Säulen abrücken. Für eine Entscheidung zugunsten der einen oder der anderen Säule spricht derzeit allerdings wenig. Unsicherheiten bezüglich der Datenlage gibt es bei der Geldmengenorientierung ebenso wie bei der Prognose der Inflation. Schließlich wäre es kein gutes Zeichen, wenn die EZB schon so kurz nach Beginn der EWU ihr Konzept grundlegend änderte. Dies wäre nur angebracht, wenn es klare Hinweise auf ein Scheitern der bisher verfolgten Strategie gäbe und sich eine eindeutig überlegene Alternative anböte. Beides ist derzeit nicht gegeben.

Auch braucht die EZB hinsichtlich ihrer Strategie einen Vergleich mit anderen Notenbanken nicht zu scheuen. Ob beispielsweise die Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen, wie sie in den USA und in Großbritannien praktiziert wird, entscheidend für die Glaubwürdigkeit der Notenbank ist, kann bezweifelt werden; so hat sich die Deutsche Bundesbank eine hohe Reputation erworben, obwohl sie keine Protokolle veröffentlichte. Am wichtigsten ist, dass eine Notenbank Erfolge bei der Sicherung der Preisni-

veaustabilität vorweisen kann und dabei große Fehler vermeidet, also etwa die Konjunktur nicht zu sehr stimuliert oder bremst. Für die Zeit seit Beginn der Währungsunion kann man solche Fehler kaum erkennen.

Lohnpolitik

Die jüngsten Tarifverhandlungen standen in Deutschland vor schwierigen Entscheidungen. Zum einen galt es, die im Bündnis für Arbeit getroffenen Vereinbarungen über eine maßvolle Lohnentwicklung einzuhalten. Zum anderen zeigte sich bereits im vergangenen Jahr, dass der Ölpreisanstieg zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs führen und damit die Realeinkommen mindern würde. Unter diesen Umständen war von vielen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der hohen Lohnforderungen und aufgrund der Erfahrungen bei früheren Ölpreisteigerungen eine merkliche Beschleunigung der Lohnentwicklung befürchtet worden. Dazu ist es nicht gekommen. Im Gegenteil: Mit den jüngsten Lohnabschlüssen werden die Lohnzuwächse in diesem und im nächsten Jahr niedriger ausfallen als 1999.

Die bisher getroffenen Vereinbarungen in der Metallindustrie, der Chemischen Industrie und der Bauwirtschaft sehen Tariflohnsteigerungen von 2,0 % (Bau) bis etwas über 3 % (Metall) in diesem Jahr vor. Nach Ablauf von 12 Monaten sollen dann im kommenden Jahr die Löhne nochmals von 1,6 % (Bau) bis 2,1 % (Metall) steigen. Neben diesen Anhebungen der Stundenlöhne gibt es noch Vereinbarungen über Altersteilzeit (Metall und Chemie) sowie eine Erhöhung der betrieblichen Altersversorgung (Bau und Chemie). Der Ausbau der Altersversorgung impliziert für die Unternehmen der Bauindustrie eine zusätzliche Kostenbelastung in Höhe von 0,6 %. Die Kosten, die für die Unternehmen der Chemischen Industrie und im Metallbereich durch die Inanspruchnahme der betrieblichen Altersteilzeit entstehen, sind nur schwer abzuschätzen, da sie nicht zuletzt davon abhängen, wie viele Beschäftigte die Altersteilzeit in Anspruch nehmen werden. Die Institute erwarten, dass während des Prognosezeitraums den Unternehmen hierdurch keine zusätzlichen Kosten entstehen;¹⁴ diese fallen erst zu einem späteren Zeitpunkt an.

14 Dies beruht auf der Annahme, dass im wesentlichen das Blockmodell der Altersteilzeit gewählt wird, bei dem sog. Abfindungszahlungen erst fällig werden, wenn die Beschäftigten in Ruhestand gehen, nachdem sie zuvor für ein reduziertes Gehalt ihre volle Arbeitszeit geleistet haben. Dies kann aber in nennenswertem Umfang frühestens 2002 der Fall sein.

Aufgrund dieser Abschlüsse sowie der Annahme, dass die Lohnzuwächse im öffentlichen Sektor geringer als in der Privatwirtschaft ausfallen, erwarten die Institute für den Prognosezeitraum einen Anstieg der Tariflöhne um jeweils reichlich 2 % in beiden Jahren. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die in den vergangenen Jahren negative Lohndrift mit der besseren Konjunktur nunmehr gegen Null tendieren wird, so dass die Effektivverdienste etwa wie die Tariflöhne zunehmen. Die Lohnstückkosten werden bei den kräftigen Produktivitätszuwächsen im Prognosezeitraum nahezu stagnieren.

Diese Lohnentwicklung zerstreut Befürchtungen, es könne sich wie in der Vergangenheit im Zuge eines ölpreisbedingten Preisauftriebs eine Lohn-Preis-Spirale herausbilden, wenn die Beschäftigten den Realeinkommensverlust zu kompensieren versuchten. Die Reallöhne werden in Deutschland in diesem Jahr nur um etwa 0,5 % steigen. Dies ist deutlich weniger als im vergangenen Jahr. Der ölpreisbedingte Realeinkommensverlust wird also, wie von den Instituten im Herbst 1999 empfohlen, hingenommen.

Gleichwohl wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung im Prognosezeitraum nicht wesentlich beeinträchtigt. Ausschlaggebend hierfür ist, dass trotz der niedrigen Bruttolohnzuwächse die Nettolöhne mit etwa 5,5 % im nächsten Jahr relativ stark steigen, da die Steuerreform eine spürbare Entlastung bringt. Dies und die zunehmende Beschäftigung sind denn auch die wesentlichen Gründe dafür, dass der private Verbrauch 2001 zur entscheidenden Konjunkturstütze wird.

Aber auch die Angebotsbedingungen werden verbessert. Denn bei den vereinbarten Lohnzuwächsen wird die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Euro-Raum gestärkt, da der durchschnittliche Lohnstückkostenanstieg dort etwas höher ausfallen dürfte. Die moderate Lohnentwicklung in Deutschland strahlt aber auch auf die übrigen EWU-Länder aus, die versuchen werden, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Daher leisten die jüngsten Abschlüsse auch einen wesentlichen Beitrag zu der moderaten Lohnentwicklung in der EWU insgesamt. Davon gehen dämpfende Effekte auf die Inflation aus. Dies erleichtert die stabilitätspolitische Aufgabe der EZB.

Wenn auch die Tariflohnanhebungen den Anforderungen weitgehend gerecht werden, so geben doch einige Teilaspekte der Abschlüsse Anlass zu Bedenken. Die Vereinbarungen zur Altersteilzeit bieten erhebliche Anreize für die älteren Beschäftigten, einen relativ frühen Eintritt in das Rentenalter zu suchen. Zum Beispiel sollen Abschlagszahlungen geleistet werden. Diese werden letztlich durch einen entsprechenden Lohnverzicht der übrigen Beschäftigten bezahlt. Von besonderem Nachteil ist dabei, dass die jüngsten

Abschlüsse eine Hypothek für die Zukunft enthalten, weil das Gros der Belastungen, das sich aus diesen Vereinbarungen ergibt, erst später anfällt. Dies könnte dann zu erheblichen Kostenbelastungen führen, wenn die zusätzlichen Kosten nicht bei den zukünftigen Lohnverhandlungen berücksichtigt werden. Eine mögliche Reaktion der Unternehmen hierauf wäre, schon in diesem und im nächsten Jahr entsprechende Rückstellungen vorzunehmen.

Auch kommt im Konzept der Altersteilzeit eine defensive Beschäftigungsstrategie zum Ausdruck, die die Arbeitsmarktprobleme lediglich durch Umverteilung, hier zwischen Alt und Jung, zu lösen versucht. Notwendig sind hingegen offensive Strategien, die die Erwerbstätigkeit insgesamt erhöhen. Nur so lassen sich auf Dauer die Beschäftigungsprobleme wirklich lösen.

Der Abschluss im Bausektor ist nicht mit der nun schon lang anhaltenden Krise dieser Branche verträglich: Durch niedrigere Lohnsteigerungen in diesem Bereich könnte eine größere sektorale Differenzierung erreicht werden, die den Strukturwandel zu Lasten des Bausektors etwas abfedert. Bei ausgeprägterer sektoraler Differenzierung, die einer Absage an Pilotabschlüsse gleich kommt, implizierte dies, dass die Lohnvereinbarungen z.B. im Metallbereich durchaus höher hätten ausfallen können.

Zur Diskussion um die "Green Card"

Der rasante Strukturwandel in Richtung Informationstechnologien hat nach Auffassung vieler bereits jetzt zu Engpässen in einzelnen Segmenten des Arbeitsmarktes geführt. Auf längere Sicht Abhilfe zu schaffen, ist nur möglich, wenn die Ausbildungsanstrengungen für die entsprechenden Segmente des Arbeitsmarktes verstärkt werden. Dies erfordert auch öffentliche Investitionen in diesem Bereich.

Die drängende Frage ist, wie Engpässe am Arbeitsmarkt rasch behoben werden können. Durch die Ausweitung der Beschäftigung im Bereich hoch qualifizierter Arbeitnehmer werden komplementär auch Beschäftigungschancen für weniger qualifizierte Arbeitnehmer eröffnet. Außerdem schafft jede Besetzung einer zuvor offenen Stelle direkt zusätzliche Produktionsmöglichkeiten und Einkommen in Deutschland. Beides zusammen führt zu mehr Beschäftigung und stützt damit den konjunkturellen Aufschwung. Dabei ist allerdings auch unternehmerische Flexibilität gefordert. Zudem können die Unternehmen einen Beitrag mit Investitionen in die Zukunft durch verstärkte Weiter- und

Ausbildungsmaßnahmen leisten. Dies allein wird die Probleme jedoch kurzfristig nicht lösen. Aus diesem Grund ist die Einführung einer gesetzlichen Regelung, mit der die Einwanderung von Spezialisten ermöglicht werden soll, zu begrüßen. Allerdings müssen deutsche Unternehmen, die diese Qualifikationen nachfragen, auf dem Weltarbeitsmarkt um diese Arbeitnehmer konkurrieren und entsprechende Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen bieten. Werden die Aufenthaltsgenehmigungen nur vorübergehend gewährt, hat Deutschland möglicherweise einen Wettbewerbsnachteil bei der Anwerbung.

Finanzpolitik

Die Finanzpolitik beginnt, die Früchte des schon seit längerem eingeschlagenen Konsolidierungskurses zu ernten. Das Budgetdefizit des Staates ging im vergangenen Jahr trotz der konjunkturellen Abschwächung weiter zurück; die Defizitquote erreichte mit 1,1 % ihren niedrigsten Wert seit 1989. Dies erleichterte es der Bundesregierung, der Empfehlung der Institute zu folgen, die geplanten Steuersenkungen schneller und umfassender anzugehen. Nur vorübergehend wird infolge dieser Entlastungen die Defizitquote im nächsten Jahr steigen. In den Folgejahren wird sie aber wieder zurückgehen, vorausgesetzt die Wirtschaftsentwicklung bleibt aufwärtsgerichtet, und der Konsolidierungskurs wird wie vorgesehen fortgesetzt.

Die Bundesregierung plant, die ursprünglich für das Jahr 2002 vorgesehene dritte Stufe der Einkommensteuerentlastung auf das Jahr 2001 vorzuziehen und auch das Unternehmenssteuersystem grundlegend zu reformieren. Die derzeit wichtigste finanzpolitische Frage ist, ob es gelingt, diese Reformschritte rechtzeitig über die parlamentarischen Hürden zu bringen und sie im nächsten Jahr in Kraft zu setzen. Gelingt dies nicht, käme es zu einer neuen Verunsicherung in der Wirtschaft und erneuten Zweifeln an der Reformfähigkeit der Wirtschaftspolitik in Deutschland. Dies gilt es zu vermeiden. Allerdings sollten noch Verbesserungen an den Steuerplänen der Regierung vorgenommen werden.

Mit der Reform der Unternehmensbesteuerung will die Bundesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern sowie Wachstum und Beschäftigung anregen. Im Zentrum der Reform steht die Senkung der Gewinnsteuersätze. Der Körperschaftsteuersatz (auf einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne) soll künftig 25 % betragen. Der gesamte Gewinnsteuersatz der Kapitalgesellschaften (Körperschaftsteuer, Soli-

daritätszuschlag und Gewerbesteuer) würde dann mit rund 39 % im Vergleich zu derzeit rund 52 % erheblich niedriger sein (Tabelle 3.1). Ein Teil der durch die Tarifsenkung entstehenden Steuerausfälle wird durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage, insbesondere die Verschlechterung der steuerlichen Abschreibungsbedingungen, finanziert.¹⁵ Dies führt dazu, dass zwar Realinvestitionen im Vergleich zu Finanzinvestitionen in Zukunft steuerlich nicht mehr so günstig behandelt werden wie bisher, dass aber gleichzeitig die Kapitalallokation weniger beeinflusst wird.

Die vorgesehenen Reformmaßnahmen beschränken sich aber nicht nur auf Änderungen des Tarifs und der Bemessungsgrundlage. In dem Reformpaket sind auch Elemente enthalten, die das Steuersystem grundlegend verändern. So wird der Körperschaftsteuersatz viel stärker gesenkt als der Einkommensteuertarif. Der Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer wird schrittweise auf 45 % im Jahre 2005 verringert und beträgt dann einschließlich Solidaritätszuschlag 47,5 % (derzeit 53,8 %). Die dann größere Spreizung zwischen dem Steuersatz auf einbehaltene Gewinne und dem Einkommensteuersatz erhöht den Anreiz, Gewinne stärker im Unternehmen zu thesaurieren, anstatt sie auszuschütten, zumal das Anrechnungsverfahren abgeschafft werden soll.¹⁶ Diese steuerliche Bevorzugung der Selbstfinanzierung beeinflusst die Allokation des Kapitals.

Bei der Besteuerung ausgeschütteter Gewinne soll das System der Vollanrechnung der Körperschaftsteuer bei der Einkommensteuer durch das Halbeinkünfteverfahren ersetzt werden. Bei diesem Verfahren bleiben die Dividenden mit der Körperschaftsteuer belastet; die Netto-Dividenden werden aber nur zur Hälfte bei der Veranlagung zur Einkommensteuer einbezogen.¹⁷ Diese Neuregelung hat zur Folge, dass Einkünfte beim Anteilseigner – in Abhängigkeit von ihrer Quelle – einer unterschiedlichen steuerlichen Belastung unterliegen. Dies widerspricht den Prinzipien der Gleichmäßigkeit und der Leistungsfähigkeit der Besteuerung.

15 Bei den Ausrüstungsinvestitionen wird der Satz der degressiven Abschreibung von 30 % auf 20 % reduziert und bei den gewerblichen Bauten der lineare Abschreibungssatz von 4 % auf 3 % gesenkt. Ferner sollen auf dem Verwaltungswege die Abschreibungszeiträume verlängert werden.

16 Dies wird als Lock-in-Effekt bezeichnet. Es bedeutet allerdings nicht, dass das im Unternehmenssektor angesammelte Kapital dem Kapitalmarkt entzogen wird, denn die Unternehmen können die Mittel, die sie nicht für Realinvestitionen einsetzen, am Kapitalmarkt anlegen. Generell wird aber das Sparen innerhalb der Unternehmenssphäre gegenüber den übrigen Sparformen besser gestellt.

17 Das Verfahren führt dazu, dass für Anteilseigner mit einem marginalen Einkommensteuersatz bis zu etwa 40 % die Belastung ausgeschütteter Dividenden gegenüber heute steigt, und dass sie für solche, die einer höheren Grenzbelastung unterliegen, sinkt. Bei der Festlegung des individuellen Steuersatzes sollen die Dividenden voll einbezogen werden (Progressionsvorbehalt).

Als Begründung für die Abschaffung des Anrechnungsverfahrens wird auf die mangelnde "Europatauglichkeit" dieses Verfahrens verwiesen, wohingegen das Halbeinkünfteverfahren in dieser Hinsicht als unproblematisch angesehen wird. Tatsächlich sind beim derzeitigen Körperschaftsteuersystem ausländische Anteilseigner gegenüber Inländern diskriminiert, weil nur die Letzteren in den Genuss der Anrechnung der Körperschaftsteuer kommen. Dieser Nachteil des derzeitigen Systems ist abzuwägen gegenüber den Nachteilen, die man sich mit dem neuen System einhandelt. Es sollte daher überlegt werden, wie die Gleichbehandlung von Inländern und Ausländern (insbesondere in der EU) auf anderem Wege erreicht werden kann. Bisher praktizieren die meisten europäischen Länder selbst das Anrechnungsverfahren oder eine ähnliche Regelung. Das Halbeinkünfteverfahren gibt es innerhalb der EU lediglich in Luxemburg; Österreich wendet ein vergleichbares Verfahren an.

Die Gewinne der Personengesellschaften werden nach dem geltenden Recht im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung des Unternehmers besteuert, und zwar bis zu einem Höchstsatz für Einkünfte aus Gewerbebetrieb, der unter dem Spitzensteuersatz für persönliche Einkünfte liegt. Weil aber der Körperschaftsteuersatz viel stärker gesenkt wird als der Einkommensteuertarif, will die Bundesregierung künftig den Personengesellschaften das Recht einräumen, sich wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen (Optionsmodell); gleichzeitig wird die Kappung für gewerbliche Einkünfte bei der Einkommensteuer abgeschafft. Die nicht optierenden Personengesellschaften sollen die Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer teilweise anrechnen können.¹⁸ Dennoch wird im Ergebnis der maximale Grenzsteuersatz bei den Personengesellschaften, die nicht optieren, mit rund 47 % deutlich höher sein als bei den Kapitalgesellschaften (rund 39 %); der Durchschnittssteuersatz ist bei den Personengesellschaften allerdings geringer. Die Ausübung der Option hat für die Personengesellschaften aber nicht nur Vorteile. So zieht die Entscheidung, sich wie eine Kapitalgesellschaft besteuern zu lassen, im Erbfall eine Anwendung der ungünstigeren steuerlichen Vorschriften für Kapitalgesellschaften nach sich.

Für Unternehmen, deren durchschnittliche Einkommensteuerbelastung unter 25 % liegt, ist es in jedem Fall günstiger, sich bei der Einkommensteuer veranlagern zu lassen. Für Unternehmen, deren durchschnittliche Belastung darüber liegt, ist sie in vielen Fällen

18 So soll die Gewerbesteuer, die weiterhin als Betriebsausgabe bei der Gewinnermittlung abziehbar ist, bei der Einkommensteuerveranlagung mit dem doppelten des Gewerbesteuermessbetrags angerechnet werden können. Diese Neuregelung entlastet die einzelnen Unternehmen allerdings sehr unterschiedlich, je nach dem, welchen Grenzsteuersatz sie haben und wie hoch der Gewerbesteuerhebesatz in ihren Kommunen ist.

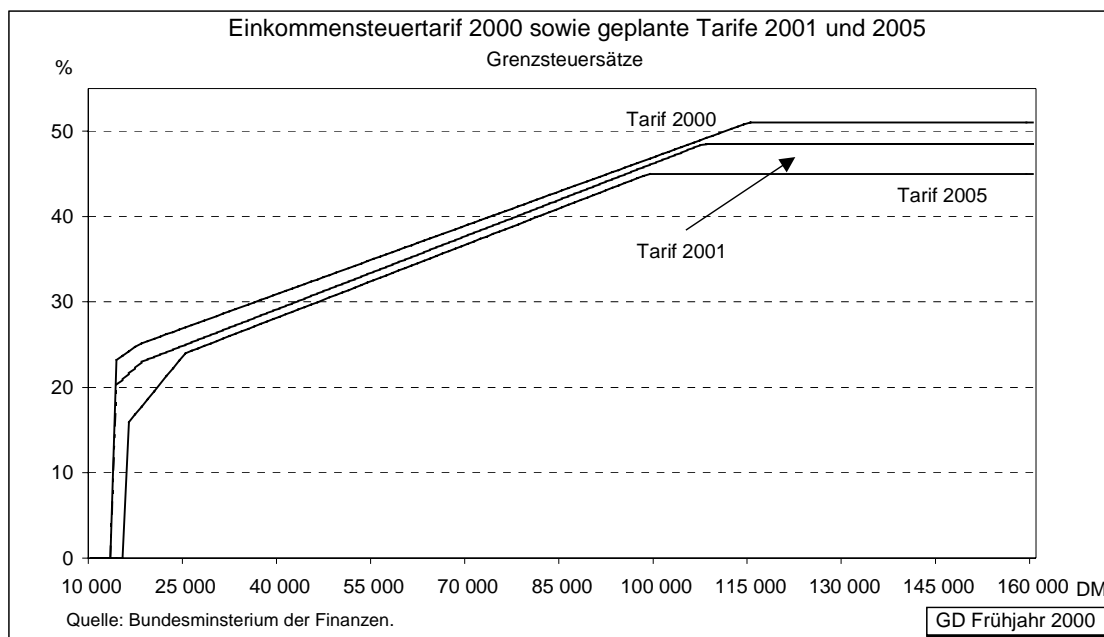
bei einer Entscheidung für die Veranlagung als Kapitalgesellschaft höher. Wegen der Komplexität der Entscheidung wird dem Unternehmer die Möglichkeit eines mehrmaligen Wechsels eingeräumt. Das Bundesministerium der Finanzen geht davon aus, dass sich nur 10 % der deutschen Personengesellschaften für das Optionsmodell entscheiden werden.¹⁹

Insgesamt gesehen zielt die von der Bundesregierung geplante Unternehmenssteuerreform mit der Senkung der Steuersätze und der Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in die richtige Richtung. Sie weist aber die erwähnten steuersystematischen Mängel auf, nämlich die Aufgabe des Vollarrechnungsverfahrens bei der Körperschaftsteuer, die starke Spreizung zwischen dem Unternehmenssteuersatz und dem Spitzensatz der Einkommensteuer und die Teilanrechnung der Gewerbesteuer bei der Einkommensteuer.

Neben der Unternehmenssteuerreform plant die Bundesregierung, wie erwähnt, die für das Jahr 2002 vorgesehene dritte Stufe des Steuerentlastungsgesetzes auf das Jahr 2001 vorzuziehen. Dies ist zu begrüßen. In zwei weiteren Schritten soll bis zum Jahr 2005 der Grundfreibetrag auf 15 011 DM steigen. Der Eingangsteuersatz soll auf 15 % und der Spitzensteuersatz auf 45 % (einschl. Solidaritätszuschlag 47,5 %) sinken. Die im Steuerentlastungsgesetz geplante Anhebung des Grundfreibetrags entspricht den verfassungsrechtlichen Vorgaben und ist nicht zu kritisieren. Die deutliche Senkung des Eingangsteuersatzes ist zwar ebenfalls positiv zu bewerten, verbessert sie doch im unteren Einkommensbereich die Anreize zur Arbeitsaufnahme und mindert die Neigung, in die Schattenwirtschaft auszuweichen. Betrachtet man den neuen Tarifverlauf aber genauer, dann zeigt sich, dass der Grenzsteuersatz in dem relativ kurzen Eingangsbereich (15 012 DM bis 24 947 DM) von 15 % auf 24 %, also um 9 Prozentpunkte zunimmt (Abbildung 3.1); anschließend wird der Anstieg wieder schwächer. Um die Leistungsanreize für niedrige Einkommen insgesamt zu erhöhen, wäre es daher besser, den Grenzsteuersatz nicht so stark steigen zu lassen, was allerdings zu zusätzlichen Steuerausfällen führte.

19 Die Entscheidung für das Optionsmodell ist von allen Mitunternehmern gemeinsam zu treffen. Für diese können sich aufgrund unterschiedlicher wirtschaftlicher Situationen aber grundlegend andere Interessenlagen ergeben. Auch das trägt dazu bei, dass nur wenige Personengesellschaften optieren werden.

Abbildung 3.1



Die relativ geringe Senkung des Spitzensteuersatzes und insbesondere das frühere Einsetzen der oberen Proportionalzone²⁰ haben zur Konsequenz, dass für die Bezieher mittlerer Einkommen die Grenzsteuersätze beim Regierungsvorschlag nur mäßig sinken. In diesem Bereich fallen mit zunehmendem Einkommen neben der Lohnsteuer auch zusätzliche Sozialabgaben an, so dass die gesamte Grenzabgabenlast sogar noch größer ist als bei Einkommen oberhalb der Bemessungsgrenze der Sozialversicherung. Im mittleren Einkommensbereich wirkt überdies die sogenannte kalte Progression, welche bewirkt, dass mit höheren Nominaleinkommen, selbst wenn diese nur die Inflationsrate widerspiegeln, die Grenzsteuerbelastung permanent steigt. Um dies zu verhindern, müsste man laufend das Einkommensteuersystem entsprechend anpassen. Will man für die Mehrheit der Arbeitnehmer die Grenzbelastung im Jahr 2005 gegenüber dem gegenwärtigen Stand senken, um die Leistungsanreize zu verbessern, muss der Steuertarif stärker verändert werden als bisher vorgesehen.²¹

20 Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesfinanzministerium empfiehlt, den Beginn der oberen Proportionalzone bei einem Einkommen festzulegen, das dem Doppelten des Durchschnittseinkommens entspricht. Demgegenüber wird beim Vorschlag der Bundesregierung der Spitzensteuersatz schon bei einem Einkommen erreicht, das im Jahr 2005 nur um etwa ein Drittel über dem Durchschnittseinkommen eines Vollzeitbeschäftigten liegen dürfte.

21 Geht man beispielsweise davon aus, dass in den nächsten Jahren die Löhne im Durchschnitt pro Jahr um 3 % steigen, dann wird im Jahr 2005 nach Berechnungen der Institute bei dem Reformvorschlag der Bundesregierung bei einem alleinstehenden Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichem Ein-

Tabelle 3.1

Steuersätze bei alternativen Reformvorschlägen
(in %)

	Geltende Rechtslage	Regierungsvorschlag			Vorschlag CDU/CSU	
	2000	2001	2003	2005	2001	2003
Gewinnsteuersatz						
Kapitalgesellschaften						
Körperschaftsteuer	40,0 ^{a)}	25,0 ^{a)}	25,0 ^{a)}	25,0 ^{a)}	30,0 ^{b)}	30,0 ^{b)}
zuz. Solidaritätszuschlag	42,1	26,4	26,4	26,4	31,7	31,7
zuz. Gewerbesteuer ¹⁾	51,8	38,6	38,6	38,6	41,1	41,1
Personengesellschaften						
Einkommensteuer (max.)	43,0	48,5	47,0	45,0	42,0	36,9
zuz. Solidaritätszuschlag	45,4	51,2	49,6	47,5	44,3	39,6
zuz. Gewerbesteuer ¹⁾	54,5	(38,6) ^{c)}	(38,6) ^{c)}	(38,6) ^{c)}	52,0	45,6
Einkommensteuer						
Eingangssteuersatz	22,9	19,9	17,0	15,0	18,0	15,0
zuz. Solidaritätszuschlag	24,2	21,0	17,9	15,8	19,0	15,8
Spitzensteuersatz	51,0	48,5	47,0	45,0	42,0	35,0
zuz. Solidaritätszuschlag	53,8	51,2	49,6	47,5	44,3	36,9
nachrichtlich:						
Grundfreibetrag (DM) ²⁾	13 499	14 093	14 525	15 011	14 093	14 579 ^{d)}
Beginn der oberen Proportionalzone (DM) ²⁾	114 696	107 568	102 276	98 766	108 000	110 106
(maximaler Steuersatz auf Zinseinkommen)	(53,8)	(51,2)	(49,6)	(47,5)	(44,3)	(26,4)

¹⁾ Bei einem Hebesatz von 400 %. – ²⁾ Grundtabelle. – ^{a)} Auf einbehaltene Gewinne und ab 2001 auch auf ausgeschüttete Gewinne bei gleichzeitiger Abschaffung der Vollarbeitnehmer der Körperschaftsteuer und Einführung des Halbeinkünfteverfahrens. – ^{b)} Auf einbehaltene Gewinne. Der Ausschüttungssatz beträgt 25 %, wobei das System der Vollarbeitnehmer beibehalten wird. – ^{c)} Bei Option für eine Besteuerung wie eine Kapitalgesellschaft. – ^{d)} Im Jahr 2005: 15 383 DM.
Quellen: Bundesministerium der Finanzen; CDU/CSU; Berechnungen der Institute.

Aus der Sicht der Institute wäre die beste Lösung, den Beginn der oberen Proportionalzone höher anzusetzen. Orientiert man sich an der Einkommensentwicklung, so erscheint ein Greifen des Spitzensatzes oberhalb von 120 000 DM angemessen. Diese Lö-

kommen die Grenzsteuerbelastung ähnlich hoch sein wie zur Zeit. Die Tarifsenkung hat dann also lediglich bewirkt, dass die Grenzsteuerbelastung für diese Arbeitnehmer nicht weiter gestiegen ist. Bei einer Familie mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener mit durchschnittlichem Einkommen wird bei diesen Annahmen die Grenzsteuerlast im Jahr 2005 trotz der Steuersenkung um 3 Prozentpunkte höher liegen als zur Zeit (knapp 29 % im Jahr 2005 nach knapp 26 % im Jahr 2000). Nur die unterdurchschnittlich und die überdurchschnittlich verdienenden Arbeitnehmer werden bei dieser Lohnentwicklung im Jahr 2005 eine niedrigere Grenzbelastung haben als gegenwärtig.

sung ist allerdings sehr kostspielig. Eine Abflachung des Tarifs könnte auch mit einer stärkeren Herabsetzung des Spitzensatzes erreicht werden. Damit würden zugleich die Bedenken gegen eine zu starke Spreizung zwischen gewerblichen und persönlichen Steuersätzen verringert. Außerdem könnte bei der Unternehmensbesteuerung auf das Optionsmodell verzichtet werden. Man müsste lediglich den Einkommensteuersatz auf gewerbliche Einkünfte in der Höhe des Körperschaftsteuersatzes "kappen" und die Ge-

werbesteuer möglichst ohne Ausnahmeregelungen erheben. Der gesamte Gewinnsteuersatz einschließlich Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer läge dann für Kapitalgesellschaften und für Personengesellschaften bei rund 40 % und damit ähnlich hoch wie der maximale Einkommensteuersatz auf persönliche Einkünfte. Die zusätzliche Komplizierung des Steuerrechts würde vermieden.

Die Verwirklichung dieser Reformvorschläge wäre allerdings – je nach dem, wie man den Tarifverlauf letztlich festlegt – mit höheren Steuerausfällen verbunden als der Reformansatz der Bundesregierung. Dies spricht aber nicht gegen diesen Vorschlag, denn man kann ihn stufenweise so einführen, dass der Defizitabbau nicht gefährdet wird. Wenn man den Einkommensteuertarif stärker senkt, dürfte es auch weniger Widerstände geben, weitere steuerliche Vergünstigungen zu beseitigen, so dass ein Teil der zusätzlichen Steuerausfälle finanziert werden kann.

Unbedingt erforderlich ist das Festhalten an der Haushaltskonsolidierung auf der Ausgabenseite. In jedem Jahr, in dem der Anstieg der Staatsausgaben um 1 bis 1 ½ Prozentpunkte hinter dem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückbleibt, entsteht ein Finanzierungsspielraum von etwa 25 Mrd. DM (0,5 % des Bruttoinlandsprodukts). Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass die Defizitquote inzwischen schon auf rund 1 % gesenkt wurde, besteht nach Auffassung der Institute die Möglichkeit, in den nächsten Jahren zwei finanzpolitische Ziele zu erreichen, nämlich den Abbau des gesamtstaatlichen Defizits, wenn auch etwas später als von der Bundesregierung gegenwärtig vorgesehen, und eine stärkere Steuerentlastung. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der einen Budgetausgleich auf mittlere Sicht vorsieht, wäre nicht verletzt, und das Steuersystem wäre unter den Gesichtspunkten der Leistungsanreize, der Steuersystematik und der Steuervereinfachung deutlich verbessert.

Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank hat im vergangenen Herbst die Zinswende vollzogen. Vor dem Hintergrund der kräftigen Konjunktur und der leicht verschlechterten Preisprospektiven im Euro-Raum lassen sich die bisherigen Maßnahmen und die erwartete Erhöhung um einen halben Prozentpunkt bis zum Herbst dieses Jahres aus der Sicht der Mehrheit der Institute rechtfertigen.²² Damit wird die konjunkturelle Expansion zwar leicht gedämpft, restriktive Wirkungen sind aber bei den unterstellten übrigen monetären Rahmenbedingungen nicht angelegt. Da im Euro-Raum in absehbarer Zeit die Produktionslücke geschlossen sein wird (ähnliches gilt für Deutschland), besteht für die Geldpolitik kein Anlass, die Konjunktur weiter zu stimulieren, zumal der Preisanstieg in der Nähe der von der EZB genannten Obergrenze liegen wird. Der kurzfristige Zins wird nach dem Urteil der Institute vermutlich dem neutralen Zins entsprechen. Abgesehen davon sind die bereits erfolgten und die von den Instituten erwarteten Zinsanhebungen auch vor dem Hintergrund der nach wie vor raschen Expansion der Geldmenge und des Kreditvolumens zu rechtfertigen. Darüber hinausgehende Zinsanhebungen sind aus heutiger Sicht nicht erforderlich, zumal es mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu nennenswerten Zweitrundeneffekten als Folge des Anstiegs der Ölpreise kommt.

Die EZB stand seit Beginn der Währungsunion vor großen Herausforderungen. Ihre im Vorfeld formulierte geldpolitische Strategie lieferte ihr eine adäquate Orientierung. Dass es am Anfang der Währungsunion zu Unsicherheiten bei der Umsetzung kommen würde, war zu erwarten. Sie hätten sich nur vermeiden lassen, wenn es eine eindeutig überlegene Strategie für die Geldpolitik gäbe. Dies ist nicht der Fall, unter anderem weil die Stabilität des Zusammenhangs zwischen Geldpolitik, Konjunktur und Inflation nicht immer gegeben ist; dies gilt umso mehr beim Übergang in ein neues Währungsregime wie im Fall der EWU. So gesehen erscheint die umfassendere Zwei-Säulen-Strategie der EZB, die sich erstens auf die Analyse der Geldmenge und zweitens auf ein Indikatorenbündel zur Abschätzung der künftigen Inflation stützt, angemessen.

Allerdings waren die Grundlagen der geldpolitischen Entscheidungen nicht immer klar erkennbar, und die Argumentationslinie wurde nicht immer durchgehalten. Beispielsweise gab es unterschiedliche Äusserungen dazu, welche Rolle die Schwäche des Euro gespielt hat. Auch das Nebeneinander der beiden Säulen erwies sich zeitweise als problematisch, da aus ihnen unterschiedliche Signale folgten. Als im April 1999 die Zinsen

22 Das DIW und das RWI vertreten eine andere Meinung hinsichtlich der Beurteilung des geldpolitischen Kurses. Vgl. hierzu "Eine andere Meinung zur Geldpolitik" am Ende dieses Abschnitts.

gesenkt wurden, befand sich die Expansion der Geldmenge M3 auf dem Höhepunkt, gleichzeitig hatte aber die EZB offenbar ihre Inflationsprognose nach unten korrigiert. Die Leitzinserhöhungen seit November des vergangenen Jahres wurden häufig mit der starken Zunahme der Geldmenge begründet, obwohl sich ihr Anstieg bereits abgeflacht hatte. So konnte der Eindruck entstehen, die EZB bevorzuge mal die Signale der einen, mal die der anderen Säule. Dies hat die Geldpolitik weniger nachvollziehbar gemacht.

Die Kritik an der Strategie der EZB bezog sich häufig auf die Bedeutung, die der Geldmenge zugewiesen wird. Tatsächlich ist die Geldmenge ein wichtiger Indikator für die künftige Preisniveaumentwicklung, da ein theoretisch und empirisch nachweisbarer Zusammenhang zwischen Geldmenge und Inflation besteht. Im Allgemeinen ist eine Inflationsbeschleunigung mittelfristig ohne eine übermäßige Ausweitung der Geldmenge nicht möglich; ferner besteht in aller Regel ein Vorlauf, so dass die Geldmenge als sinnvoller Indikator dienen kann. Eine Bedingung hierfür ist die Stabilität der Geldnachfrage. Eine Vielzahl von Studien deutet darauf hin, dass diese Stabilität in der Vergangenheit im jetzigen Euro-Währungsgebiet tatsächlich gegeben war. Aus den aktuellen Indikatoren lässt sich nicht ableiten, dass inzwischen ein Strukturbruch eingetreten ist.

Eine Strategie, bei der als alleiniger Indikator die Entwicklung der Geldmenge relativ zu einem Referenzwert dient, ist allerdings problematisch. Die Umlaufgeschwindigkeit der Geldmenge kann selbst im Falle einer stabilen Geldnachfrage kurzfristig Schwankungen unterworfen sein; dies galt beispielsweise auch für die Entwicklung in Deutschland. Über Monate hinweg können daher vom Anstieg der Geldmenge falsche Signale hinsichtlich des geldpolitischen Kurses ausgehen. Überdies beeinträchtigen im Euro-Raum die häufigen Revisionen der Geldmengendaten deren Qualität als Indikator. So wurde beispielsweise in den vergangenen Monaten die Geldmenge häufig nach oben korrigiert. Die EZB zieht daher aus gutem Grund parallel zur Geldmenge weitere Indikatoren heran, um die monetäre Lage zu beurteilen. Hierzu zählen konjunkturelle Frühindikatoren, die Produktionslücke, der Arbeitsmarkt, die Zinsen und auch der Wechselkurs.

Eine Orientierung der Zentralbank allein an der Geldmenge wird gelegentlich in Verbindung gebracht mit einer hohen Transparenz und damit der Glaubwürdigkeit der Geldpolitik. Dies ist aber insoweit problematisch, als die genannten Einschränkungen die Indikatorqualität der Geldmenge beeinträchtigen. Die Transparenz bei einer derartigen Strategie kann darüber hinaus durch weitere Faktoren geschmälert werden. So besteht eine gewisse Unsicherheit bei der Wahl des Referenzwertes, welcher der Geldmengenentwicklung zugrunde gelegt wird; denn weder die Zunahme des Produkti-

onspotentials noch die trendmäßige Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes können eindeutig bestimmt werden. So haben sich die Institute im Herbstgutachten 1999 für einen Referenzwert von 5 % für die Geldmenge ausgesprochen, da sie den trendmäßigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit mit 1 % bis 1,5 % statt – wie die EZB – mit 0,5 % bis 1,0 % ansetzen. Die Abweichung ergibt sich aus unterschiedlichen Schätzzeiträumen, für die sich die richtige Länge nicht objektiv festlegen lässt. Jedoch ist der Unterschied zwischen den beiden Referenzwerten nicht so groß, dass ein bestimmter Geldmengenwuchs zu deutlich unterschiedlichen Urteilen über die Liquiditätsversorgung im Euro-Raum führen würde, zumal auch die EZB den Referenzwert zu Recht nicht mechanistisch interpretiert. Abgesehen davon muss die EZB auch immer wieder die Schätzung für das Potentialwachstum überprüfen. Kommt es beispielsweise als Folge wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu einem größeren Zuwachs, wäre auch der Referenzwert für die Geldmenge M3 entsprechend höher anzusetzen.

Vor diesem Hintergrund ist die monetäre Entwicklung auch im vergangenen Jahr zu sehen. Nach Einschätzung der Institute birgt das Überschreiten des Referenzwertes für M3 noch keine größeren Risiken für die Preisniveaustabilität. Aller Erfahrung nach muss es über eine längere Zeit anhalten, um zu einer Verfehlung des Stabilitätsziels zu führen; darauf deuten beispielsweise die Erfahrungen in Deutschland hin. Die Zunahme der Geldmenge M3 lag zwar im Jahr 1999 mit 6,2 % (Dezember 1999 gegenüber Dezember 1998) deutlich oberhalb des Referenzwertes der EZB; jedoch schwächte sie sich im Verlauf des Jahres ab und lag im Schlussquartal auf Jahresrate hochgerechnet bei 5,2 % (Dezember gegenüber September 1999).

Zu Beginn dieses Jahres hat sich die Geldmengenexpansion allerdings erheblich beschleunigt. Damit besteht die Gefahr, dass der Anstieg auch im Jahr 2000 deutlich höher sein wird als 4,5 % bzw. 5 %. Dies würde die EZB vor ein großes Problem stellen. Es wäre wohl schwierig zu argumentieren, dass sie die Bestimmungsgründe für den Referenzwert ganz falsch eingeschätzt hat. So bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder müsste sie eingestehen, dass es ihr nicht gelungen ist, einen Liquiditätsüberhang zu verhindern; dann wäre die Preisniveaustabilität gefährdet, und sie müsste die Leitzinsen stärker anheben. Oder die EZB müsste darlegen, dass diese Orientierungsgröße immer wieder durch Sonderfaktoren verzerrt wird und die wahre Liquiditätssituation im Euro-Raum nicht gut widerspiegelt; dann wäre es schwierig zu erklären, warum sie sich an einem so unzuverlässigen Indikator orientiert. Beide Möglichkeiten wären für die Reputation der EZB schädlich.

* * *

Eine andere Meinung zur Geldpolitik

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) haben eine andere Meinung zur Beurteilung des geldpolitischen Kurses als die Mehrheit der Institute. Sie halten die durch die EZB seit November vorigen Jahres und die für dieses Jahr prognostizierten Anhebungen der Leitzinsen für nicht gerechtfertigt. Die frühzeitige Straffung des monetären Kurses steht im Widerspruch zu dem von allen Instituten vertretenen wirtschaftspolitischen Ziel, den Wachstumstrend nachhaltig zu verstärken.

Seit Herbst 1999 hat sich die aktuelle Inflationsrate zwar merklich erhöht und der Euro hat nochmals spürbar abgewertet, doch stimmen die Institute in der Einschätzung überein, dass diese ölpreis- und wechselkursbedingte Beschleunigung nur temporärer Natur ist. Auch im Hinblick auf die Lohnentwicklung sind sich die Institute einig, dass sie bis zum Jahr 2001 stabilitätsgerecht verlaufen wird. Umso weniger ist also der derzeitige Kurs der Geldpolitik zu rechtfertigen.

Dieses Urteil hängt mit der grundlegenden Frage zusammen, wie schädlich oder hilfreich in der gegenwärtigen konjunkturellen Lage eine expansivere Geldpolitik wäre. Auch nach Meinung der Mehrheit der Institute droht trotz der guten Wachstumsaussichten derzeit keine lohninduzierte Inflationsbeschleunigung. Die Mehrheit leitet Inflationstendenzen folglich vor allem aus einer Konjunktorentwicklung ab, die mit einem Wachstum über dem langfristigen Trend einhergeht. Wenn die Geldpolitik nicht von einem expansiven auf einen neutralen Kurs einschwenken würde, sieht sie die Gefahr einer nachfrageinduzierten Verletzung der Preisstabilität. Inflation entsteht aber nur, wenn diese Impulse sich verfestigen. Zwei Gründe sprechen dagegen. Zum einen hat sich – wie ausführlich im weltwirtschaftlichen Teil des Gutachtens dargelegt – der Wettbewerb binnenwirtschaftlich wie auch international verschärft. Steigen Preise und Gewinnmargen kräftig, ist dies primär ein Signal für Wettbewerber auf diesen Markt zu gehen. Bei niedrigen Marktzutrittsschranken dürften sich die Preissteigerungen auf Dauer wieder zurückbilden. Am Ende hat sich dann das Angebot erhöht, nicht aber der Preis. Eine solche Tendenz ist vor allem in den USA, aber auch in Europa zu beobachten.

Gegen eine Inflationsbeschleunigung spricht zum anderen eine seit längerem ausgesprochen stabilitätsgerechte Lohnentwicklung. Dies wäre doch die eigentliche Gefahr, dass ein nachfrageinduzierter Preisauftrieb von der Lohnentwicklung aufgegriffen würde. Beschleunigten sich die Lohnzuwächse in einer solchen Situation, wäre die Basis für eine Lohn-Preis-Spirale gelegt, und die Zentralbank müsste zur Verteidigung des Stabilitätsziels tatsächlich ihren Kurs straffen. Hält die Lohnentwicklung, wie dies im Euro-Raum in den vergangenen Jahren durchweg der Fall war, einen durch die Produktivitätszuwächse und den von der Zentralbank tolerierten Preissteigerungen gegebenen Rahmen ein, besteht eine solche Gefahr jedoch nicht. Denn dann reagieren die Löhne nicht auf eine nachfrageinduzierte Inflationsbeschleunigung, sondern sie orientieren sich weiterhin an der niedrigeren Preissteigerungsrate, die mit dem Stabilitätsziel der Zentralbank vereinbar ist. Mit anderen Worten, die Beschäftigten nehmen, ähnlich wie beim derzeitigen Anstieg der Ölpreise, kurzfristig eine Dämpfung der Reallohnzuwächse in Kauf. Dies gilt zumindest so lange, wie das Risiko von Arbeitslosigkeit als hoch angesehen wird.

Auch bei guter Konjunktur entstehen somit nicht zwangsläufig Inflationsgefahren. Eine expansive Geldpolitik übersetzt sich dann auch nicht in kräftigere Preissteigerungen, sondern in höheres Wachstum. Voraussetzungen hierfür sind offene und wettbewerbsintensive Märkte sowie eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik: Beide Voraussetzungen sind aus der Sicht des DIW und des RWI in der EWU gegeben. Entsprechend wäre mit der Fortsetzung des bis zum Herbst 1999 verfolgten Kurses die Hoffnung nicht nur auf ein höheres Wachstum im laufenden Jahr, sondern auch auf einen höheren Wachstumstrend verbunden. Hält man hingegen, wie die Mehrheit der Institute, die Straffung des geldpolitischen Kurses für gerechtfertigt, zementiert man den bisherigen Trend und behindert damit das Einschwenken auf einen höheren Wachstumspfad.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige	0,3	0,4	0,8	0,2	0,7	0,8	0,8
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,3	0,2	0,1	-0,5	0,9	0,1	0,0
Arbeitstage	0,5	-0,9	-0,3	0,8	-2,5	-0,5	-0,1
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	-0,3	0,5	0,4	-1,0	0,4	0,6
Produktivität 1)	1,0	3,1	2,3	2,6	3,6	2,4	2,2
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	1,5	2,8	2,8	3,0	2,6	2,8	2,8

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2 975,0	3 071,7	3 181,8	1 489,0	1 582,7	1 539,6	1 642,2
Private Haushalte 2)	2 238,8	2 325,6	2 420,2	1 133,2	1 192,4	1 176,7	1 243,6
Staat	736,2	746,1	761,5	355,9	390,3	362,9	398,6
Anlageinvestitionen	811,8	839,1	875,0	396,4	442,7	413,8	461,3
Ausrüstungen einschl. sonstige Anlagen	353,6	377,3	406,7	176,0	201,3	190,6	216,1
Bauten	458,2	461,8	468,4	220,4	241,4	223,2	245,2
Vorratsveränderungen 3)	47,1	42,5	51,9	36,0	6,5	41,4	10,5
Außenbeitrag	43,3	38,8	45,0	14,4	24,5	20,3	24,7
Ausfuhr	1 132,1	1 269,2	1 372,3	620,3	648,9	674,6	697,7
Einfuhr	1 088,9	1 230,3	1 327,3	605,9	624,4	654,3	673,0
Bruttoinlandsprodukt	3 877,1	3 992,1	4 153,7	1 935,8	2 056,3	2 015,1	2 138,6

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	3,3	3,6	3,5	3,1	3,4	3,8
Private Haushalte 2)	2,9	3,9	4,1	4,0	3,7	3,8	4,3
Staat	2,3	1,3	2,1	1,6	1,1	2,0	2,1
Anlageinvestitionen	1,8	3,4	4,3	2,7	4,0	4,4	4,2
Ausrüstungen einschl. sonstige Anlagen	5,1	6,7	7,8	4,8	8,4	8,3	7,3
Bauten	-0,5	0,8	1,4	1,1	0,5	1,3	1,6
Ausfuhr	3,7	12,1	8,1	14,4	10,0	8,7	7,5
Einfuhr	5,8	13,0	7,9	16,3	10,0	8,0	7,8
Bruttoinlandsprodukt	2,5	3,0	4,0	2,8	3,1	4,1	4,0

3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995

a) Mrd.DM

Konsumausgaben	2 832,2	2 882,3	2 946,4	1 411,7	1 470,6	1 441,2	1 505,2
Private Haushalte 2)	2 122,7	2 171,5	2 231,3	1 059,1	1 112,4	1 086,7	1 144,7
Staat	709,5	710,7	715,0	352,5	358,2	354,5	360,5
Anlageinvestitionen	815,2	841,1	872,8	397,8	443,3	413,4	459,4
Ausrüstungen einschl. sonstige Anlagen	349,5	373,0	399,8	174,3	198,8	187,8	212,0
Bauten	465,7	468,1	473,0	223,5	244,6	225,6	247,4
Vorratsveränderungen 3)	51,2	46,0	55,3	37,3	8,7	42,6	12,7
Inlandsnachfrage	3 698,6	3 769,4	3 874,5	1 846,7	1 922,6	1 897,2	1 977,3
Außenbeitrag	33,7	67,4	69,9	30,3	37,0	32,7	37,1
Ausfuhr	1 121,1	1 225,4	1 303,4	602,6	622,8	643,8	659,6
Einfuhr	1 087,4	1 158,0	1 233,5	572,3	585,7	611,1	622,5
Bruttoinlandsprodukt	3 732,3	3 836,7	3 944,4	1 877,1	1 959,7	1 930,0	2 014,4
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	3 698,6	3 801,7	3 907,9	1 860,6	1 941,2	1 912,5	1 995,4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,6	1,8	2,2	1,8	1,8	2,1	2,3
Private Haushalte 2)	2,1	2,3	2,8	2,3	2,3	2,6	2,9
Staat	0,2	0,2	0,6	0,2	0,1	0,6	0,6
Anlageinvestitionen	2,3	3,2	3,8	2,7	3,6	3,9	3,6
Ausrüstungen einschl. sonstige Anlagen	5,6	6,7	7,2	5,3	8,0	7,8	6,7
Bauten	0,0	0,5	1,0	0,8	0,3	0,9	1,1
Inlandsnachfrage	2,2	1,9	2,8	1,9	1,9	2,7	2,8
Ausfuhr	4,2	9,3	6,4	11,6	7,2	6,8	5,9
Einfuhr	7,1	6,5	6,5	8,0	5,1	6,8	6,3
Bruttoinlandsprodukt	1,5	2,8	2,8	3,0	2,6	2,8	2,8
nachrichtlich:							
Bruttonationaleinkommen	1,3	2,8	2,8	2,9	2,7	2,8	2,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben Private Haushalte 2)	0,8	1,5	1,3	1,7	1,4	1,2	1,4
Konsumausgaben Staat	2,1	1,2	1,5	1,4	1,0	1,4	1,5
Anlageinvestitionen	-0,5	0,2	0,5	0,0	0,4	0,4	0,5
Ausrüstungen einschl. sonstige Anlagen	-0,5	0,0	0,5	-0,4	0,4	0,5	0,6
Bauten	-0,5	0,3	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4
Ausfuhr	-0,5	2,6	1,7	2,5	2,6	1,8	1,5
Einfuhr	-1,2	6,1	1,3	7,7	4,7	1,1	1,4
Bruttoinlandsprodukt	1,0	0,2	1,2	-0,2	0,5	1,2	1,2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.DM

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2 888,2	2 981,1	3 081,4	1 445,4	1 535,7	1 492,2	1 589,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	404,8	412,6	422,8	195,0	217,6	199,9	223,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 639,9	1 680,0	1 732,1	785,8	894,2	810,2	921,9
Übrige Primäreinkommen 4)	843,6	888,4	926,5	464,6	423,8	482,2	444,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	376,6	381,2	422,7	179,3	201,9	202,0	220,7
Nettonationaleinkommen	3 264,8	3 362,3	3 504,1	1 624,7	1 737,6	1 694,2	1 809,9
Abschreibungen	574,7	590,8	609,1	293,1	297,7	301,9	307,2
Bruttonationaleinkommen	3 839,5	3 953,1	4 113,2	1 917,8	2 035,3	1 996,1	2 117,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 863,3	2 939,2	3 056,1	1 415,0	1 524,2	1 473,2	1 582,9
Arbeitnehmerentgelt	2 044,6	2 092,6	2 154,9	980,8	1 111,8	1 010,0	1 144,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	818,6	846,5	901,2	434,2	412,3	463,2	438,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte 2)	2,6	3,2	3,4	3,0	3,4	3,2	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,2	1,9	2,5	1,6	2,3	2,5	2,4
Bruttolöhne und -gehälter	2,1	2,4	3,1	2,1	2,7	3,1	3,1
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	1,8	2,0	2,4	2,0	2,1	2,4	2,4
Übrige Primäreinkommen 4)	3,7	5,3	4,3	5,1	5,6	3,8	4,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,1	1,2	10,9	0,9	1,5	12,6	9,3
Nettonationaleinkommen	2,3	3,0	4,2	2,7	3,2	4,3	4,2
Abschreibungen	2,3	2,8	3,1	2,6	3,0	3,0	3,2
Bruttonationaleinkommen	2,3	3,0	4,0	2,7	3,2	4,1	4,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,4	2,7	4,0	2,2	3,0	4,1	3,9
Arbeitnehmerentgelt	2,1	2,3	3,0	2,0	2,7	3,0	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,3	3,4	6,5	2,7	4,1	6,7	6,2

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd.DM

Nettolöhne und -gehälter	1 040,1	1 070,3	1 129,7	498,9	571,4	527,9	601,8
Monetäre Sozialleistungen	781,0	790,7	802,0	395,9	394,9	400,6	401,4
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	139,5	134,6	134,6	67,8	66,8	67,7	66,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte 4)	843,6	888,4	926,5	464,6	423,8	482,2	444,4
Sonstige Transfers 5)	- 77,0	- 73,0	- 72,0	- 32,5	- 40,5	- 31,0	- 41,0
Verfügbares Einkommen	2 448,2	2 541,8	2 651,6	1 259,1	1 282,7	1 312,0	1 339,6
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	21,4	21,9	22,2	9,9	12,0	10,1	12,1
Konsumausgaben	2 238,8	2 325,6	2 420,2	1 133,2	1 192,4	1 176,7	1 243,6
Sparen	230,9	238,2	253,6	135,8	102,3	145,4	108,1
Sparquote 6)	9,3	9,3	9,5	10,7	7,9	11,0	8,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Nettolöhne und -gehälter	1,8	2,9	5,5	2,5	3,2	5,8	5,3
Monetäre Sozialleistungen	2,7	1,2	1,4	1,7	0,8	1,2	1,7
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-0,8	-3,5	0,0	-3,3	-3,6	-0,1	0,1
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte 4)	3,7	5,3	4,3	5,1	5,6	3,8	4,8
Verfügbares Einkommen	2,3	3,8	4,3	4,0	3,7	4,2	4,4
Konsumausgaben	2,9	3,9	4,1	4,0	3,7	3,8	4,3
Sparen	-4,5	3,2	6,5	3,4	2,8	7,0	5,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2000 und 2001

	1999	2000	2001	2000		2001	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 7)

a) Mrd.DM

Einnahmen							
Steuern	936,8	969,0	962,2	466,8	502,3	464,9	497,3
Sozialbeiträge	734,2	740,9	756,0	355,4	385,5	362,6	393,4
Vermögenseinkommen	34,9	28,7	28,2	17,3	11,4	17,2	11,0
Sonst. lfd. Übertragungen	30,0	29,7	30,0	14,9	14,8	15,1	14,9
Vermögenstransfers	17,8	17,3	17,8	8,5	8,8	8,7	9,1
Verkäufe	79,7	78,6	78,3	36,7	41,9	36,7	41,6
Sonst. Subventionen	2,3	2,2	2,2	0,8	1,4	0,8	1,4
Einnahmen insgesamt	1 835,7	1 866,4	1 874,6	900,3	966,1	906,0	968,6
Ausgaben							
Vorleistungen 8)	435,3	442,6	454,3	212,8	229,8	218,4	235,9
Arbeitnehmerentgelt	324,3	326,9	330,2	151,7	175,2	153,1	177,1
Geleistete Zinsen	136,4	138,5	141,3	70,0	68,5	71,4	69,9
Subventionen	70,5	69,6	69,0	31,3	38,3	31,0	38,0
Monetäre Sozialleistungen	731,6	740,5	750,6	371,0	369,5	375,4	375,2
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	59,9	62,8	64,0	25,7	37,1	28,7	35,3
Vermögenstransfers	51,6	60,1	63,5	28,0	32,1	31,0	32,5
Bruttoinvestitionen	69,9	71,1	72,3	31,2	39,9	31,7	40,6
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	- 2,9	- 2,9	- 2,9	- 1,4	- 1,5	- 1,4	- 1,5
Ausgaben insgesamt	1 876,6	1 909,1	1 942,2	920,1	988,9	939,2	1 003,0
Finanzierungssaldo	-40,9	-42,6	-67,6	-19,8	-22,8	-33,2	-34,4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	7,3	3,4	-0,7	3,5	3,4	-0,4	-1,0
Sozialbeiträge	1,1	0,9	2,0	0,7	1,1	2,0	2,1
Vermögenseinkommen	-2,1	-17,8	-1,7	-21,7	-11,1	-0,4	-3,8
Sonst. lfd. Übertragungen	1,7	-1,1	0,8	-0,5	-1,7	1,3	0,3
Vermögenstransfers	7,2	-2,6	2,9	-1,8	-3,4	2,0	3,8
Verkäufe	-2,4	-1,3	-0,4	-2,0	-0,8	0,0	-0,7
Einnahmen insgesamt	4,0	1,7	0,4	1,4	1,9	0,6	0,3
Ausgaben							
Vorleistungen 8)	2,9	1,7	2,6	1,7	1,7	2,6	2,6
Arbeitnehmerentgelt	1,5	0,8	1,0	1,3	0,3	0,9	1,1
Geleistete Zinsen	0,9	1,5	2,0	1,6	1,5	2,0	2,0
Subventionen	1,6	-1,3	-0,8	-2,0	-0,7	-0,9	-0,8
Monetäre Sozialleistungen	2,6	1,2	1,4	1,7	0,8	1,2	1,5
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	15,6	4,9	1,9	3,0	6,3	11,7	-4,9
Vermögenstransfers	-4,3	16,4	5,7	23,1	11,2	10,7	1,3
Bruttoinvestitionen	4,6	1,6	1,7	1,7	1,6	1,6	1,8
Ausgaben insgesamt	2,6	1,7	1,7	2,0	1,4	2,1	1,4

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. - 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - 3) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - 4) Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - 5) Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - 6) Sparen in % des verfügbaren Einkommens, einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. - 7) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - 8) Einschließlich sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen der Institute; 2000 und 2001: Prognose der Institute.